

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements - Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 M., monatl. 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 1 Mark, für das übrige Ausland
 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheften Koloniel-
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 vollständige und gemeinschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (teil-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Interate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. Januar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Ursachen der Gärung im Ruhrrevier.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben:
 Wer die Gärung im Ruhrrevier auf nur einen konkreten, materiellen Ursprung zurückführen will, wird immer mehr oder minder weit an dem Ziel vorbeischießen. Die augenblickliche Bewegung muß psychologisch erfasst werden, soll sie dem Verständnis nahe kommen. Mit der Formel: Welches ist — die Ursache? wird man die Lösung nicht finden.

Man kann keinen allgemein gültigen Maßstab für die Lebenshaltung der Bergarbeiterschaft aufstellen. Die Bergarbeiterschaft als Einheit bildet eine ganze Schar sozialer und wirtschaftlicher Verschiedenheiten. Es gibt im Bergbau eine ganze Stufenleiter von Lohnsätzen; das Einkommen erwachsener Arbeiter schwankt zwischen 3 M. und 6 M. Man findet Bergarbeiterfamilien, die sich wirtschaftlich einer gewissen Behäbigkeit erfreuen; daneben andere, die aus Schulden, Not und Elend nicht herauskommen. Leicht ist man da geneigt, nach Fleißigen und Sparfüßen einerseits und Faulen und Verschwendern andererseits zu klassifizieren. Nichts verkehrter als das! Der minder entlohnte Bergmann mit zahlreicher Familie sitzt unterdessen in Schulden, wenn Krankheit oder anderes Mißgeschick ihn trifft; und ist einmal das wirtschaftliche Gleichgewicht verloren, nicht so leicht wird es zurückgewonnen.

Dann sind in den letzten Jahren viele tausende vollständig heftig- und vermögenslose Bergarbeiter-Familien in das Ruhrrevier eingewandert. Ein kleiner Koffer, ein paar Bettstücke sind oft der ganze Reichtum, den solche Familien mitbringen. Sofort fängt natürlich die Pumpwirtschaft an. Die im Ruhrrevier wie Pilze aus der Erde geschossenen Abzählungsgeschäfte und die ersten Schmarotzer, die sich solchen Familien anhängen sind sie müssen dabei noch als Rettung aus der Not betrachtet werden. Oft muß der Neuangelegte 5—6 Wochen warten, ehe er Löhnung hat, die inzwischen gezahlte sogenannte Abschlagszahlung dient zur Befriedigung der Lebensmittel-Lieferanten. Jedenfalls hält es für solche Familie schwer, sich von der Schuldenwirtschaft frei zu machen. Die langen Böhnungsfristen sind damit zu einem schweren sozialen Uebel geworden, sie sind zu einem Faktor geworden, der die Unzufriedenheit steigert.

So verschieden wie die Lohnverhältnisse und die Lebenshaltung, so verschieden sind die Arbeitsverhältnisse überhaupt. Eine allgemein gültige Norm oder Schablone, nach der man zeichnen könnte, gibt es nicht.

Auf der einen Seite sind noch Reste des früheren patriarchalischen Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Knappen vorhanden, auf anderen Gruben herrscht der Kasernencharakter, das Herr-im-Hause-Weien in Reinkultur; hier gehört das Wagnen zu einer ordnungsgemäßen Betriebsanrichtung, dort wird wenig genullt; auf der einen Seite sind die sanitären Einrichtungen ziemlich gut, auf der anderen Stelle lassen sie viel zu wünschen übrig, und so findet man überall Verschiedenheiten.

Trotz der vielen Verschiedenheiten finden sich die Bergarbeiter aber doch mit ihren Klagen zusammen. Das erklärt sich aus der Unzufriedenheit über die Veränderung des zur Gewohnheit gewordenen Status. Eine allgemeine Lohnkürzung erregt allgemeine Unzufriedenheit, obwohl ein großer Teil der Betroffenen nach der Lohnkürzung immer noch günstiger gestellt ist als der andere Teil mit dem schon früher niedrigeren Lohne. Nehmen wir an, die Dauer verdienten durchweg 4,50 M., die Schleppler 3,50 M. Eine Lohnreduktion von 10 Proz. setzt die Löhne auf 4,05 M. resp. 3,15 M. herab. Der Schleppler ist unzufrieden, ebenso der Dauer, obwohl sein jetziger Lohn den noch weit übersteigt, mit welchem der Schleppler zufrieden war. Die hier wirkenden Kräfte sind aber auch maßgebend für alle anderen Einzelheiten im Arbeitsverhältnis. Neben bestimmten, für alle Bergarbeiter gleichwertigen Faktoren gibt es eine Unmenge verschiedenartiger Verhältnisse, die zur Gewohnheit geworden, selbst dann bei einer Veränderung des Status, Unzufriedenheit erregen, wenn durch die Veränderung ein Zustand geschaffen wird, den man an anderer Stelle bereits vorfindet. So bemerkt z. B. die Verwaltung von Zeche Bruchstraße nicht gegen die Wahrheit, daß mit der von ihr angeordneten Ausdehnung der Seilfahrt eine Betriebsanrichtung geschaffen werde, wie sie auf anderen Gruben bereits bestesse. Die Verwaltung wird dieses Moment auch für die Folge als schwerwiegendste Begründung ihrer Maßnahme ins Feld führen.

Um einer falschen Würdigung der Tatsache vorzubeugen, erscheint es zweckdienlich, auf dies Moment etwas näher einzugehen. Tatsächlich bestehen auch bei der Seilfahrt geringe Verschiedenheiten, zum Teil sind sie durch die Gewohnheit angenommen, zum Teil aber auch erst in neuerer Zeit aufgedrängt worden. Die neueren Veränderungen sind erheblich gegenüber den sonst vorhandenen Verschiedenheiten. Die Arbeiter haben sich nur gezwungen damit abgefunden, meist sind sie dabei betrogen worden. Einmal erwiderte man den Anschein, als ob es sich nur um eine vorübergehende Einrichtung handle, die sich aus besonderen Umständen nötig mache, dann wieder stellte man dafür Vorteile auf der anderen Seite in Aussicht, schließlich wählte man zu solchen Maßnahmen Perioden, wo man in der Lage war, jede Stegung von Unzufriedenheit mit dem Hinauswurf zu beantworten.

Unter solchen Umständen setzte man verschiedentlich Schichtverlängerungen durch. Wie sehr sich die Bergarbeiter dagegen sträubten, lehrten die Vorgänge auf Zeche Oberhausen im Januar v. J. Schon damals ging die Anregung über den Streik der direkt Beteiligten hinaus, es hatte sich bereits die Ansicht durchgerungen, es gelte einem allgemeinen Bestreben nach Verlängerung der Schichtzeit sich entgegenzustellen. Die Verwaltung erklärte allerdings, daß in diesem Falle besondere Betriebsverhältnisse die Anordnung be-

stimmten. Damit fand man aber bei den Bergarbeitern keinen Glauben und ohne das Eingreifen der Führer zugunsten einer Vermittelung und ohne die durch das Oberbergamt erzielte Versöhnung wäre es schon damals zu einem größeren Streik gekommen. Auf einer Anzahl Zechen war man bereit, zugunsten der Belegschaft auf Oberhausen sofort die Arbeit einzustellen.

Die späteren Vorgänge haben die Ansicht der Bergarbeiter bestätigt. Die hervorstechende Tendenz im Bergbau ist die Förderung auf die leistungsfähigsten Schächte zu konzentrieren. Damit wachsen die Belegschaften auf tauende Mann an. Nun wird also die Verlängerung der Seilfahrt mit der Stärke der Belegschaft begründet, dazu wird begründend die Seilfahrt „Regelung“ auf anderen Zechen angezogen. Damit wird ein allgemeines Recht auf Schichtverlängerung reklamiert, gleichzeitig aber auch der Widerstand der gesamten Bergarbeiterschaft aufgestachelt. Und so wird dieses Moment zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Forderung, in welcher sich tatsächlich die durch eine Menge von Impponderabilien erzeugte Unzufriedenheit auslöst. Die weitere Folge ist, daß wenn die konkrete Einzelheit zur Explosion führt, sich auch die Ursachen der übrigen, die Unzufriedenheit schärfenden Verhältnisse zu bestimmten Forderungen verdichten. Es ist dieselbe Erscheinung, die sich auch 1889 zeigte. Die Arbeitszeit war der konkrete Anlaß, nach Ausbruch des Streiks traten andere Forderungen hinzu. Schon jetzt ist in einigen Versammlungen beschlossen worden, mit Forderungen über die Löhne zu hervortreten. Die Unternehmer haben den Vogen überpannt, mit dem Resultat, daß nun auch auf Abstellung von Mißständen, die sonst noch weiter geduldet worden wären, gedrängt wird.

Kuher dem Bestreben, die Schichtzeit zu verlängern, sind Anlässe zur Unzufriedenheit massenhaft zu konstatieren. Das Lohnminimum ist allgemein gesunken. Trotz Steigerung der Belegschaften ging der Anteil der Gesamtheit an den drei höchsten Lohnklassen von 1900—1902 von 52 Proz. auf 31,7 Proz. herunter. 1900 gehörten zu den beiden höchsten Lohnklassen 41 Proz. aller Belegschaftsmitglieder, 1902 nur noch 17 Proz. Im Jahre 1900 zählte die erste Lohnklasse rund 68 000 Mann, 1903 nur noch 24 000 Mann. Das bedeutet ohne Zweifel ein starkes Heruntergehen des Lohnniveaus. Von Houern, Familienvätern, werden jetzt Lohnbücher präsentiert, die Monatslöhne bis herunter auf 60 M. nachweisen. Da braucht man nicht mehr nach Gründen der Unzufriedenheit zu suchen. Verzweiflung reizt zur Streiklust. Wie ernst man es damit nimmt, bezeugt die von den Gewerbetreibenden bestätigte Tatsache, daß Bergleute in der letzten Zeit außerordentlich vorsichtig im Gelbaugeben waren; man spart für den Streik.

Die Querkrankheit hat weiter in den Kreisen der Bergarbeiterschaft so tiefe Wunden geschlagen, daß man sich wirklich nicht darüber zu wundern braucht, daß die noch nachglühende Erregung über die Art, wie Unternehmer und Regierung bisher die Angelegenheit behandelten, aus Anlaß der jüngsten Vorgänge neue Nahrung erhielt.

Vielleicht mehr noch als wegen der materiellen Schäden hat das Besetzen wegen der ideellen Folgen die Unzufriedenheit geschürt. Es sind gerade die alten Bergbaubezirke, wo der einheimische, traditionelle Bergmann herrscht, welche durch das Besetzen betroffen werden. Das bedeutet für die Leute ein Losreißen von der Scholle, die sie mit der den Bestfahen eigenen Fähigkeit und leidenschaftlichen Anhänglichkeit lieben. Materielle Vorteile kann diesen ideellen Verlust für den alten Bergmann nicht aufheben. Er läuft eine Stunde weit zur Grube, er verzichtet auf günstigere Arbeit, nur um seinen Heimatsort nicht verlassen zu müssen. Welche Wirkungen da das Besetzen hervorruft, kann man sich vorstellen.

Hingzu kommt die rigorose Behandlung, über die immer mehr geklagt wird, seitdem durch jüngere Beamte die Umgangsformen des Kasernenhofes auf den Zechen Eingang finden. Typisch für das Verhältnis ist der zu einem Konflikt ausgewachsene Vorgang auf Zeche Hercules. Dem noch nicht lange amtierenden Betriebsführer wird eine angebliche Keuegung eines Vertrauensmannes der Arbeiter überbracht, durch die der Herr sich beleidigt fühlt. Anstatt die Denunziation vernünftigerweise zu ignorieren oder sich allenfalls mit einem Verweise zu begnügen, zieht man nicht einmal Erkundigung ein, ob die Denunziation der Wahrheit entspricht, nein, in provokatorisch wirkender Weise setzt man den Mann am Tage vor Weihnachten auf Pfaster. Die Umgehung der Kündigungsfrist war nicht nur für den Hinausgeworfenen beleidigend, sie ist auch gleichbedeutend mit Verrufserklärung; denn mit solcher Absehe wird der Mann nirgends Arbeit erhalten. Dazu entbehrte die Maßregel der tatsächlichen materiellen Grundlage. Es ist dem Betriebsführer angeboten worden, einwandsfrei nachzuweisen, daß der Denunzierte die angeblüche Keuegung gar nicht getan hat. Trotzdem weigert sich die Verwaltung kategorisch, die Maßregel rückgängig zu machen. Unter solchen Umständen ist es für die Belegschaft Ehrenpflicht, sich mit dem Bestehenden solidarisch zu erklären. Ähnliche Vorgänge, wie diese, spielen sich fast tagtäglich ab. Es bleibt nicht immer bei groben Worten, aber gleichwertige Taten wird massenhaft geklagt.

Weitere Klagen betreffen das Wagen-Rullen. Für nicht voll geladene Wagen und für Wagen, die relativ viel Steine enthalten, wird nicht etwa eine Mindervergütung gezahlt, für solche Wagen wird nichts gezahlt, sie werden genullt. Für die maßgebenden Mängel kann man aber oft die Vergleute nicht verantwortlich machen. Wird z. B. ein Wagen, der mit Städtöfen geladen ist, auf dem Transport viel hin- und hergeschoben, rütteln die Kohlen zusammen; kommt der Wagen zutage, ist er nicht mehr gestrichen voll und wird genullt. Ist die Kohle stark mit Gestein durchsetzt, dann ist es dem Bergmann oft gar nicht möglich, reine Kohle zu liefern, trotzdem wird der Wagen genullt. Die Erbitterung über die Kullerei wird noch gesteigert

mangels Kontrolle darüber, ob nach den üblichen Bestimmungen zu Recht oder Unrecht genullt wird. Ob ein Wagen gestrichen wird, darüber bestimmt souverän ein Unterbeamter und oft hört man die Klage: Es wird nach Günst und Gabe genullt! Auch wird der Vorwurf erhoben, die Prüfenkontrollreute hätten den Auftrag, eine bestimmte Anzahl von Wagen zu nullen, ganz unbeschadet der gelieferten Qualität und des Maßes.

Ueber Günstlingswirtschaft wird sodann vielfach geklagt hinsichtlich der Bedingefestsetzung. Beliebte Leute erhalten die bessere Arbeit, wer nicht artig ist, wird strafverlegt, vor Orten mit schlechten Arbeitsverhältnissen.

Nicht wenig beigetragen zu der allgemeinen Erregung hat ferner die ununterbrochene Heranziehung von fremden Arbeitskräften, die eingestellt wurden, während einheimische Leute den Laufspaz erhielten. Das erbitterte umso mehr, als die aus allen Weltgegenden Herangezogenen als Lohnrücker mißbraucht werden. Diese Leute müssen mit allem zufrieden sein und die schlechteren Arbeitsverhältnisse, mit denen sie sich abfinden müssen, drücken allmählich auch den Einheimischen.

Es wirken so eine Menge von verschiedenen Faktoren zusammen, die eine Spannung erzeugen haben, die mit einer gewissen Naturnotwendigkeit der Entladung bedarf. Die Stimmung ist heute so, daß jeder offensichtliche Versuch, zur Nachgiebigkeit zu veranlassen, noch weiter sich zu gebulden, die Erregung steigert, die Opposition herausfordert. Wenn die Führer den Streik provozieren wollten, bräuchten sie jetzt nur energisch dagegen aufzutreten, die Arbeiter aufzufordern, auf den Kampf zu verzichten, sofort würde man die Wocden hinstrecken.

Unter solchen Umständen muß es Befremden erregen, wenn Unternehmerblätter, gerade als wollte man die Arbeiter verhöhnen, offen erklären: Solange die jetzigen Führer an der Spitze stehen, gibt es keinen Streik! („Rh.-Westf. Ztg.“) Besser kann man die Leute wirklich nicht aufwiegeln, als durch solche „Vertrauensbottoms“ für die Führer. Ganz gleich, ob Wahrheit oder Unwahrheit bei solchen Erklärungen die Feder führt, die Wirkung ist dieselbe. Dieselben Blätter, die in solcher Weise ganz unnötig... zweife Stimmung machen, gelten in weiten Kreisen dabei noch als sachverständige und objektive Beurteiler der Verhältnisse. Da braucht man sich wirklich nicht zu wundern, daß die Destituität im allgemeinen und besonders auch solche Stellen, die die Pflicht haben, sich genau zu informieren, der ganzen Bewegung verständnislos gegenüber stehen und, weil das am bequemsten ist, den bösen Hegern und der Begehrlichkeit der Arbeiter die Schuld an den Konflikten beimessen.

Man hat die Arbeiter nicht nur schiel angesehen, sie sind jahrelang mit gepanzerten Häufen traktiert worden, nun ist das Maß voll, die Empörung muß einen Ableiter haben.

(Privatelegramme des „Vorwärts“.)

Essen, 3. Januar. Die Verwaltung der Zeche „Bruchstraße“ hat eine ausweichende Antwort gegeben. Die Kommission hatte in dem am 27. Dezember stattgefundenen Belegschaftsversammlung den Auftrag erhalten, die Verwaltung mitzuteilen, daß man unter keine Umständen in die angeordnete Schichtverlängerung einwillige. W. zum 3. Januar wünsche die Kommission Antwort, ob die Verwaltung auf die Schichtverlängerung verzichte. Nun hat die Verwaltung erklärt, die Frist zur Verantwortung sei zu kurz gewesen. Daraufhin, hatte die Kommission der Verwaltung mitgeteilt, daß sie die Frist zur Verantwortung endgültig bis auf den 5. Januar ausdehne.

Die „Dortmunder Zeitung“ bemerkt zu der Nachricht von der Zeche „Bruchstraße“:

„Wir nahmen Veranlassung, bei der Grubenverwaltung anzufragen, ob sie dem Wunsche der Belegschaft zu entsprechen gedenke. Es wurde uns die Antwort, es gehe das nicht an. Die vermehrte Belegschaft erfordere eine längere Zeit für die Ein- und Ausförderung der Leute. Auf den benachbarten großen Zechen bestesse schon längst die gleiche Einrichtung.“

Mit dieser Meldung wird bestätigt, daß die Schichtenverlängerung, die man auf einigen Zechen durch allerhand Vorspiegelungen erlangt hat, dazu benutzt werden soll, allgemeine Schichtverlängerungen einzuführen. Es zeigt sich also, daß die Bergarbeiter mit ihrer Ansicht, es handle sich darum, eine allgemeine Schichtverlängerung durchzusetzen, vollständig recht hatten. Unter solchen Umständen wird der Kampf zweifellos unvermeidlich werden.

Die Kapitulation Port Arthurs

Ist nach den neuesten Mitteilungen bereits unterzeichnet worden. Ähnliche Meldungen über die Bedingungen derselben liegen noch nicht vor, auch sind noch keine Nachrichten darüber eingetroffen, ob die Japaner bereits Port Arthur besetzt haben.

In Rußland hat man sich nach Kräften bemüht, die Meldung über den Fall Port Arthurs möglichst lange zu verheimlichen. Wie wir gestern bereits mitteilten, gab man amtlich statt der letzten Telegramme über die Kapitulation nur allerhand Berichte über die Lage in der ersten Hälfte des Monats. Erst am Nachmittage wurde der Fall Port Arthurs durch englische Meldungen bekannt. Eine amtliche Bestätigung erfolgte nicht! Erst heute hat man sich dazu entschlossen, einige Telegramme Stills zu veröffentlichen, in denen er den bevorstehenden Fall Port Arthurs ankündigt, da die Munition vollständig verbraucht sei.

Nach Petersburger Meldungen soll die Nachricht dort einen niederschmetternden Eindruck gemacht haben. Die

Presse sucht darin einen Trost zu finden, daß sie erklärt, der Ruhm der russischen Waffenehre sei gerettet worden. Bemerkenswerter ist, daß die russische Presse mehr oder minder deutlich erklärt, daß der Fall Port Arthur eine Lehre bedeute, die nicht spurlos an dem Lande vorbeigehen dürfe. „Rusland müsse sich solcher Seldens wert zeigen.“ Was die „Nowoje Wremja“ hiermit meint, ist nicht klar ersichtlich. Deutlicher äußert sich die „Russk“, die erklärt, daß Rusland sein unerträgliches Schicksal standhaft ertragen müsse. Um das zu ermöglichen, müsse jedoch die Regierung ein Bündnis mit dem Volke machen, das Reich müsse die Möglichkeit haben, seine Lage zu beraten, um von neuem den Glauben an sich und seine Zukunft zu finden. „Nur unser Volk kann siegen, nicht die Regierung.“ Man sieht also, daß die Verfassungsbewegung in Rusland durch den Fall Port Arthur einen neuen Ansporn erhalten hat.

Auch in Paris ist der Eindruck des Ereignisses ein gewaltiger. Ein Teil der Presse glaubt, daß nunmehr eine vermittelnde Intervention der neutralen Mächte mehr Aussicht auf Erfolg haben werde, als vorher. Der Waffenehre sei auf beiden Seiten Genüge geschehen. Beide Mächte hätten durch ihre kolossalen Leistungen die Bewunderung der Welt hervorgerufen, so daß sie jetzt dem Friedensbedürfnis Rechnung tragen könnten. Der „Figaro“ äußert die Ansicht, daß der Fall Port Arthur für die Entscheidung in Ostasien keineswegs von großer Bedeutung sei. Er gibt Darlegungen des militärischen Mitarbeiters des „Berliner Tageblattes“, des aus Ostasien zurückgekehrten Oberst Gädde, wieder, in denen dieser der Meinung Ausdruck gibt, daß Rusland kein Gewicht darauf legen werde, zunächst Port Arthur zurückzuerobern, sondern daß es seine Angriffe gegen Korea richten werde. Die Einnahme von Port Arthur sei nur ein seit langer Zeit vorhergesehener Zwischenfall, der Krieg werde auf den Schlachtfeldern der Mandchurie entschieden werden. Allerdings habe der Marschall Oyama eine Verstärkung von rund 50 000 Mann aus den Reihen der Belagerungsarmee von Port Arthur zu erwarten, allein dadurch werde das numerische Uebergewicht Kuropatkins keineswegs ausgeglichen werden. Diese Auffassung Gädde's und des „Figaro“ beweisen eine seltsame Kurzsichtigkeit. Wie nun, wenn die Japaner bei einem wirklich erfolgreichen Vordringen der Russen nicht nach Korea, sondern nach der Halbinsel Liautung zurückweichen würden? Durch den Besitz Port Arthurs wäre der japanischen Armee jede nötige Verbindung mit dem Mutterlande gegeben, so daß sie sich bei der Halbinsel in uneinnehmbare Stellung verschanzen und dieselbe Rolle spielen könnte, die jetzt die Russen bei Mukden gespielt haben. Es liegt also auf der Hand, daß Rusland den Krieg nur dann zur Entscheidung bringen könnte, wenn es Port Arthur, den festen Stützpunkt der japanischen Invasion, zurückzuerobern würde. Daran ist aber gar nicht zu denken. — Viel richtiger beurteilt die Situation der General a. D. Meckel, der bekannte Instruktor der japanischen Armee, der sich folgendermaßen äußert:

„Mit der Eroberung von Port Arthur haben die Japaner in der Mandchurie endgültig festen Fuß gefaßt. Die Liautung-Halbinsel ist jetzt ihr unbestrittener Besitz. Die japanische Feldarmee hat jetzt einen festen Zufluchtsort im Falle des Unglücks und eine gesicherte Verbindung mit dem Meer, während sie bisher in Gefahr war, im Falle der Niederlage in die See geworfen zu werden. Ein wichtiges unschätzbares Hauptstadium für künftigen Frieden ist jetzt in den Händen Japans. Es wird den Russen schwer fallen, dieses Land wieder an sich zu reißen, selbst wenn ihre Feldarmee unausgeleitet siegreich sein sollte.“

Kam ist aber gar nicht daran zu denken, daß die russische Armee in der Zukunft siegreich sein werde. Ob wirklich die Armee Kuropatkins der Oyamas numerisch so bedeutend überlegen ist, ist noch sehr die Frage, und der Verstärkung der russischen Mandchurie-Armee sind, wie wir ja gestern bereits dargelegt haben, ganz bestimmte Grenzen gesetzt. Dagegen können die Streitkräfte der Japaner noch ganz bedeutend verstärkt werden. Diese letztere Auffassung vertritt auch ein offenbar von sachkundiger Seite geschriebener Artikel in der „St. Petersburg Zeitung“. Derselbe führt aus, daß man erst jetzt in russischen Militärkreisen einige Klarheit über die Organisation der japanischen Truppen erster Linie und die Zusammenlegung der Aufgebote zweiter Linie erlangt habe. Die Behauptung, daß Japan seine militärische Leistungsfähigkeit nahezu erschöpft habe, sei unzutreffend. Japan könne die jetzige Armee durch zehn Jahrgänge brauchbarer Leute im Alter von 27 bis 37 Jahren um nicht weniger als 400 000 Mann verstärken. Selbst mit diesem Aufgebote waffenfähiger Mannschaft seien die Hilfskräfte Japans noch nicht erschöpft. Zurzeit seien zwei Rekrutenjahrgänge in der Heimat zurückgehalten worden, die für das Landheer je 45 000 und für die Marine je 16 500 Mann stark seien, also eine weitere Verstärkung von 123 000 Mann bedeuteten. Die Rekrutenjahrgänge selbst aber könnten noch bedeutend erhöht werden, betrage doch die Zahl der Stellungspflichtigen circa 430 000 Mann. Ebenso irrig sei es, wenn man annehme, daß in nächster Zeit auf japanischer Seite Mangel an Offizieren zur Ausbildung und Führung dieser Truppen eintreten könne. Da der Friedensplan an jungen Offizieren bei den verschiedenen Truppengattungen in Japan außerordentlich hoch sei, sei es möglich gewesen, eine hinreichende Anzahl derselben auf die Reserve und Ersatzformationen zu verteilen, ohne das dienstliche Interesse der alten Regimenter zu schädigen. Es könne also zur Zeit von keinem wirklichen Mangel an Offizieren gesprochen werden. Wie man sieht, gelangt man also jetzt auch auf russischer Seite zu der Auffassung, daß die Hilfskräfte Japans vollständig ausreichen, um, wenn nötig, den Krieg noch Jahre lang fortzusetzen.

Die Kapitulationsbedingungen.

Tokio, 3. Januar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Die Japaner nahmen heute eine Anzahl Forts von Port Arthur in Besitz. Den russischen Offizieren und Beamten ist gestattet, auf Ehrenwort nach Rusland zurückzukehren; die Offiziere behalten das Seitengewehr.

Tsichu, 3. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Befehlshaber des letzten russischen Dampfers, der Port Arthur gestern Abend um 8 Uhr verließ, berichtet, daß die Uebergabeverhandlungen um diese Zeit noch im Gange waren. Der Vorschlag des Generals Swissel, daß die russischen Verbundenen unter der Aufsicht der russischen Ärzte verbleiben dürfen, und ein anderer Vorschlag bezüglich der Fortschaffung der Nichtkämpfer seien angenommen worden, hingegen habe man sich über den Vorschlag, daß die Russen unter Waffen abzumachen dürfen, noch nicht geeinigt gehabt. Der Offizier berichtet weiter: Die letzten beiden Tage ist kein Schuß gefeuert worden. Der Pulverlärm, der vernommen wurde, rührte davon her, daß die Russen die Forts, Schiffe Lagerhäuser und die Docks in die Luft sprengten. Die Zerstörung

der Kriegsschiffe war ein mühevolleres Werk, es mußten mehrere Explosionen hervorgerufen werden, um die Vernichtung zu vollenden. Die „Seiwakopol“ zersprang, nachdem sie in Brand geraten war, und schlug dann um. Die Hafeneinfahrt ist durch die gesunkenen Schiffe gesperrt. Es ist nur noch ein kleines Häuflein völlig erschöpfter Mannschaften, die sich ergeben, und nur über eine Wüste verstreuter Trümmer fallen den Japanern in die Hände; von den schönen öffentlichen Bauten in Port Arthur ist nicht einer mehr übrig.

Die letzten Kämpfe um Port Arthur.

Petersburg, 3. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Telegramm General Stöjels an den Kaiser vom 29. Dezember besagt: Gestern Vormittag um 10 Uhr sprengten die Japaner die Brustwehr des dritten Forts und eröffneten sodann eine starke Kanonade auf der ganzen Front, die sich besonders gegen das dritte Fort richtete. Gegen 1 Uhr griffen sie von einem Laufgraben aus die Brustwehr an. Zwei Angriffe wurden zurückgeschlagen; aber die Japaner besetzten das Loch, welches die Explosion gerissen hatte. Gegen 5 Uhr besetzten sie die Brustwehr und drangen bei Einbruch der Dämmerung in großer Anzahl in das Fort ein. Zwei Bataillone unserer Truppen, die auf den Wällen kämpften, wurden vernichtet. Abteilungen unserer Truppen zogen sich in die Kasematten zurück, aber die Japaner stellten vor den Eingängen Revolverbarrieren auf, so daß es den Verteidigern unmöglich war, hindanzukommen. Wir machten drei Gegenangriffe, die jedoch keinen Erfolg hatten; das Fort blieb in den Händen der Japaner. Unsere Verluste, besonders an Offizieren, sind bedeutend. Die Besatzung gelangte durch die Fenster ins Freie. Nach der Einnahme dieses Forts sind die Japaner Herren des ganzen Nordostens. Wir werden uns noch einige Tage halten. Die Munition ist fast vollständig verpfunden. Ich werde Maßnahmen treffen, um in den Straßen Blutvergießen zu vermeiden. Die Garnison leidet an Hunger; nur 10 000 Mann der Besatzung sind noch übrig, und selbst diese sind krank. Die Generale Jod und Nikitin haben mir heldenhafte Vorkämpfe geleistet.

Petersburg, 3. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der russische Konsul in Tsichu meldet dem Kaiser unter dem gestrigen Datum, daß die Lagerschiffe „Blafsch“, „Serdity“ und „Stary“ mit Depeschen in Tsichu eingetroffen sind und daß Port Arthur kapitulieren müsse.

Friedensschalmeyen.

London, 3. Januar. Der „Standard“ erzählt von „autoritativer“ Seite, der Fall von Port Arthur werde als ein bedeutender Schritt zum Friedensschluß angesehen. Eine Vermittlung komme zwar nicht in Betracht, da keiner der Kriegführenden sie annehmen will; aber für Japan wenigstens sei jetzt das Hindernis für eine friedliche Lösung beseitigt. Der große Verlust an Menschenleben vor Port Arthur bedinge, daß es jetzt weitergehende Zugeständnisse verlangen werde. Es sei kein Geheimnis mehr, daß beide Mächte sondiert worden sind und Japan Port Arthur als Hindernis für den Frieden bezeichnete, während Rusland, jede Ervägung des Friedens zurückwies, so lange es nicht sein Bestes durch einen Sieg wiederhergestellt hätte. Die Japaner seien überzeugt, daß sie nunmehr Kuropatkin eine entscheidende Niederlage beibringen könnten. Falls die russische Regierung dies einsehe, dürfte der Friedensschluß näher sein, als man erwarte.

New York, 3. Januar. Eine Depesche der „N. Y. Tribune“ aus Washington von gestern Abend meldet: Präsident Roosevelt ist durchaus geneigt, seine guten Dienste zur Herstellung des Friedens im fernen Osten anzuwenden. Rusland und Japan sind vollkommen davon unterrichtet worden, daß er dies mit Freuden tun würde, indessen ist der Präsident durch die seit langem feststehende Politik gehindert, Vor schläge zu machen, ehe nicht beide kriegführenden Parteien gleichzeitig an ihn herantraten. Die Regierung nahm heute Abend an, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes vor Ende dieser Woche gesichert sei. Im diplomatischen Kreis herrscht der Eindruck vor, daß Europa zur Vermeidung einer etwaigen Störung der bestehenden Eintracht es bei weitem vorziehen würde, daß Washington der Schauplatz der endgültigen Regelung der Streitigkeiten zwischen Rusland und Japan wäre. Es wird der Gedanke angeregt, Frankreich könnte die Mächte sondieren, wenn der Vorschlag für Rusland annehmbar erscheint.

New York, 3. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Man glaubt hier, daß die Washingtoner Meldung der „New Yorker Tribune“ über eine eventuelle Friedensvermittlung inspiriert sei. Die Mitteilung schließt wie folgt: Wenn Rusland auf Träume von Gebietsvergrößerung verzichtet, und sich damit begnügt, sich das dauernde Recht auf Zugang für seinen Handel zum freien Meere zu sichern, so müßte dies den Boden der Verständigung für die beiden kriegführenden zum beiderseitigen Nutzen und zu beiderseitiger Ehre abgeben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Januar.

Der Klassenkampf in der Zentrumspartei.
Das Schwergewicht des Zentrums liegt in der Rheinprovinz. Dort wohnen und werden gewählt seine hervorragendsten Führer; dort ist der Sitz des Volksvereins für das katholische Deutschland; dort spielt sich weitest aus der wichtigste Teil seines Parteilebens ab, und dort wird auch der Konflikt des Zentrums mit den katholischen Arbeitern endgültig ausgetragen.

Die katholischen Arbeiter des Rheinlandes offenbaren seit einiger Zeit eine neue „Posheit“, die in höchstem Maße geeignet ist, dem Zentrum das ohnedies so saure Leben vollends unenttäglich zu machen. Sie verlangen vom Zentrum Hilfe im Kathausaal. Das Zentrum verabscheut den Klassenkampf, und es leugnet dessen Notwendigkeit. Dabei aber ist das Parteileben des Zentrums nichts als ein ununterbrochener Versuch, die in der eigenen Partei bestehenden Gegensätze zwischen den in ihr verbundenen Klassen und Berufsständen zu überleben. Das Band der Religion vereinigt im Zentrum alle möglichen Stände und Erwerbsgruppen; die wirtschaftlichen, die Klasseninteressen aber treiben diese wieder nach rechts und nach links auseinander. Das hat sich niemals deutlicher gezeigt als bei den großen Kollapsen im Jahre 1902. Die katholischen Landwirte hatten ja auch schon in früheren Jahren der eigenen Partei in der robustesten Weise zugehört, um ihre agrarischen Interessen zu fördern. Auch die fabelhaft rückständige Art, wie sie in den beiden letzten Jahren dem Zentrum zu Liebe gingen, war nicht dem Wesen, sondern nur dem Grade nach neu.

Andererseits die katholischen Arbeiter! Diese standen noch vor wenig Jahren, soweit sie nicht den Weg zur Sozialdemokratie gefunden hatten, zu der ultramontanen Partei etwa in dem nämlichen Verhältnis wie die Schafherde zum Hirten. Die Parteiführer waren die Hirten, und wenn sie etwas anordneten, so gehorchte die Herde ohne Widerrede. Als dann die Zahl derer, die sich vom Zentrum loszogen, immer stärker anwuchs, da gründeten die Kieper, Julius Bagem, Trimbom usw. ihre christlichen Gewerkschaften, um den Zustrom zu den freien Gewerkschaften aufzuhalten. Bald zeigte sich, daß diese Gründungen nicht geeignet waren, dem Zentrum die erhofften Dienste zu leisten. Als die „christlichen“ Organisationen einmal da waren, mußten sie, um am Leben zu bleiben, etwas leisten, und so sahen wir bald die neuen Verbände in heftigsten Kämpfen mit dem „christlichen“, insbesondere dem katholischen Unternehmertum. Katholische Unternehmer und Handwerksmeister maßregeln unbewegliche christliche Gewerkschafter und ultramontane Richter verkümmerten ihre proletarischen Glaubens- und Parteigenossen wegen Streitvergehen und verwandter Straftaten

genau so gut wie andere Arbeiter. Am Niederrhein, im Kaahener Gebiet usw. hat das katholische Unternehmertum den „christlich“ organisierten Arbeitern die Faust nicht minder brutal ins Gesicht geschleudert als anderswo.

Es kamen die Zeiten des Zollwuchers. Und was sich bis dahin niemand hätte träumen lassen, das wurde Ereignis; katholische Arbeiter traten innerhalb der Zentrumspartei auf und erhoben in großen Versammlungen Protest gegen den Zollwucher ihrer eigenen Führer. In Kaahen-Land jagten die katholischen Textilarbeiter ihren bisherigen Vertreter im Reichstags, den Zeitungskaplan Dasbach weg bis in den äußersten Wahlkreis der politischen Eifel. Nur mit Gewalt und jesuitischen Streichen gelang es den Brust-, Giesberts, Stegerwald usw., wenn auch nur äußerlich, zum Schweigen zu bringen. Der Abfall aber wuchs, wie sich bei der Reichstagswahl zeigte, ins Ungeheure. Zwischenher war die Unzufriedenheit der katholischen Bauern und ihr Geschrei nach höchsten Wucherzöllen, Grenzsperrern und dergleichen bis zum Gipfel gestiegen.

Zur nämlichen Zeit entstanden in den christlichen Gewerkschaften Konsumvereine, die dem Mittelstand das Dasein erschwerten und die zu neuen Auseinandersetzungen in der Partei führten.

Wie im politischen und wirtschaftlichen Leben, so suchten sich bald nachher die katholischen Arbeiter auch in den Gemeinden Geltung zu verschaffen. Im Oktober 1902 stimmten in Wülfrath a. Rh. die gemäß Verabredung sehr zahlreich in der Stadtrats-Wählerversammlung der Zentrumspartei erschienenen katholischen Arbeiter einen von dem Wahlausschuß vorgeschlagenen Schlichtermeister nieder und setzten als Kandidaten einen Arbeiter an die Stelle. Im Oktober 1904 machten es in R.-Gladbach die Arbeiter genau so, indem sie den von der Parteileitung präsentierten Fabrikbesitzer durchfallen ließen und den Arbeitersekretär Giesberts aufstellten. In Siegburg hatten schon 1902 katholische Arbeiter den offiziellen Zentrums-kandidaten bei der Stadtverordnetenwahl zwei der ihrigen entgegengestellt. Im Jahre 1904 nahm die Parteileitung diese beiden Arbeiterkandidaten ohne weiteres auf ihre Listen. Die Arbeiter aber begnügten sich damit nicht und stellten noch weitere zwei Arbeiter auf, die auch mit großer Mehrheit gegen die offiziellen Zentrums-kandidaten gewählt wurden. Die Siegburger Zentrumsblätter verweigerten die Aufnahme der Versammlungsanzeigen für die Versammlung der Arbeiter, die ausdrücklich als Versammlung der christlichen Arbeiter einberufen war. Zentrum- und Arbeiterfreundlichkeit in der Praxis! In der Industriestadt Elberfeld bei Kaahen stellten die katholischen Arbeiter kürzlich, allerdings ohne Erfolg, dem Zentrum eigene Kandidaten entgegen. Zum Schluß sei noch erinnert an die an dieser Stelle wiederholt besprochenen Kämpfe der katholischen Textilarbeiter in Kaahen um den Zutritt zum Kathausaal und um Herabsetzung des Wahlzensus, der von der zu zwei Dritteln aus Zentrumsleuten bestehenden Stadtverordneten-Versammlung abgelehnt wurde.

Gezwungen durch alle diese Erscheinungen und um sich der andrängenden Sozialdemokratie gegenüber mehr als bisher die Stimmen der katholischen Proletarier zu kapern, ist das Zentrum „freiwillig“ dazu übergegangen, in einigen wenigen Städten einen Arbeiterkandidaten aufzustellen. Aber es hat sich ergeben, daß für die Partei die Lage dadurch nur noch schlimmer wird. In der Stadtverordneten-Versammlung, wo die als „Arbeitervertreter“ gewählten Leute naturgemäß auch ein wenig leisten wollen, geraten sie an allen Ecken und Enden in Streit mit ihren bourgeois und mittelständlerischen Fraktionsgenossen und — mit sich selber, nämlich durch den ewigen Konflikt zwischen dem Partei- und dem Arbeiterinteresse. In Köln wurde vom Zentrum als erster Stadt in Preußen ein Arbeiter-Stadtverordneter, der Buchdrucker Rings, gewählt. Der Mann suchte ursprünglich im Kathausaal den Arbeitervertreter zu betonen. Aber bald mußte er erkennen, daß er unter seinen Fraktionskollegen weniger als eine Null ist. Nach einigen Nützen und mehreren Blamagen hat der erste ultramontane „Arbeitervertreter“ in Preußen den Kampf eingestellt, und er sagt heute überhaupt nichts mehr, höchstens Ja.

Nimmt das Zentrum auf seine Kandidatenlisten keine Arbeitervertreter, so entlaufen ihm die katholischen Proletarier. Er fällt es aber deren Begehren und läßt Arbeiter in die Stadtverordneten-Kollegien wählen, so entlaufen ihm die Proletarier erst recht, weil sie erkennen, wie macht- und nutzlos diejenigen „Arbeitervertreter“ sind, die nicht durch das Vertrauen der Klassenbewußten, der sozialdemokratischen Arbeiter in das Stadtparlament hineingewählt werden. —

Eine revolutionäre Kundgebung.

Das Banlett in Petersburg im Saale der Frau Pawlowa am 27. Dezember, am Jahrestage des Ausfalls der Defabriken im Jahre 1825, verlief, wie uns ein Teilnehmer mitteilt, in der größten Begeisterung. 780 Personen hatten Teilnehmerkarten bekommen, es war aber auch noch Publikum ohne solche Karten anwesend. Ein Stadtverordneter führte den Vorsitz. Es wurde zunächst über den Krieg gesprochen. Die Versammlung ehrte sodann das Andenken der Defabriken durch Aufstehen. Dann wurde von einem Redner vorgelesen, eine Antwort auf das Barenmanifest zu geben. Ein Banlettteilnehmer rief: „Wollen wir verweigen, wollen wir taktlos sein!“, was stürmischen Applaus hervorrief.

Zwei sozialdemokratische Arbeiter legten die Forderungen der Sozialdemokratie dar. Ein Sozialist-Revolutionär forderte die Liberalen auf, weiter nach links zu rücken. Er sagte: „Ich rufe Sie auf zur Revolution!“ Stürmisches Beifallklatschen ward ihm zur Antwort. Die Resolution des Banletts erhielt erstens einen Protest gegen den Krieg und zweitens die Erklärung, daß nur eine Volksvertretung den Ausweg aus den Schwierigkeiten weisen kann. Die Resolution wurde angenommen von Vertretern der freien Berufsarten und der Arbeiter. Die Worte: „und der Arbeiter“ wurden der ursprünglichen Fassung hinzugefügt auf Wunsch der anwesenden Sozialdemokraten und Sozialist-Revolutionäre. Auf ihren Wunsch wurde auch in der Resolution ausdrücklich betont, daß das Wahlrecht ein gleiches, geheimes und direktes sein muß. —

Deutsches Reich.

Der sozialdemokratische Preuentag ist nicht nur nach unserer Uebersetzung, sondern vor allem auch nach der Uebersetzung unserer politischen Widersacher vortrefflich verlaufen. Diese politischen Widersacher kämpfen nämlich nach allen Regeln ihrer Kunst gegen die erschrecklichen Vorgänge des preussischen Parteitags. Ein weiteres Beispiel zu den früheren bietet der „Reichsbote“, der also weitert: „Die Hauptfrage bildet die Debatte über die Schule, die Landtagswahl und die Wohnungsfrage. Hier aber hat sich die Sozialdemokratie in ihrem ganzen revolutionären Radikalismus gezeigt. Ihre Kundgebung über die Annäherung des Christentums aus der Schule und Volkserziehung, über den preussischen Staat als einen Raubstaat und über die Erregung von Volksaufständen, Straßendemonstrationen, um das Volk für die Revolution einzugeregern und auf Regierung und Bürgertum Schrecken auszuüben und Konflikte zu erregen, zeigen deutlich genug, was die Sozialdemokratie für Staat und Gesellschaft bedeutet. Dieser Antrag auf die Erregung von Straßenaufständen ging gerade von

dem Revolutionären Vernunft aus, der dadurch wieder einmal seine revolutionäre Meinung dokumentieren wollte; er fand aber bei den Klügeren keinen Beifall, weil sie sich von solchen Anständen, die bald unterdrückt würden, keinen Erfolg versprechen, sie wollen jedoch auch Volksaufstände, aber nur erst nach längerer Vorbereitung und dann in großem Maßstabe, also eine große Revolution. Dr. Niehoff ist aber des jetzigen trockenen Tones der Taktik satt, er spottet über den Scheinerfolg von 25 Volksversammlungen am 1. Mai. Auch er will revolutionäre Taten sehen; aber das Volk soll sie machen und sich dabei zu Krämpfen schrecken lassen. Das Beste, was das deutsche Volk hat, sein Christentum zerstören, den Staat beschimpfen und ihm und dem Bürgerum die Revolution ankündigen — um den Zukunftsstaat, der ein Sklavenstaat ist, ohne Eigentum und Freiheit für den Bürger, weil alles verstaatlicht wird, an seine Stelle zu setzen — das dürfte denn doch auch den schlafmüchtigsten Bürger aus seiner politischen Gleichgültigkeit gegen die Sozialdemokratie aufrütteln.

Auch die Arbeiter hätten allen Anlaß, sich aufs neue zu fragen: wo sind die Vorteile, welche uns die Sozialdemokratie gebracht hat? Alle Arbeiterbeschwerden sind gegen ihre Opposition eingeführt worden; sie haben opponiert und haben die Versicherungsgelder als Bettelbesen verpöbelnd. Aber die Arbeiter wissen, welchen Schatz sie in der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung besitzen, der Zukunftsstaat würde diese Wohltaten zerstören und auf den Trümmern des revolutionär zerstörten Staates würden sie ohne Arbeit, ohne Verdienst, hungernd ihre Verbledmung beklagen können, mit der sie den Lockungen der Sozialdemokratie gefolgt sind, und Freiheit und Eigentum in dem Sklavenstaat verloren haben.

Das wäre Gefährlich, wie schwer das „Reichsbote“-Büchlein durch den Preuentag getroffen ist. In ihrer Verwirrung wissen diese Leute nichts Besseres, als allerlei tausendfach als wirkungslos erwiesene Theorien von Revolution und Zukunftsstaat zu wiederholen. Gewiß wird der Preuentag viele schlammige Menschen aus der politischen Gleichgültigkeit aufrütteln, aber allerdings in ganz anderem Sinne als der frumme „Reichsbote“ zu hoffen vorgibt. Er wird aufrütteln vor allem gegen das widerwärtige Schein-„Christentum“ der „Reichsbote“-Art, das die schrecklichsten Laster beschönigt, die arbeitenden Klassen der widerwärtigsten Ausnutzung preisgibt und die Jugend des Volkes um die Möglichkeiten der geistigen Entwicklung betrügt.

Der Eheirrtum Herr Dr. Löffel in Groß-Ohm bei Myslowitz, von dem wir jüngst erzählten, hatte noch kürzlich die Stin, den Zeitungen, welche sich mit seinen Christlichkeiten beschäftigten, mit dem Staatsanwalt zu drohen. Mittlerweile aber ist die Kirchenbehörde denn doch endlich eingeschritten, das Breslauer kirchlich-konfessionale Konsistorium hat den ungetreuen Hirten zunächst von seinem Amte suspendiert. Mit Recht erinnert die Breslauer „Volksmacht“ daran, daß die Kirchenbehörde über einen Monat lang auf die öffentlich erhobenen Klagen gegen Löffel schwieg. Die Kirchenbehörde wußte wochenlang von dem Skandal. Der Ehegatte der verführten Frau war wiederholt persönlich beim Fürstbischöflichen in Breslau und forderte die Verurteilung des Verführers und Verleüders. Und trotz alledem behielt, belästigte, predigte der heuchlerische Seelenhirt ruhig weiter! Erst als sich die sozialdemokratische „Volksmacht“ des öffentlichen Skandals annahm, ließ man den Mann fallen. Hätte sie das nicht getan, so sähe noch heute der Pfarrrer mit seinen Weichhültern im Weichhül, predigte er noch heute auf der Kanzel und im Kriegerverein von christlicher Nächstenliebe und — gegen die Sozialdemokratie.

Schwerer Verstoß? In der „Täglichen Rundschau“ wird mitgeteilt:

„Wie wir hören, ist am 1. Januar mit einer einzigen Ausnahme sämtliche Redakteure der Zeitung „Die Post“ gefündigt worden. Es scheint die Verschmelzung des Blattes mit einer anderen Berliner Zeitung geplant zu sein.“

Wir hoffen zuerst, daß sich die Nachricht als falsch erweist. Wäre sie richtig, so droht doppeltes schweres Mißgeschick. Was soll aus der Sozialdemokratie werden, wenn die „Post“ nicht mehr die Stimmliche Tradition vertritt und die tägliche Scharfsinnigkeit gegen unsere Partei lockert? Was soll aber auch aus den bewährtesten Redakteuren werden, die im Felddienst der „Post“ für jede brauchbare Journalistik verdorben sind? Seit dem Königsberger Mißgeschick hat nicht einmal die politische Polizei Verwendung.

In das Herrenhaus berufen ist der Rittergutsbesitzer, Rittmeister der Reserve, Dr. Werner v. Dürr auf Grenzow im Kreise Greifswald, durch allerhöchsten Erlaß vom 14. Dezember v. J. auf Präsentation des ältesten und des befähigtesten Grundbesitzer in dem Landchaftsbezirk Neubrandenburg und Nauen an Stelle des am 2. April 1904 verstorbenen Kammerherrn und Majoratsbesitzer v. Voh-Wolffradt zu Lüßow bei Güstrow. Der Neubrandenburger gehörte bisher dem Hause der Abgeordneten an als Vertreter des Wahlbezirks Stralsund, und es erlöst nunmehr dieses Mandat infolge seiner Berufung in das Herrenhaus.

Das offiziöse Telegraphenbureau verbreitet mit Fug und Recht dergleichen Verfassungen in das preussische Haus der Herren. Es ist gut, daß den preussischen Staatsbürgern in jedem einzelnen Falle eingeschärft wird, wie die gesetzgebende Körperschaft Preussens zusammengesetzt wird. Eine wichtige Zahl feudaler Herren des „alten und beständigen Grundbesitzes“ schlägt vor und der König beruft die Vorgesetzten in die — „Volls“vertretung. Die Menge der Staatsbürger steigt nicht und weiß nichts von dieser Schaffung neuer Gesetzgeber, aber sie muß sich der politischen Weisheit dieser Herrschaften löblich unterwerfen.

Uniform-Internationale. In einem heeresbegeisterten Blatte wird die Stellung des deutschen Kaisers zu den Armeen anderer Völker dargelegt: „König Alfonso hat den deutschen Kaiser zum Ehren-Generalkapitän der spanischen Armee ernannt. Bei dieser Gelegenheit dürfte eine Zusammenstellung der Ehrenstellen des Kaisers in den Heeren nicht uninteressant sein. Der deutsche Kaiser steht zu den Armeen acht ausländischer Monarchien in enger Verbindung und zwar als Feldmarschall zu der Oesterreich-Ungarischen und Britischen. Generalkapitän ist er in der Armee Spaniens geworden, während er als Admiral in fünf ausländischen Marine-Verbänden austritt. Schweden, Norwegen, England, Rußland, Dänemark führen den deutschen Kaiser als Admiral, Siebenmal begegnet uns Wilhelm II. als Chef-Inhaber nicht-deutscher Kruppenteile. Im zarischen gehören ihm drei, in Oesterreich zwei, in Portugal und Spanien je ein Regiment. Von den deutschen Regimentern haben 13 die Ehre, den Kaiser ihren Chef nennen zu dürfen. Es sind dies sieben preussische, zwei bayerische, ein württembergisches, ein sächsisches, ein badisches und ein hessisches Regiment. Außerdem ist der Kaiser Chef der deutschen Marine. Im ganzen bekleidet Wilhelm II. 38 militärische Ehrenstellen. Da jede der Ehrenstellen eine besondere Uniform erfordert, die in zwei oder drei Exemplaren vorrätig gehalten wird, so ergibt sich, wenn man Helme, Degen, Schärpen usw. noch hinzurechnet, eine ganz ansehnliche Summe kaiserlicher Uniformstücke. Die Verwaltung der kaiserlichen Uniformen unterliegt einem Offizier, der auch bei Reisen des Monarchen für richtige und vollständige Packung der benötigten Uniformstücke verantwortlich ist.“

Kammerherren Nachlaß. Für den nächsten Monat wird die Publikation von Aufzeichnungen und Briefen des verstorbenen „Kreuz- und Zeitungs“-Kammerherren angekündigt. Die eigenen Aufzeichnungen des langjährigen Führers der Konservativen sollen hauptsächlich seinen eigenen Strafprozeß betreffen, unter den Briefen sollen sich interessante Beiträge zu Vorgängen der letzten Jahrzehnte finden, wie zu dem Tode Königs Ludwig von Bayern und der Entlassung Puttkamers durch Kaiser Friedrich.

Schwarzer Kontrakt. Aus Halle berichtet man uns am 2. Januar: Wie die Agrarier die Verfassung des „Kontrakt-

bruchs“ wünschen, ergab eine vor der Strafkammer stattgehabte Verhandlung gegen den Amtsdorsteher und Domänenpächter Robert Glöckner von Priorau bei Bitterfeld, der wegen Körperverletzung im Amte angeklagt war.

Eines Tages beschwerte sich der Knecht Karl Lippert bei dem Amtsdorsteher über den Gutbesitzer Preuher, der dem Knecht wieder Lohn noch seine Entlassungspapiere geben wollte. Der Amtsdorsteher nahm seinen Krüdstock, ging mit dem Knecht zu Preuher, und als dieser selbstverständlich sagte, der Knecht habe unbotmäßig gehandelt, wurde letzterer abgehändelt. „Schweinigel“ genannt und dann von dem Amtsdorsteher mit dem Knüttel verprügelt. Der Knecht verprügte mehrere Tage Schmerzen und brachte die Lynchjustiz zur Anzeige.

Der Staatsanwalt sagte, der Amtsdorsteher habe sich hinterlassen lassen und beantragte 30 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte demgemäß.

Was hätte der Knecht bekommen, wenn er sich hätte „hinterlassen“ lassen.

Eine Ehrenkränkung der „nationalen“ Oshen. Vom Main wird uns geschrieben: Am 1. Januar haben die mitteldeutschen Viehhändler in Frankfurt getagt und u. a. eine Viehvericherung begründet. Dabei wurde nach folgenden Grundsätzen verfahren; die Prämien betragen für Kühe und Bullen 4 M., für Rinder, Stiere und Oshen 3 M., für österreichische Oshen, bei denen (wörtlich!) Krankheiten nur selten vorkommen (!!) 2 M. — Das ist ein von Sachkundigen geführter Schlag gegen die Agrarier und eine Ehrenkränkung der „nationalen“ Oshen, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann.

Ueber den Abg. Gröber berichtet die „Köln. Volkszt.“: Die etatsmäßige Beförderung des Landgerichtsrats Gröber in Heilbronn in ein höher dotiertes Staatsamt ist für die nächste Zeit zu erwarten, so daß noch in diesem Jahre im 15. württembergischen Wahlkreis (Blauen- und Hingen) für den Reichstag und im Oberamtsbezirk Niedlingen für den württembergischen Landtag neu wählen bevorstehen würden. Der Reichstags-Wahlkreis gehört dem Zentrum seit 1881.

Husland.

Bergewaltigung der Pressefreiheit in Japan.

Wie die „Deutsche Japan-Post“ meldet, ist das sozialistische Blatt „Heimin Shimbun“ im November vorigen Jahres von der japanischen Regierung unterdrückt worden, weil das Blatt einen Artikel habe veröffentlicht wollen, der die Heiligkeit des kaiserlichen Haushaltes verletzete und das konstitutionelle System störte. Es wurde nicht nur die Fortführung des Blattes verboten, sondern es wurden sogar die Maschinen konfisziert, außerdem wurde der Herausgeber und Drucker (!) zu fünf Monaten schwerem Gefängnis und zu 50 Yen Geldstrafe verurteilt. Zu gleicher Zeit wurde ein sozialistischer Verein in Tokio verboten.

Die Japaner waren bisher bemüht, im Auslande die Sympathien der fortschrittlichen Elemente dadurch zu gewinnen, daß sie darauf hinwiesen, daß Japan gegenüber Rußland den Staat von höherer Kultur und größerer politischer Freiheit darstelle. Das rigorose Vorgehen der japanischen Regierung gegen die sozialistische japanische Presse und Partei beweist jedoch, daß auch in Japan die Opposition, namentlich die sozialistische, in ebenso skandalöser Weise verfolgt wird, wie in Rußland. Japan hat sich durch diese Aktion wahrlich kein Ruhmesblatt erworben! Es stellt ja dem Sozialismus in Japan ein ehrendes Zeugnis aus, daß er von der Regierung als achtunggebietend genug gehalten wird, in derartiger gehässiger Weise bekämpft zu werden. Die Regierung eines wirklich zivilisierten Landes sollte sich jedoch schämen, einer Partei, die lediglich mit den Mitteln der Aufklärung kämpft, mit der brutalen Gewalt des Polizeibüchels entgegenzutreten. Allerdings zweifelte ja kein Sozialist daran, daß Japan trotz seiner Fortschritte, die es auf dem Gebiete der kapitalistischen Technik gemacht hat, weit davon entfernt sei, als wahrhaft freier Staat gelten zu können. Es ist vielmehr selbstverständlich, daß Japan genau dieselbe politische Entwicklung durchmachen wird, wie alle übrigen kapitalistischen Länder und daß es auch in Sozialistenbekämpfung hinter den europäischen Staaten nicht zurückbleiben wird. Die Zustände, wie sie sich in der jämlichen Unterdrückung der sozialistischen Propaganda geäußert haben, beweisen schließlich auch, wie recht vom sozialistischen Standpunkte aus unsere japanischen Genossen hatten, daß sie den Krieg gegen Rußland mit aller Energie bekämpften und stets darauf hinwiesen, daß die politischen und wirtschaftlichen Vorteile eines Sieges über die Russen nicht dem Volke, sondern nur den herrschenden kapitalistischen Klassen zugute kommen würden!

Die Semstwo-Bewegung.

Die Versammlung des Gouvernements-Semstwo in Petersburg wurde am 28. Dezember eröffnet mit einer Rede des Vorsitzenden der Uprava (des geschäftsführenden Ausschusses) Marlow (des einen von den zwei Brüdern, die sich geweigert hatten, die Resolution der Semstwo-Konferenz zu unterzeichnen). Marlow rief die vom Zaren angekündigten Reformen in einem Tone, als ob all die schönen Versprechungen bereits zu Taten geworden seien, und schlug vor, zu Ehren der Geburt des Thronfolgers, der „als Verländer großer Reformen auf der Welt erschienen ist — um dieses für jedes russische Herz freudvolle Ereignis zu feiern“, einen Fonds von 10 000 Rubel namens des Thronfolgers Alexej zu gründen für die Bildung der Kinder der in Semstwo angelegten Personen. Die Versammlung nahm diesen Antrag an, ohne daß von irgend einer Seite der Versuch gemacht worden wäre, die politische Situation in Rußland unter einem höheren Gesichtspunkte zu beleuchten. Das Publikum, das sich in Erwartung großer Ereignisse in großer Anzahl versammelt hatte, zog enttäuscht wieder von dannen.

Dann schritt die Versammlung zur Erledigung einer Reihe geschäftlicher Vorlagen. Unter anderem kam auch eine Vorlage „betreffend die Erhöhung der Verantwortung für das eigenmächtige Fällen fremden Waldes“ zur Verhandlung. Die Vorlage wünscht, daß dieser Frevel scharf nicht mehr bloß als eigenmächtiges Holzfallen, sondern als Diebstahl bestraft werde. Vergeblich erhob ein Teil der Versammlung energischen Widerspruch gegen diese Vorlage, vergeblich wurde darauf hingewiesen, daß das Holzfallen meistens aus bitterster Not geschieht und daß die Verschärfung der Strafe dafür doch gar nichts helfen werde — die Vorlage wurde doch, wenn auch mit geringer Majorität (18 gegen 16 Stimmen) angenommen. So beging das Semstwo der russischen Hauptstadt den Tag, an dem von ihm die Forderung einer Verfassung erhofft wurde.

Am nächsten Tage wurde allerdings von den Vertretern der Minorität in Sachen der Holzfallangelegenheit durchgesetzt, daß diese Sache noch einmal beraten werden wird — es hatte sich nämlich herausgestellt, daß ein Teil der Semstwo-Mitglieder den Saal vor der Verhandlung dieser Frage in der irrtümlichen Meinung verlassen hatten, die Sitzung sei schon aus. Dafür kam es an diesem Tage wieder zu äußerst lebhaften Debatten über die Notwendigkeit, die Sommerfrische in der Nähe von Petersburg gegen die übermächtigen Forderungen der Droschkenfischer zu schützen. Diese „brennende Frage“, wie sie ein Semstwo-Mitglied nannte, wurde durch Annahme obligatorischer Bestimmungen für die Droschkenfischer gelöst.

In der Semstwo-Sitzung in Jaroslawa am 24. Dezember ist es nicht weniger kläglich zugegangen. Bei Verhandlungen über den

Bildungssektus für Semstwo-Agronomen hielt Fürst D. Schachotoff eine Rede, in der er ausführte, die Agronomen, die aus den wenigen landwirtschaftlichen Hochschulen Rußlands hervorgehen, verdienen diese zumeist als gebrochene, zur praktischen Tätigkeit unbrauchbare Reichen. Doch nicht etwa durch eine Reform dieser Hochschulen könne Abhilfe geschaffen werden, sondern nur durch eine fundamentale Umwandlung der gesamten politischen Zustände Rußlands. Als der Fürst sich noch deutlicher ausdrückte und seine Rede stürmischen Beifall seitens des Publikums hervorrief, entfernte der Vorsitzende dieses letztere und auch die Pressevertreter aus dem Saale und in nichtöffentlicher Sitzung wurde beschlossen, den Namen des von der Administration erlaubten Programms nicht zu überschreiten.

Das am 27. Dezember in Kasan zusammengetretene Semstwo wählte eine Kommission, die einen Vorschlag darüber auszuarbeiten will, in welcher Weise zu der Anknüpfung von Reformen seitens der Regierung Stellung zu nehmen ist.

Das Moskauer Semstwo, das am 26. Dezember eine Adresse an den Zaren zugunsten einer Neuwahl der politischen Verhältnisse angenommen hatte, hatte leider zugleich auch den byzantinischen Beschluß gefaßt, zu Ehren der Geburt des Thronfolgers 300 000 Rubel unter der Bezeichnung „Fonds namens des Thronfolgers Alexej Nikolajewitsch“ für Schulbauten zu stiften. Am nächsten Tag brach die Semstwo-Versammlung ihre Session ab mit der Begründung, daß sie infolge der soeben veröffentlichten Regierungs-Berammung (die rabulöse Semstwo-Beschlüsse mit Verfassung der Verammungsleiter bedrohte) nicht die nötige Ruhe für weitere Verhandlungen habe. Es scheint damit eine Protestkundgebung gegen den Regierungssatz bezweckt gewesen zu sein.

In scharfer Form hat auch das Semstwo in Tschernigow Protest erhoben gegen die Mandatschrift des Zaren auf die Adresse dieses Semstwo, in der er sie als taktlos und verwegen bezeichnen hatte. In der Versammlung, die auf die Befamtmachung dieser Mandatschrift folgte, erklärten zunächst 30 Semstwo-Mitglieder, ihr Amt niederzulegen, und verließen sofort den Saal. Die anderen Mitglieder drückten ihr Bedauern aus, daß sie kraft ihres Amtes in der Versammlung verbleiben müssen und sich den forsgenagten Kollegen nicht anschließen können. Sämtliche Distrikts-Adelsmarschälle erklärten auch, durch ihr Amt gezwungen zu sein, in der Versammlung zu verbleiben. Schließlich legten der Vorsitzende und die Mitglieder der Gouvernements-Uprava (außer einem) ihr Mandat als Semstwo-Mitglieder nieder und erklärten, im Amt nur bleiben zu wollen, bis sie durch Neuwahl ersetzt würden. Da in dieser Sitzung sowie an den nächstfolgenden Tagen die Zahl der anwesenden Mitglieder eine ungenügende war, mußte die Session offiziell geschlossen werden.

Zu einem Protest in ähnlicher Form kam es in der Sitzung des Gouvernements-Semstwo in Smolensk. In zwei Kommissionen wurde der Entwurf einer Adresse an den Zaren über die politische Lage Rußlands ausgearbeitet. Der Vorsitzende der Versammlung setzte jedoch auf Befehl von oben die Verhandlungen über diesen Entwurf von der Tagesordnung ab. 20 Mitglieder der beiden Kommissionen und sämtliche Delegierte des Distrikts Dorogobusch erklärten darauf, der Semstwo-Versammlung nicht mehr beizuwohnen zu können, und verließen sofort den Saal.

Die Tagung einer Reihe von Semstwo-Versammlungen wird erst nach dem russischen Neujahr beginnen. Es wird erwartet, daß eine Reihe derselben unter Hinweis auf die Unzulänglichkeit der im Ministerkomitee gepflogenen Reformverhandlungen den Wunsch nach einer Verfassung aussprechen werden.

Oesterreich-Ungarn.

Die letzte Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses.

Budapest, 3. Januar. Abgeordnetenhauses. Vizepräsident Fejlysch verliest eine Zuschrift des Ministerpräsidenten, in welcher die Abgeordneten zur Verlesung der Thronrede, mit welcher der Reichstag geschlossen wird, für morgen in die Burg berufen werden. Franz Kossuth erklärt, der Ministerpräsident habe unrecht gehandelt, indem er dem König den Rat zur Auflösung des Reichstages erteilt habe, da die Auflösung in weiten Kreisen starke Bedenken wegen der konstitutionellen Zulässigkeit erregt habe. Ministerpräsident Graf Tisza führt aus, er müsse inmitten der herrschenden Erregung dem Redner danken, daß er die Verantwortlichkeit gegen die Regierung geltend gemacht habe, ohne die Krone in die Debatte zu ziehen. Redner ersucht die Abgeordneten, sie mögen sich nicht hürzen lassen, und mit dem Grundsatze der ministeriellen Verantwortlichkeit in Gegenstand geraten, sowie in Widerspruch mit der Nation, welche von Ehrfurcht gegen den König erfüllt sei; es gebe keine antidynastische Partei in Ungarn. Zwischenrufe auf der äußersten Linken: Sie werden eine solche durch Ihre Wirksamkeit ins Leben rufen! Der Ministerpräsident fährt fort: Sie können diese Tatsache durch die Willen von Opreyten-Revolutionären nicht verdunkeln. Er erklärt, daß die Auflösung des Reichstages verfassungsmäßig und unanfechtbar das geeignetste Mittel zur Lösung der Krise gewesen sei. Graf Apponyi erklärt, daß infolge des Attentats vom 19. November vorigen Jahres die Regierung und das Volk das Recht verweigert hätten, Indemnität zu verlangen. Er protestiert gegen die Auflösung des Reichstages als verfassungswidrig. Während der hierauf folgenden Rede des Justizministers Dr. Bloß werden unartikulierte Laute hörbar und es entsteht eine große Unruhe, worauf der Justizminister erklärt, inmitten des Tumults nicht reden zu können, und sich wieder setzt. Baron Rauff greift hierauf das Wort, worauf die liberale Partei sowie die Minister den Saal verlassen. Es entsteht große Unruhe, und der Präsident suspendiert die Sitzung. Vizepräsident Fejlysch gibt nach Wiederaufnahme der Sitzung einen Rückblick über die Tätigkeit des Reichstages in der abgelaufenen Periode und wird von unaufrichtigen Pfuscheren und Ausrufen der Entrüstung seitens einiger oppositionellen Abgeordneten unterbrochen. Alsdann wird inmitten großer Erregung die letzte Sitzung des Reichstages geschlossen.

Dänemark.

Verurteilt wegen Beschädigung des Zaren und des dänischen Prinzen Harald wurde am Sonnabend vom Kriminalgericht zu Kopenhagen der Redakteur Emil Dypfer zu zwei Monaten Gefängnis. Die Zarenbeleidigung wurde in drei Artikeln des Mittagsblattes „Klokken 12“ entdeckt, die sich auf den Antritt des neuen holländischen Generalgouverneurs und die Ermordung Wobrisoffs bezogen. Die Zarenbeleidigung soll der Beurteilung in einer Reihe von Artikeln über die Standalgeschichte der Frau des dänischen Obersten Runthe begangen haben. Diese Dame hatte bekanntlich einen mit der Unterschrift des Prinzen Harald versehenen Wechsel auf 20 000 Kronen einzulösen versucht, der dann für gefälscht erklärt wurde. Die Dame selbst wurde in eine Irrenanstalt gebracht; sie soll sich aber, wie vor einigen Tagen gemeldet wurde, jetzt nach Hamburg begeben haben. Dypfer hat in seinem Blatt behauptet, Prinz Harald habe in einem Liebesverhältnis zu Frau Runthe gestanden; auch sei es nicht wahr, daß der Wechsel gefälscht war. Außerdem stützt sich die Beurteilung auf einen im Feuilleton veröffentlichten Roman „Der König auf Liebeswegen“, worin ähnliche Verhältnisse und Vorgänge geschildert werden.

Eine allgemeine Ministerkrise scheint jetzt unausbleiblich. Der Kriegsminister Raden hat sein Abschiedsgesuch damit begründet, daß Reinigungsverschiedenheiten in der Militärfrage zwischen ihm und dem Marineminister Jöhne entstanden seien. Er stellt also das Ministerium vor die Wahl zwischen ihm und Jöhne. Wird der Marineminister geneigt zu demissionieren, so werden wohl auch die beiden anderen freischlich gestimmten Mitglieder des Ministeriums: der Präsident und Minister des Äußeren und der Finanzminister Hage nicht mehr bleiben können. Fällt aber Raden, der es ja offenbar auf eine Sprengung des ganzen Ministeriums abgesehen hat, so wird wohl mindestens sein nicht weniger reaktionärer Kollege Alberti, der Agitator der Prügelstrafe und Reubeuber der Theaterzensur,

mit in die Verfassung gezogen. Der Kampf zwischen Raden und Röhne ist gewissermaßen ein Kampf um die Befestigung Kopenhagens und um das Programm der Linken-Partei, die von jeder gegen den Militarismus und gegen die Verfassungswidrigkeit zustandegekommene und nicht weniger verfassungswidrig von Raden vervollkommnete Befestigung der Hauptstadt gekämpft hat. Der Marineminister, und überhaupt in Marinekreisen festman dieses kostspielige Werk als unbrauchbar und sogar als schädlich für die Landesverteidigung an. Offenbar ist aber diese Frage nicht für das Abschließende Radens ausschlaggebend gewesen, vielmehr muß man annehmen, daß zuguterletzt der Neutralitätsbruch die Strife heraufbeschworen hat.

In dieser Sache hat übrigens am Freitag das „Danst Reichsblatt-Syndikat“ eine offizielle Erklärung erlassen, die aber ganz nichtsagend ist. Darin wird nur behauptet, daß eine am Tage zuvor in der Zeitung „Kloften 12“ erschienene Notiz, das Syndikat habe ein russisches Probegeweh in Empfang genommen, unwahr sei.

Die „Social-Demokraten“ Behauptungen aber wagt man nicht zu rütteln. Im Justizministerium ist, wie berichtet wird, die Frage erwogen, ob man nicht gegen „Social-Demokraten“ öffentliche Anklage erheben solle. Der Plan wurde aber, jedenfalls aus Furcht vor dem Beweismaterial unseres Bruderorgans, fallen gelassen. —

Rußland.

Der Kampf um die Verfassung Finnlands. Am letzten Tage des alten Jahres haben die vier Stände des finnländischen Landtages eine Petition an den Zaren, die Wiedereinführung der verfassungsmäßigen Staatsordnung betreffend, beschlossen. Es handelt sich hier um einen Kompromißvorschlag, der in dem zur Prüfung der verschiedenen Vorschläge gewählten Ausschuss zustande gekommen ist. In dem Vorschlage wird darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, daß die (gesetzliche) Ausübung der Wehrpflichtigen sofort eingestellt und die Verrechnung vom 2. April 1903 samt den nachfolgenden Bestimmungen aufgehoben wird, und dann der Jar ersucht, die zur Wiedereinführung der verfassungsmäßigen Regierungsform und gesetzlichen Ordnung in Finnland notwendigen Maßregeln zu treffen.

Ferner haben die Stände beschlossen, die jetzt geltenden Bestimmungen über die Branntweinsteuer und die Abgaben auf Malzgetränke, Spielfarten und Stempel auf 6 Monate zu verlängern. —

Amerika.

Das Schatzamt berichtet über Einnahmen im Jahre 1904 in Betrage von 540 000 000 Dollar, denen 612 000 000 Dollar Ausgaben gegenüberstehen; das ergibt ein Defizit von 72 000 000, welches die Ausgaben für den Panama-Kanal, die 50 000 000 betragen, einschließt. Will man eine der Regierung günstige Rechnung aufstellen, so kann man darauf hinweisen, daß die 22 000 000 Dollar, die sich als unheimliches Defizit nicht wegleugnen lassen, immer noch einen Fortschritt bedeuten, denn das Defizit von 1903 war um 8 000 000 Dollar größer. —

Gewerkchaftliches.

Lehrlings-„Fürsorge“.

Der neue Lehrlingsverein hat bekanntlich das besondere Mißfallen der zünftigen Junftmeister und industriellen Schatzmacher erregt. Ist es ihnen schon ein Dorn im Auge, daß sie nicht die absolute Verfügungsgewalt über Gesellen und erwachsene Arbeiter besitzen, so wollen sie sich dieses „Recht“ den Lehrlingen gegenüber doch „unter allen Umständen“ wahren; nicht im selbstfälligen Ausbeuterinteresse — bewahre nein — sondern aus reiner väterlicher „Fürsorge“ für das Wohl der Lehrlinge. Sie richten deshalb allerhand sonderbare Schreiben resp. „Erlasse“ an die Eltern der ihrer Ausbildung anvertrauten jungen Leute, worin die Worte „unter-sagen“ und „verbieten“ die Hauptrolle spielen. Ein klassisches Dokument dieser Art ist ein „Erlaß“ der Firma Frister, Inhaber Engel u. Herzogwaldt, zu Berlin-Ober-Schöneweide, an die Eltern ihrer Lehrlinge. Man braucht nur daran zu erinnern, daß Herr Herzogwaldt der Vorsitzende des Vereins Berliner Metallwaren-Fabrikanten ist, der die gegenwärtige Aussperrung in der Gelbmetall-Industrie inszeniert hat, so wird einem der kühnemannliche Geist des Erlasses bedeutend verständlicher. Das Ding lautet:

Wie ich aus einem Zirkular erkenne habe, wird von gewisser Seite zur Bildung eines Lehrlingsvereins agitiert. Wenn erwachsene Menschen, die geklärtene Lebensanschauungen haben, sich einem Verein anschließen oder einen solchen begründen, so ist das ihr gutes Recht. Dagegen muß ich auf Grund § 6 des Lehrlingsvertrages (Absatz 2 u. 3) meinen Lehrlingen, die meiner Fürsorge unterstellt sind, unter allen Umständen unter-sagen, daß sie als Laum der Schule entwachsene unreife Jünglinge mit noch ganz ungeklärten Ansichten einem Verein mit ganz einseitig ausgeprochenen Zielen beitreten. — Ebenso verbiete ich auf Grund desselben Passus des Lehrlingsvertrages meinen Lehrlingen, während eines Streiks mit Streikenden zu verkehren und sich diesen gegenüber über Geschäftsangelegenheiten auszusprechen.

Ich bemerke daher, daß ich ein Uebertreten der erwähnten Bestimmungen als Kontraktbruch im Sinne der angeführten Stellen des Lehrlingsvertrages auffassen würde und möchte ich mir vorbehalten, die sich ergebenden Konsequenzen daraus zu ziehen.

Unterschrift der Firma.

Der Ufaß liest sich gerade wie eine Polizeiverordnung des Bankrotter Amtsvorsehers. Ueberaus schnurrig: Auf Grund des § 6 und so verbiete und untersage ich dies und das. Fehlt nur noch, daß „ein Uebertreten der erwähnten Bestimmungen“ mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft wird, falls nach kühnemannlichen Begriffen nicht noch eine höhere Strafe verwirkt ist. Werkwürdig, derselbe Firmenchef, der die vielen Lehrlinge seines Betriebes kaum persönlich kennt, geschweige noch daran denkt, ihre Ausbildung persönlich zu leiten, entstunt sich jetzt mit einem Male, daß die Lehrlinge seiner Fürsorge unterstellt sind. Ja, er erstreckt seine väterliche „Fürsorge“ jetzt nicht nur auf die Arbeitszeit der Lehrlinge, sondern auch auf deren freie Zeit, wo er ihnen doch naturgemäß „nig to seggen“ hat, da die Lehrlinge dann vielmehr lediglich der elterlichen Aufsicht unterstehen.

Doch Herr Herzogwaldt will auch „Konsequenzen ziehen“, falls seine Bestimmungen übertreten werden. Wo bleiben aber Logik und Konsequenz, wenn den Lehrlingen verboten wird, mit Streikenden zu verkehren? Das bedeutet unter Umständen nichts weniger, als dem Sohne zu verbieten, mit seinem eigenen Vater zu verkehren! Man sieht, wohl in der Herren-dünkel unserer übermodernen Kühnemannner führt. Dasselbe Unternehmertum, das heute um ganz geringfügiger Ursachen willen kaltherzig Tausende von Arbeitern wochen- und monatelang aussperrt, macht sich dann obendrein noch an, den als Lehrlingen tätigen Söhnen der Aussperrten den Verkehr mit den eigenen Vätern zu „verbieten“! Glücklicherweise ist die Arbeiterschaft heutzutage schon stark genug, ihrerseits die Konsequenzen aus dem Verhalten der Kühnemannner zu ziehen.

Deshalb wird auch der Ufaß des Herrn Herzogwaldt hin-wandern, wohin er gehört — in den Druß.

Berlin und Umgegend.

Ueber die Versammlung der Holzindustriellen, deren Verlauf wir gestern mitteilten, wird noch von anderer Seite berichtet. In der Debatte kam zum Ausdruck, daß nur dann die schon gemachten Zugeständnisse aufrecht erhalten werden und in einem längeren Ver-trage festgelegt werden dürfen, wenn die Vertreter der ver-schiedenen Arbeiterverbände sich verpflichteten, nachträglich keine weitergehenden Forderungen zu stellen. Man wolle keinen faulen Frieden, sondern einen dauernden. Neue Zugeständ-nisse seien ausgeschlossen, lieber wolle man jetzt weiter kämpfen. Die Arbeiter hätten die Frage angeschnitten, was denn später aus den Arbeitgebern werde, die keine Organisation angehören, das heißt nicht vertreten sind? Ob man bei diesen Forderungen stellen könne? Hierauf wurde erwidert, daß diese Arbeitgeber sich nur durch schnellen Anschluß an die Arbeitgeberorganisation schützen könnten. Die Entlassung Arbeitswilliger sei unter allen Umständen ausgeschlossen. — Die Arbeitswilligen dürften höchstens den Unter-nehmern Kopfschmerzen machen, und am meisten, wenn sie diese paar Leute wirklich behalten wollen, weil deren Arbeitswilligkeit zu deren Arbeitsfähigkeit in einem diametralen Gegensatz steht. Die stille Hoffnung aber, daß die Holzarbeiter ihnen die den Schor-machern fernstehenden Unternehmern durch unangenehme For-derungen in die Arme treiben werden, sollten die Herren ganz sinken lassen. Die Arbeiter werden natürlich auch von diesen nichts als die Innehaltung des Tarifs fordern. Daß die Unternehmer im An-gerichte eines Tarifabschlusses überhaupt über etwaige „weitergehende Forderungen“ der Arbeiter diskutieren, kennzeichnet ihr Verständnis für die ganze Sache. — Hoffentlich dämmert ihnen dies Verständnis noch im Laufe der Verhandlungen.

Die Berliner Stodarbeiter bereiten eine Bewegung vor. In der Berliner Stodindustrie sind zurzeit 450 Personen in Fabrikbetrieben und 120 bis 140 Heimarbeiter beschäftigt. Seit Jahren klagen nun die in Betrieben Arbeitenden über die den Lohn drückende Konkurrenz des Heimarbeiters. Alle Versuche zur Verbesserung der Verhältnisse durch die Organisation sind bisher gescheitert. Aus Anlaß des Heimarbeiterkongresses wurde diese Frage wiederum in einer Stodarbeiter-Versammlung diskutiert und die Branchenleitung beauftragt, Erhebungen bei den Heimarbeitern zu veranstalten. Besonders schwierig war die Ermittlung der Adressen der Heim-arbeiter, und konnten aus diesem Grunde auch nur ein Teil, und zwar nur 49, besudt werden. Bei diesen 49 Heimarbeitern waren noch 48 Kollegen beschäftigt, so daß also für 97 Heimarbeiter die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zahlenmäßig festgestellt wurden. Leider muß konstatiert werden, daß nach Kenntnis des Gewerbes einzelne Angaben über den Lohn als zu hoch erachtet werden müssen, so daß das Endresultat als genaues nicht bezeichnet werden kann. Es ist jedoch die Lage eines Teiles der Heimarbeiter so einwandfrei nachgewiesen, daß die Unternehmer einem Drängen der Arbeiter nach Aufbesserung der Löhne werden nachgeben müssen. Einige klassifizierte Arbeiter, Bieger und Schniger, erzielten einen Stunden-lohn von 88, 72 und 80 Pf. Auf gebogene Arbeit waren 29 Heim-arbeiter beschäftigt mit einer Arbeitszeit von 50—70 Stunden wöchentlich und einem durchschnittlichen Stundenverdienst von 40 Pf. Die Löhne schwanken zwischen 22—52 Pf. Allen Anschein nach wird aber vielfach länger gearbeitet, als hier angegeben. Die 97 Heim-arbeiter arbeiten im Durchschnitt 61 1/2 Stunden bei einem Stunden-verdienst von 47,5 Pf. 8 Arbeiterinnen und Arbeiter sind nur beim Polieren beschäftigt und erzielen bei 52 Stunden durchschnittlicher Arbeitszeit pro Woche einen Stundenlohn von 36 Pf. Drei Frauen arbeiten aber nur 30—45 Stunden, daher die scheinbar kurze Durch-schnittsarbeitszeit. Dieselben haben neben der Arbeit Kinder und Wirtschaft zu besorgen. Gegenüber der Behauptung der Unter-nehmer, die Heimarbeiter erzielten hohe Löhne, sei ein typischer Fall dargestellt. Laut Lohnbuch erzielte ein Arbeiter mit Hilfe seiner Frau im Durchschnitt 60 Mark. Davon hatte er an Ausgaben für Schellak, Spiritus usw. 17,50 Mark; verbleibt ein Verdienst von 42,50 Mark bei 60—65stündiger Arbeitszeit, gleich einem Stunden-lohne von 32—34 Pf. Das sind die günstigsten Verhältnisse. Viel schlimmer sind die Verhältnisse bei den Polierern der Unterstufe, der sogenannten Schäfte. Diese Arbeit ist infolge der niedrigen Löhne n u e Heimarbeit. Das Schleifen der Stöcke ist eine äußerst gesund-heitschädliche und schmutzige Arbeit. Der Arbeiter und der Arbeits-raum sind nach mehrstündiger Arbeit mit einer mehrere Milli-meter hohen Staubschicht bedeckt. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 54 bis 90 Stunden. Die Löhne sind wahre Hungerlöhne. Einige Beispiele sind Stundenlöhne von 25, 27, 28 und 29 Pf. Die Frau arbeitet toll mit und dann erzielen beide, Mann und Frau, 30—35 Pf. usw. Ebenso eint wie die Löhne, so ungeachtet ist die Arbeitszeit. 70—80 Stunden pro Woche ist die Regel. Als Durchschnittslohn wurde festgesetzt 33 Pf. Die Abford-erung betragen per Groß 3,75—4,50 Mark. Der Arbeiter muß aber die Polier im Werte von 1,25—1,50 Mark selbst stellen, so daß nur 2,25—3,25 Mark als Arbeitslohn verbleibt, und das für eine Arbeit, zu deren Herstellung 7—8 Stunden gebraucht werden, und — wenn die rohen Stöcke schlecht vorgearbeitet sind oder das Holz schlecht ist — auch 10—11 Stunden. Ingesamt stellt sich der Durchschnitts-verdienst sämtlicher Arbeiter auf 39—40 Pf. pro Stunde. Die Arbeit von vier Frauen konnte jedoch nicht besonders gerechnet werden, so daß der Durchschnitt sich noch vermindert. Hingzu kommt, daß von diesen Verdiensten noch die Unkosten für Miete der Arbeits-räume, variierend zwischen 10—23 Mark, Beleuchtung, Heizung usw., in Abzug gebracht werden müssen. Wie stellen sich demgegenüber die Verhältnisse der in Betrieben beschäftigten Arbeiter? Unter Zu-grundelegung von Wochenzetteln von 135 Betriebsarbeitern, verteilt auf 9 Betriebe bei durchschnittlich 52 1/2 stündiger Arbeitszeit, stellte sich der Durchschnittsverdienst auf 54,5 Pf. Bei der Heimarbeit bei 61—62stündiger Arbeitszeit 39—40 Pf., bei der Fabrikarbeit vor-stehend angeführte Arbeitszeit und Lohn. Die Gegenüberstellung dieser Zahlen zeigt uns mit verblüffender Deutlichkeit das Gemein-geschäftliche der Hausindustrie. — Nun zu den Arbeitsräumen. In acht Fällen war die Küche der Arbeitsraum. In mehreren Fällen befanden sich auch kleine Kinder in der Küche. Man bedente man den furchtbaren Staub beim Abschleifen, den die Rasenfeim-häute angehenden Staub beim Abschleifen von Kall und anderer giftigen Farben, den Geruch der Weigen, den Geruch des denaturierten Spiritus, und halte sich daneben, daß auch Kinder diesen Missetänden ausgesetzt sind. Andere Arbeitsräume befanden sich im Keller, zum Teil nahezu finster. Bei einem solchen Arbeitsraum wurden 13 hinabführende Stufen gezählt. Ein weiterer Arbeitsraum hatte 9—10 Quadratmeter Bodenfläche und arbeiteten hier ständig zwei bis drei Personen. In 17 Fällen waren die Frauen unterver-schäftigt, vielfach ersterten dieselben eine Arbeitskraft, indem sie von früh bis spät an der Arbeit teilnahmen, nach einer Angabe unter Zufallsnahme des Sonntag, bis zu 78 Stunden pro Woche. In verschiedenen Fällen wurden Eltern durch erwachsene Kinder unter-stützt, in anderen Fällen wurde an Schlafleute vermittelt, um so die Miete aufzubringen, und dann war meistens die Küche Wohn-raum, Küche und Arbeitsraum zugleich. 24 der Befragten erklärten sich kritisch für Beseitigung der Heimarbeit, da dieselbe schädlich. Als Gründe für Beibehaltung der Heimarbeit wurden angegeben: hohes Alter, die einmal vorhandene Werkstatt-einrichtung, die durch Aus-gabe der Heimarbeit wertlos würde, Frauen könnten der Kinder wegen nicht in Betriebe gehen, und der Lohn des Mannes ermüdele seine Existenz. Lebhafteste Klage wurde geführt über die Preisdrückung des Poliermaterials, als Spiritus und Schellak, von 1,50 bis auf 4,90 und 5,60 Mark. Von 21 in Betracht kommenden Unternehmern haben nur 8 sich für verpflichtet gefühlt, Zulagen von 25 Pf. bis 1 Mark pro Groß zu geben, so daß im allgemeinen die Erhöhung der Materialpreise bei den Schurarbeitern und Polierern einer Lohn-reduktion um 10—15 Prozent gleichkommt. Die Ver-sammlung, welcher dieser Bericht vorlag, und an welcher eine große Anzahl Heimarbeiter teilnahmen, beschloß einstimmig, die Branchen-

leitung zu beauftragen, mit den Heimarbeitern zusammen einen Tarif auszuarbeiten, welcher mit allen Mitteln zur Durchführung gebracht werden soll, und verpflichteten die Versammelten sich, die Heimarbeiter in jeder Weise zu unterstützen. Es haben nun in den letzten Wochen Beratungen behufs Ausarbeitung eines Tarifs statt-gefunden, so daß ein Entwurf desselben den Heimarbeitern in nächster Zeit zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann.

Achtung, Schuhmacher! Die Arbeiter der Firma Ralskett, Neue Adligstraße 5, sind wegen Lohnabzug in den Ausland ge-treten. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Ordnerverwaltung der Schuhmacher Berlins.

Deutsches Reich.

Die Firma Stöber in Steint sucht durch Chiffre-Inserate in verschiedenen Blättern Schloßer und Eisenbrecher. Es sei darauf hingewiesen, daß die Metallarbeiter dieser Fabrik sich im Streik be-finden. — Chiffre-Inserate gegenüber sei überhaupt den Arbeitern aller Branchen Vorsicht empfohlen; es verbergen sich dahinter oft Streikbrechergeheule.

Der Schlächterstreik in Neumünster hat sofort die dortige Polizei zur Rettung des dortigen Kapitols begeistert. Sofort nach Ausbruch des Streikes wurde der Vorsitzende Voh des Fleischerverbandes, dessen Maßregelung den Anlaß zum Streik gab, von der Polizei gesucht. Da man ihn jedoch nicht finden konnte und Voh dies bereits erfahren hatte, begab er sich zum Kommissar, um zu sehen, was man von ihm wolle. Er traf diesen jedoch nicht an, weshalb ihm bedeutet wurde, er solle nach dem Wackholer gehen. Hier traf Voh den Polizei-fergeanten Genel, der ihn aufforderte, seinen Posten als Vorsitzender niederzulegen! Als Voh sich dies selbstverständlich weigerte, erklärte der Beamte, daß er ihn wegen Hausfriedensbruch und Aufruhr „im Auftrage“ des Herrn Wurfabrikanten Winter verhaften müßte! Richtig führte der Beamte Voh nach dem Gefängnis im Haart, wo er wie ein Handwerksbursche untersucht wurde, ob er auch Ungeziefer habel nach Verkauf von vier Stunden wurde er dem Kriminalkommissar vorgeführt, der dann allerdings seinem Erstaunen darüber Ausdruck gab, daß Genel ihn eingesperrt habe. Natürlich wurde Voh wieder auf freien Fuß gesetzt. Dies ist aber nicht die einzige Einmischung der Polizei in diesem Streik. Als die Gesellen, die bei Winter logierten, kamen, um ihre Sachen zu holen, waren auch hier schon drei Beamte, welche die Leute aufforderten, sofort ihre Sachen wegzuschaffen, anderenfalls würden sie diese hinausjagen. — Eine öffentliche Volksversammlung protestierte auf das energischste gegen die polizeilichen Eingriffe in diesen Kampf und beauftragte das Gewerkschaftsamt, alles anzubieten, damit alle Uebergriffe an geeigneter Stelle den borgehenden Behörden und der großen Masse der Arbeiter zur Kenntnis gelangen. Endlich verpflichtete sich die Versammlung, so lange der Streik dauert, keine Waren zu consu-mieren, die in der Fleischkonfervenfabrik hergestellt sind.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Kundgebung des neuen Ministerpräsidenten.

Wien, 3. Januar. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Die „Neue Freie Presse“ meldet: Ministerpräsident Freiherr von Gautsch erklärte heute den Führern der Deutschen Volkspartei, daß er sich jeder gegen die Deutschen, aber auch jeder gegen irgend eine andere Nationalität gerichteten Maßnahme enthalten und die Sanie-rung auf parlamentarischem Wege anstreben werde. — Nächste Woche beabsichtigt der Ministerpräsident mit den deutschen und den italien-schen Abgeordneten aus Tirol die Lösung der Innsbrucker Univer-sitätsfrage zu besprechen.

Budapest, 3. Januar. (B. T. M.) In der heutigen Sitzung des Magnatenhauses erklärte Ministerpräsident Graf Tisza, daß er auf die Reinheit der bevorstehenden Wahlen sowie darauf achten werde, daß die Beamten die gesetzlichen Schranken nicht überschreiten. Dagegen sei es die besondere Pflicht der Behörden, für die öffentliche Sicherheit und Wahlfreiheit zu sorgen angesichts des systematischen Bestrebens, eine Erregung hervorzurufen, die nicht besteht. Die Regierung werde der Terrorisierung, von welcher Seite sie auch immer erfolgen möge, entgegenzutreten. (Beifall.) Der An-trag Prorath, die Auflösung des Reichstages mit tiefer Besorgnis entgegenzunehmen, wird mit allen gegen vier Stimmen ab-gelehnt. — R o s s i t h erklärte in der heutigen Sitzung seiner Partei, daß die Mitglieder der vereinigten Opposition bei der morgigen Thronrede anlässlich der Auflösung des Reichstages nicht erscheinen werden.

Sofia, 3. Januar. (B. S.) Die Sobranie wurde bis zum 14. Februar vertagt.

Zum Konflikt zwischen Rußland und Frankreich.

Langer, 3. Januar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Hier ist ein Kurier von Rej mit Depeschen für den französischen Botschafter eingetroffen. Die Depeschen betreffen, daß der Sultan Frankreich in allen freitragenden Punkten nachgeben wolle und die französische Mission erlaube, schleunigst nach Rej aufzubrechen.

Rotterdam, 3. Januar. Dem „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ wird aus Batavia gemeldet: Zwei japanische Hilfskreuzer kreuzen an den Küsten von Java. Eine japanische Torpedoboot-Flottille be-findet sich im Norden von Borneo. Die niederländischen Kriegs-schiffe kreuzen längs der Westküste des Archipels. — Nach einer Meldung der Wänter ist das Panzerschiff „Zeeland“ heute von Nieuwediep nach Indien abgegangen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

London, 3. Januar. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Tokio gemeldet, der Kapitulationsvertrag von Port Arthur bestimme, daß die Mannschaften der Besatzung von Port Arthur als Kriegs-gefangene nach Japan gebracht werden.

Tokio, 3. Januar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) General Stöffel hat in einem Telegramm an den russischen Kaiser um die Erlaubnis gebeten, daß die Offiziere Port Arthur den Japanern ihr Ehrenwort geben dürfen, an dem Kriege nicht mehr teilzunehmen.

Petersburg, 3. Januar. Der Petersburger Telegraphen-Agentur wird aus Tschifu von heute gemeldet: Sonntag nachmittag um 4 Uhr sandte General Stöffel den Fährhelfer Maltschenko zu General Rogi mit einem Briefe, in welchem er Rogi vorschlägt, unter folgenden Bedingungen zu kapitulieren: Alle Waffenfähigen sollen die Festung mit ihren Waffen verlassen dürfen unter der Verpflichtung, an dem gegenwärtigen Kriege nicht mehr teilzunehmen; die Verwundeten und Kranken werden nach ihrer Heilung nach Rußland befördert, die Waffen werden ihnen belassen; Privatpersonen, Frauen, Kinder und Ausländer werden der Fürsorge der Japaner überlassen. General Rogi befand sich, als General Stöffel seinen Brief an ihn richtete, in Dalny. — Ein japanisches Torpedoboot liegt neben unseren des-armierten Schiffen im hiesigen Hafen.

Von der Reise des Baltischen Geschwaders.

Zananzario, 3. Januar. (Meldung der Agence Havas.) Das unter dem Befehl des Admirals Köllertahn stehende russische Ge-schwader ist in der Bai von Bassandaba vor Anker gegangen. — Das Geschwader des Admirals Roschdestwenski hat, um das im Kanal von Mozambique herrschende schlechte Wetter zu vermeiden, den Weg um das Kap Sainte Marie herum nehmen müssen; das Ge-schwader ist in der Bai von Antongil eingetroffen. Jedes der beiden Geschwader hat mehrere Schiffe nach Kossibe Rajunga und Tama-tave abgeordnet, um Probant anzulassen. Man glaubt, daß die beiden Geschwader sich in Diego Suarez vereinigen werden.

Das Jahr 1904 in England.

London, Ende Dezember.

Das innerpolitische Leben Englands im Jahre 1904 hat kein Ereignis zu verzeichnen, das über den normalen Geschichtsverlauf hervorsticht. Die allgemeine erwartete Parlamentsauflösung ist nicht eingetreten und läßt sich auch jetzt noch nicht voraussagen; das Unterhaus hat nichts Remissivwertes geleistet; die ganze gesetzgeberische Tätigkeit ist ins Stocken geraten. Von den in der Thronrede vom 2. Februar versprochenen zwölf Gesetzentwürfen wurden nur drei angenommen, während die übrigen fallen gelassen oder gar nicht eingebracht wurden. Angenommen wurde das Schankgesetz, das die Befreiung von überzähligen Schanklizenzen reguliert; dann das Gesetz betreffend frühzeitigen Ladenschluß, dessen Durchführung indes von den lokalen Behörden abhängt; schließlich ein Gesetz zur Verbesserung von sanitären Maßnahmen. Fallen gelassen wurden unter anderem der Gesetzentwurf betreffend die Munizipalisierung der Londoner Docks, sowie betreffend die Fremdeneinwanderung. Nicht eingebracht wurde u. a. der versprochene Gesetzentwurf betreffend die Reform des bestehenden Patentschutzgesetzes der Unternehmer bei Arbeiterunfällen. Ebenso wenig hat die sozialpolitische Agitation irgend welche Resultate gehabt, trotzdem sie dem Parlament viel Zeit geraubt und die Parlaments-Abgeordneten in zahlreichen öffentlichen Versammlungen beschäftigt hat. Es war ein Jahr innerpolitischen Stillstandes.

Bestimmten wären vielleicht geneigt, in diesem Stillstande den Bankrott der Demokratie zu sehen. Eine derartige Ansicht wäre indes nicht gerechtfertigt. Der innerpolitische Stillstand ist vielmehr dem Druck zuzuschreiben, den die äußere Politik und besonders der ostasiatische Krieg auf England ausgeübt haben. In keinem europäischen Lande, vielleicht Frankreich ausgenommen, hat der japanisch-russische Krieg eine so intensive Spannung hervorgerufen, wie in England. Erstens infolge der Allianz mit Japan und der daraus entpringenden Möglichkeit, in einen Krieg hineingetrieben zu werden; zweitens infolge des allgemeinen Interesses, das man in England, in diesem eminent politischen Lande, jedem großen weltpolitischen Ereignis entgegenbringt. Man kann überhaupt das Leben der zivilisierten Völker nicht begreifen, wenn man einzig und allein auf die innere Politik blickt. Für England trifft dies in noch höherem Maße zu, da es das Haupt eines riesigen imperialen Organismus ist. Wäre die innere Politik allein für England maßgebend, dann würde das Kabinett Vaffour schon zu Anfang dieses Jahres das Zeitliche gesegnet haben. Das Kabinett hat sich bis jetzt gehalten nur aus Gründen der äußeren Verwickelungen. Die Nation hat sich gewöhnt, in den Konventionen die Beschäfer der britischen Ehre zu erblicken und sieht sich sicherer, wenn ein Tory in kritischen Zeiten an der Spitze der Regierung steht. Und man darf sagen, daß dieses Gefühl eine gewisse Berechtigung hat.

Die konservative Regierung hat im Berichtsjahre das englisch-französische Abkommen endgültig zustande gebracht und dadurch eine bedeutende Verstärkung der Flotte erzielt. Sie hat ferner durch die britische Herrschaft in Ägypten erheblich befestigt und die Flotte zu verteilten können, daß ihre Hauptmacht auf die Nordsee gerichtet sein kann. Daran erklärt sich auch das Rollenlassen des Planes, in Firth of Forth einen vierten Kriegshafen anzulegen. Die Freundschaft mit Frankreich und die Unschädlichmachung Russlands als Seemacht gestatten England, die deutsche Seemacht ruhiger zu behandeln. Durch die erfolgreiche Expedition nach Tibet hat sie die ostasiatischen Pläne Russlands durchkreuzt und den britischen Einfluß in Mittelasien erheblich gefördert. Die Behandlung der Doggerbank-Affäre war allerdings nicht mit der Größe der britischen Politik vereinbar, aber allem Anschein nach ist der Konflikt mit Russland nur verlohren, aber keineswegs aufgehoben. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist der Ausschub viel günstiger für England als für Russland. Bis zum Sommer 1905 wird Russland sich in der Wandlung noch schlimmer verhalten haben, während Lord Althamer

in Indien mit der Reorganisation der britisch-indischen Armee fertig sein wird. Vieles deutet darauf hin, daß Mittelasien in den kommenden Jahren der Mittelpunkt der britischen Politik sein wird. Der Gedanke einer Ausdehnung der britisch-japanischen Allianz auf Mittelasien wird im gegenwärtigen Moment ernst erwogen. England würde demgemäß sowohl in China, wie in Afghanistan und Persien auf japanische Regimenter stoßen.

Neben Russland ist Deutschland der Gegenstand der britischen Aufmerksamkeit. England hat tatsächlich nur mit diesen beiden Mächten zu rechnen. Mit Frankreich und Amerika ist Friede und Freundschaft auf Jahre hinaus gesichert. In Oesterreich wird England zugunsten der Dualie und des Territorialbestandes der Doppelmonarchie eintreten, ebenso für die Unabhängigkeit Hollands, wie überhaupt jeder Vergrößerungsplan Deutschlands in Europa unfehlbar auf die Opposition Englands stoßen wird. Sowohl die österreichischen wie die holländischen Angelegenheiten werden hier eifrig studiert, da sie zwei Gebiete betreffen, die zur Befestigung der deutschen Seemacht dienen können und nach Ansicht der deutschen Imperialisten auch dienen sollen.

Die imperialistische Agitation Dr. Chamberlains ist vorläufig als gestrandet zu betrachten. Die britischen Arbeiter, die wir so oft als machtlos bezeichnen, haben über Chamberlain gestimmt. Einige Radikalen genügt, den Korruptionen zu Gemüte zu führen, daß sie sich nicht in Uebereinstimmung mit den Ansichten der Arbeiter befinden, und das Votum der Arbeiter war entscheidend. Auch in den Kolonien ist von einer Erstarkung des Reichsgedankens nichts zu spüren. Bei den kanadischen Parlamentswahlen siegte die Liberale, die gegen jeden engeren Anschluß an England sind. Und wenn in Australien die Stimmung zugunsten Englands umschlägt, so ist dies einzig und allein der australischen Furcht vor Japan zuzuschreiben. Die Australier fürchten, daß Japan — nach einem Siege über Russland — das Recht auf unbeschränkte Einwanderung nach Australien verlangen wird. Es ist auch im laufenden Jahre kein einziges bemerkenswertes Buch zugunsten des Imperialismus erschienen, dagegen manche gute Schrift für Demokratie und Sozialreform, so besonders „Democracy and Reaction“ von L. T. Hobhouse, die entschieden den Imperialismus ablehnt und im Sozialismus die reorganisierende Politik der Gesellschaft erblickt. Wie die ganze Familie Hobhouse, ist auch der Verfasser des genannten Buches liberal, und die eigentliche Frage, die ihn beschäftigt, ist die Verführung des Liberalismus mit dem Sozialismus, — eine Frage, die in den nächsten Jahren in England akut werden wird.

Dem die regierende Torypartei hat in der inneren Politik vollends abgewirtschaftet und muß bald der liberalen Partei Platz machen, und diese wird im Parlament mit einer ziemlich starken Arbeiterfraktion zu tun haben.

Im Vordergrunde der Arbeiterpolitik steht noch immer der Taff-Bale-Entscheid, der die britischen Gewerkschaften paralyisiert. Der Gesetzentwurf zur Wiederherstellung des Gewerkschaftsrechts wurde zwar am 22. April in zweiter Lesung angenommen, aber zur Kommissionsberatung und zur dritten Lesung nicht zugelassen. Hier zeigt sich das Wachsen der Macht der Regierung über das Parlament, das man bislang als souverän betrachtete. Die Zunahme der Macht der Exekutive zum Schaden des Parlaments ist eine der merkwürdigsten und allgemein anerkannten Tendenzen im gegenwärtigen Verfassungsleben Englands. Rein Beobachter des englischen Lebens zweifelt mehr an dieser Tatsache. Es ist indes zu bedenken, daß eine englische Regierung nicht über dem Parlamente steht, sondern aus dem Parlamente hervorgeht und jederzeit zur Rechenschaft gezogen werden kann. Derselbe zunehmende Macht, die eine konservative Regierung ausübt, kann auch von einer demokratischen Regierung ausgeübt werden. Diese Tendenz beweist nur soviel, daß die wachsenden Aufgaben, die ein moderner Staat zu erfüllen hat, nicht mehr vom ganzen Parlamente, sondern von einem Ausschusse desselben behandelt werden können. Immerhin ist es wahr, daß die konservative Regierung diese zunehmende Macht im reaktionären Sinne

ausbeutet, wie die Unterdrückung des gewerkschaftlichen Gesetzentwurfes beweist. So empfindlich diese Unterdrückung die Arbeiter momentan trifft, so ist sie doch von großer aufrüttelnder Bedeutung, und fast alle Fortschritte, die die Arbeiter in den letzten drei Jahren in ihrer politischen Organisation gemacht haben, ist auf den Taff-Bale-Entscheid zurückzuführen. Er ist geradezu von historischer Bedeutung für die Sozialgeschichte Englands geworden. Denn auch die kommende liberale Regierung wird den Forderungen der Arbeiter nach der Wiederherstellung des alten Gewerkschaftsrechts nicht ohne schweren Kampf nachgeben. Und dieser bevorstehende Arbeiterkampf kann nur ein politischer Kampf werden, geführt von einer selbständigen Arbeiterpartei.

Wenn oben von der Unterdrückung der britischen Gewerkschaften gesprochen wurde, so darf dies nicht im preußisch-deutschen Sinne verstanden werden. Denn die britischen Arbeiter erfreuen sich trotz alledem unvergleichlich größerer Freiheiten als die deutschen Arbeiter. Dies zeigte sich besonders in diesem Sommer bei einem Textilarbeiter-Streik in Ashton-under-Lyne, wo die streikenden Arbeiter die Straßenwagen, die die Arbeitwilligen nach der Fabrik führten, in Stücke schlugen und der Polizei energischen und tätlichen Widerstand leisteten. Dennoch gab es keine Prozesse wegen Landfriedensbruchs und keine Zuchthausstrafen, wie dies in Deutschland der Fall gewesen wäre, wenn auch nur annähernd ähnliche Ausschreitungen Platz gegriffen hätten. Das kommt daher, daß England eine Demokratie ist, wo das Volk sich selbst regiert und den Beamten und der Polizei einschärft, daß sie nur Diener des Volkes sind.

Die sozialistischen Organisationen haben im Berichtsjahre sowohl an Zahl wie an geistiger Stärke zugenommen. Ihre Presse wird viel beachtet und die sozialistischen Vorschläge viel diskutiert. Die seit Jahren von der Sozialdemokratischen Föderation verlangte öffentliche Speisung der armen Schulkinder geht der baldigen Bewirkung entgegen. Bei den Munizipalwahlen im November haben die sozialistischen und gewerkschaftlichen Kandidaten bedeutende Erfolge errungen. Auf dem internationalen Sozialkongress in Amsterdam war die britische Delegation die stärkste. Die Diskussionen, die sich in der sozialistischen Presse an die Resolution über die Taktik knüpften, haben viel zur Klärung der sozialistischen Lehren beigetragen. Eine Einigung der beiden sozialistischen Organisationen Großbritanniens wird jedoch erst möglich sein, wenn die Einigung der französischen Genossen vollzogen ist, da die leitenden Genossen der Independent Labour Party, wie Keir Hardie, MacDonald, Snowden usw. großes Gewicht auf die Haltung des Genossen Jaards legen und seinem Beispiele folgen werden.

Parlamentarisches.

Die Kanalkommission des Abgeordnetenhauses trat Dienstag vormittag 11 Uhr zusammen und begann die Verlesung und Feststellung des Berichts der Kanalvorlage. Anwesend waren nur neun Mitglieder. Regierungsseitig erschienen zahlreiche Kommissare aus den verschiedenen Ministerien. Zunächst stand zur Verhandlung der vom Abg. Dr. v. Duisdorp bearbeitete Bericht über den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin. Abg. Dr. v. Drömel wandte sich in scharfen Ausdrücken gegen den Bericht und rügte vor allem den Umstand, daß er vom einzigen Gegner dieses Teils der Vorlage verfehlt sei. Er bezeichnete dies als ein Unikum in der parlamentarischen Geschichte. Dr. v. Duisdorp verteidigte sich gegen die Vorwürfe des Vorredners. Zwischen beiden Rednern entspann sich eine längere Polemik.

Partei-Nachrichten.

Das internationale Sekretariat der Sozialdemokratie macht durch seinen Sekretär Victor Seyow bekannt, daß die nächste Sitzung am 15. Januar im Volkshaus zu Brüssel stattfindet. Die Tagesordnung

Nach längeren Unterbrechungen werden einige von uns in das Bureau zur Abfertigung hineingelassen. Es sind in erster Reihe die Amerikaner, die diesen Vorzug genießen. So oft die Tür sich öffnet, versuchen einige Leute sich nachzudrängen, um auch der Abfertigung teilhaftig zu werden. „Jurid, hässliche Bande“ ertönt dann ebenso regelmäßig ein Ruf des Aufbegehrens oder eines anderen Beamtens. Tritt aus der Bureaustube ein Beamter, den gar mehrere Goldstreifen zieren, dann gibt er in dem Bewußtsein seiner geistigen Ueberlegenheit den ungeduldrigen Drängenden, die nicht nur seit der Abreise von Tilsit, sondern vielleicht schon seit ihrer Flucht aus Russland nicht aus den Kleidern gekommen sind, die tage- oder wochenlang kein Bett berührt und kaum mehr gegessen haben als ein wenig Brot, den besänftigenden Rat: „Seid nicht so dumm Leute, wartet ruhig, Ihr kommt alle an die Reihe“.

„Er meint wir sind Beheimdes (Fies)“, erklärt ein Jude, der ihn verstanden, den Redensarten, „wenn er möcht hier hungern siehen seit der Früh, möchte er anders reden.“ Unwillkürlich mußte ich an die Szenen denken, die sich in den besten Theatern nach Schluß der Vorstellung vor den Garderoben abzuspielen pflegen. Wie stürmisch benehmen sich die Gebildeten und Bornedmen unserer Kulturwelt, um nicht wenige Minuten warten zu müssen. Sie haben keine 34-stündige leis- und geistverleerende Fahrt bei leerem Wagen hinter sich. Wie stark wäre dennoch ihre Empörung, wenn eine Garderobenfrau es wagen würde, in einen nicht höchst respektvollen Tone dieses Benehmen zu kritisieren. Auswanderer der Ballin-Gesellschaft werden eben nicht als „Publikum“ betrachtet, man läßt sich höchstens dazu herbei, den „Schornstein und Verschwörern“ teures Geld für schlechte Fahrt abzunehmen.

Nach immer weiten wir an dieser Stelle der Erzählung. Die Erwaehnten brüteten vor sich hin, doch mehrere kleine Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren begannen nach längerem Schlaf ihr Spiel wieder aufzunehmen. Sie lagen zwischen den Kisten und Körben hin und her, bis mütterlicher Mahnung sie zurückholten. Die Frauen sind frühzeitig gealtert, verblüht, Elend und Arbeit haben sich auf ihren Gesichtern eingezeichnet. Sie geben ihren Kindern das Abendessen. Ein langes Mahl: Schwarzbrot in Suppe getaucht. Um die sechste Stunde dürfen wir die Bureaustube betreten. Neue Massen treten an die Schranken, begrüßt von dem Jurist eines Beamten: „Pui Teufel, wie das Bad stinkt!“ Es ging in der Tat kein Wohlgeruch von uns aus, Ballin hatte vergessen, seinen Passagieren das notwendige kohlische Wasser zu liefern. Die Abfertigung vollzog sich äußerst langsam, was wohl verständlich ist, da die meisten Expedienten sich mit den Auswanderern nur schlecht oder gar nicht verständigen können. Es ist dabei auffällig, daß diejenigen Beamten, die die Sprache der Auswanderer verstanden, sich auch in ihrem sonstigen Benehmen von ihren Kollegen vorteilhaft unter-schieden.

Bis nach 6 Uhr hatte ich gewartet, es war endlich das lang erwartete Abendrot ausgeföhrt. Auf jede Person kamen drei ganze trockene Semmeln! Die Abgefertigten hatten sich in derselben Halle, in der wir tagsüber auf unsere Erlösung gewartet hatten, aus Matragen ihr Lager bereitet und sich zur Ruhe niedergelegt. Bei dem Anblick dieses Nachlagers war mein Wunsch, diese gäßlichen Räume bis zum nächsten Morgen zu verlassen, zum festen Voratz geworden. An die Erlangung der Kontrollkarte war noch lange nicht zu denken, und als ein Beamter, mein Verlangen, mich zu entlassen, das ich mit dem beabsichtigten Besuch von Verwandten begründete, abschlug, versuchte ich auf eine andere Weise zu entkommen, und mein Versuch gelang. Frische Luft, ein langentbehrter Genuß. Den Straßenbahnstationen folgend ging ich in die Stadt. Als ich an den ersten Häusern vorbeikam, wurde ich von drei wohlgekleideten etwa achtjährigen Kindern mit den Ruf: „Ruzki, Pökal“ und einigen Steinwürfen empfangen. Man wandelt nicht ungestraft in dem Rod eines russischen Juden!

Mit Ballin unterwegs.

V.

Rußleben — Hamburg.

Berlin lag hinter uns. Noch ein kurzer Aufenthalt auf dem Charlottenburger Bahnhofe, und bald war Rußleben erreicht. Die Menge entströmte dem Zuge und eilte in eine Nischenbaracke, die von hunderten Menschenmassen, über denen ein dichter Lobsal-qualm schwebte, erfüllt war. Die Anwesenden mußten sich auf laute Kommandos nach der einen Seite der Halle zurückziehen, während wir wiederum eine ärztliche Untersuchung über uns ergehen lassen sollten. Rechts vom Eingang stand der Arzt, an dem wir, die Augen auf ihn gerichtet, einzeln vorbeizogen. Bevor ich wußte was geschah, waren wir — untersucht worden. Bei diesem Vorbeimarsch von Dutzenden in dem nicht übermäßig erleuchteten Raum, hatte das hundige Auge des Arztes wohl alles Wissenswerte erkannt. Nun blieben wir uns selbst überlassen und verteilten uns in die verschiedenen Baracken. Nachdem das Gepäck gesichert war, versuchte, wer noch eine übrige Kopeke in der Tasche hatte, den Menschenhaufen, der sich am Buffet gebildet hatte, zu durchdrängen, um Bier, Wein, saure Gurken oder gar die köstliche Wurst zu erhalten.

Manche Begrüßungsszene spielte sich jetzt ab. Freunde, Verwandte, Bekannte, die zu verschiedenen Zeiten ihre Heimat verlassen hatten, begegneten sich hier wieder. Seit Wochen hatte niemand von seinen Angehörigen Nachrichten erhalten. Wie mag sich das Schicksal der Zurückgebliebenen nach der Flucht ihrer Männer, Väter, Söhne gestaltet haben? Vange Sorgen um die schutzlos zurückgelassenen Frauen und Kinder werden laut. „Ma (meine) Jädene (Frau) is mit 1 1/2 Rubel daheim geblieben. Vier Kindelachs (Kinder), Gott erhalte se gesund, wollen essen.“ erwidert ein Jude einem Landsmann, der ihm gesteht, daß seine Familie und seine Schwiegereltern bei seiner Abreise ohne Arbeit und im Besitz von ganzen fünf Rubeln gewesen waren. „Keine Kopeke is mehr daheim“, stimmten andere ein, „aber was war anders, wenn wir waren in Krieg?“ Eine nervöse Unruhe überfiel alle, die Abreise nach Hamburg rückt näher. Doch da beginnt eine Gruppe junger Männer einen Gesang. Man horcht auf, von allen Seiten eilen Männer und Frauen ihnen zu und stimmen in den Gesang mit ein. „Komm mit“, sagte mein Gefährte, den ich während der Fahrt als Sozialisten kennen gelernt hatte, „sie singen ein freies Lied“. Es waren etwa 60 Personen, Männer und Frauen, die jenes Lied — es war die russische Marschlied sangen. Sie alle blickten freier und selbstbewußter, eine heilige Stimmung herrschte unter ihnen. Nicht frohlich hatte ihnen das Lied entlockt, es war das Verlangen, unter den zusammengetroffenen Gesinnungsgenossen noch einmal im alten Kreise die gemeinsame Ueberzeugung, für die sie gefritten und gelitten, zu bekunden und zu bekräftigen.

Aus Süd- und Mittelrußland, Polen und den Ostseeprovinzen waren jene Leute, die sich, bisher zum Teil fremd, gleichwohl welcher Nation sie angehörten, wie Blutsverwandte begrüßten. Lange vor Abgang des Zuges standen wir abfahrtsbereit auf dem Perron. Jede Reisegesellschaft, von den Auswanderern — schon angliert — „compagny“ benannt, versuchte wieder zusammen in einen Waggon zu kommen.

Der Zug ging hinaus in die dunkle Nacht. Kein lautes Wort unterbrach das eintönige Knattern und Klattern des leuchtenden Zuges. Die Natur verlangte ihre Rechte, selbst die Gesprächsgegenstände ließen die A-Sylbe hängen und schliefen. Auch der heranbrechende Morgen ließ keine Unterhaltung aufkommen. Nur eine Frage wird

bald hier, bald dort aufgeworfen: Wie wird's in Hamburg sein, was wird man mit uns machen?

Nach etwa neunstündiger Fahrt hatten wir um 9 Uhr morgens den Hamburger Bahnhof, der in der nächsten Nähe der Auswandererhallen liegt, erreicht. Ein Ballin-Beamter in Marineuniform harrete unserer zum Empfang. Mit Behagen zogen wir die frische Luft des klaren Wintertages ein, und in wenigen Minuten waren wir in den Auswandererhallen.

Eine große Halle nahm uns auf, deren Tür von einem dort postierten Beamten hinter uns verschlossen wurde. Unser Aufenthaltsraum stieß an ein Bureau, in dem gegen Abgabe der Fahrtaufweisungen Kontrollkarten verausgabt wurden. Vorerst konnten wir diesen Vorgang nur durch die Scheiben beobachten, denn das Bureau und seine Nebentäume werden noch durch die schon mit Nachtzügen angekommenen Auswanderer belagert. Stunden vergingen, wir saßen und stonden noch immer in unserer verschlossenen Halle. Berge von Gepäck lagen umher, der Fußboden war mit Springspreisen, Papierfetzen, Apfelsinenschalen und Zigarettenstummeln überzät. Aus dem nebenliegenden Abort rieselte ein Wähelein in den Saal, der entsetzlichen Atmosphäre neue Dünste zuföhrend. Doch meine Geduldsnerven waren schon gegen alle Verläufe gefest. Entnervt, ermüdet, hungrig, bitte ich den Pförtner, mich hinauszulassen.

„Sie müssen hier bleiben bis zur Abfertigung“, erklärt er kategorisch. „Seit gestern nachmittag hab ich nicht gegessen, hier bekommt man kein Essen“, wiederhole ich meine Bitte, ebenso vergeblich. Andere erhalten dieselbe Antwort und ziehen sich schimpfend zurück. Aus dem Bureau tritt ein Beamter, der sich durch mehrere Goldstreifen, die seinen Aermel schmücken, als ein Angestellter von Rang ausweist. „Entschuldigen Sie, beginne ich, ich möchte essen gehen, man läßt mich nicht raus.“ Ein mißvergnügtes Juden des Geschlts, eine abwehrende Handbewegung, dem Herrn beliebt, mich keiner Antwort zu würdigen. Auch der Eingang zum Bureau wird von einem Aufseher bewacht, ein Eindringen ist unmöglich. Da stehen Dutzende von Männern, die seit den Nachmittagsstunden des vergangenen Tages keinen Bissen Brot gegossen haben. Sie sind keine Untersuchungsgefangene, sondern „freiwillige“ Passagiere der Hamburg-Amerika-Linie, die man der Freiheit beraubt und rauh zurückstößt, wenn sie sich zu der Annahme verweigern, frische Luft schöpfen zu wollen. Russische Auswanderer, in ihrer Heimat an den Zustand der Rechtlosigkeit gewöhnt, fügen sich auch hier jeder Willkür. Den ungarischen Auswanderern magt man in Ballins Hallen nicht dieselbe Behandlung angedeihen zu lassen. Die Ungarn sind hitzig und schlagen alles kurz und klein. „Hörte ich gelegentlich einen Beamten zu seinen Kollegen äußern, als er abriet, die Ungarn zum Zweck irgend einer Kontrolle zurückzuhalten. Man magt sich eben die Gewalt nur Wehrlosen gegenüber an, die vor der Lozung „Ballin oder Sibirien“ stehen.

Gegen Mittag wurden die Bureaustuben geöffnet, man fährt uns zum Arzt. In ihm vorbei geht der Zug durch das Bureau in ein drittes Zimmer. Jetzt war ich über dieses Untersuchungsverfahren nicht mehr erstaunt, hatte ich doch Anselben noch in früher Erinnerung. Jurid geht's wieder in die Empfangshalle. Es gilt immer noch zu warten. Die Stunden scheinen endlos. Ein Auswanderer, den, wie mich, der Hunger plagte und der gleichfalls verschiedene Ausbruchversuche gemacht hatte, redet vor sich hin: „Woh, wie schwer machen se's uns, zu kommen in neue Welt.“ „Der Oberste von der Gesellschaft ist auch ein Jud“, warf ich ein. Erst macht sich Zweifel in der Mienen der Umstehenden bemerkbar; als ich meine Angabe wiederhole, wünscht ein alter Glaubensgenosse des Herrn Ballin dem Leiter der Gesellschaft: „Er soll haben ione Jochen (Jahre), wie wir haben bei ihm gehabt 10g (Tage). Weißig nichten alle, um ihre Zustimmung zu dem aufsichtig gemeinten Wünsche zu versichern.“

Kauter: 1. Abrechnung vom Amsterdamer Kongress. 2. Abstimmungsmodus auf internationalen Kongressen. 3. Welche Nationen sind ins internationale Bureau aufzunehmen?

Griffhauß zum fröhlichen Kampfe.
Auf den großen Hüttenwerken des Saarbezirks, der Burbacher Hütte, der Brebacher, Dillingen und der Böllinger Hütte sowie bei Stumm ist folgender Anschlag gemacht worden:

Soeben wird der Versuch gemacht, im Saargebiet eine sozialdemokratische Zeitung unter dem Namen „Saarwacht“ herauszugeben, die dazu bestimmt ist, das gute Verhältnis zwischen Unternehmern und Industrie-Arbeitern im Saargebiet zu stören und Unzufriedenheit unter Hüttenleuten, Bergleuten und die sonstige Arbeiterchaft zu säen. Wir erwarten von dem gefundenen Sinne unserer Hüttenleute, daß sie sich diesem Blatte fernhalten, es weder bestellen noch lesen, da wir nicht gesonnen sind, sozialdemokratische Agitation in irgend welcher Form auf unserem Werte zu dulden.

Das „gute Verhältnis“ zwischen den Arbeitern und den Unternehmern des Saargebietes kennt man aus den jüngsten Prozessen über den Wahlterrorismus der nationalliberalen und freikonservern Unternehmer. Die Bekämpfung der Hütten ist ein neuer Beweis für dieses gute Verhältnis. Das gute Verhältnis besteht in nichts weiter, als daß die arbeitsfähigen Herren, die vom Schweiß der Arbeiter groß geworden sind, ihre Macht jahrzehntelang zu brutaler Vergewaltigung mißbraucht haben und die Arbeiter sich kleinmütig vor diesem Terrorismus geduckt haben. Höchstens, daß sie eine Faust in der Tasche machten und in ohnmächtiger Form mit den Zähnen knirschten und heimliche Flüche gegen ihre harten Herren schleuderten. Damit ist es nun endgültig zu Ende. Auch die Arbeiter des Saarreviers haben ihre Wortführer gefunden und beginnen zu erwachen. Die Zeit des bloßen ohnmächtigen heimlichen Protestes ist vorüber und das mögen sich die Herren gefast sein lassen: Mögen sie auch noch eine Weile wüten und einzelne dem Hunger preisgeben; einst kommt auch ihr Tag und dann mögen sie mit den Zähnen knirschen in ohnmächtiger Wut. Sie werden der Macht der Organisation weichen und das Menschenrecht des Arbeiters anerkennen müssen, den sie jetzt noch als ihren Sklaven behandeln. Die „Saarwacht“ wird ihr gut Teil dazu beitragen, daß diese brutalen Sklavenhalter endlich geduckt werden in ihrem verbildeten Hochmut und nichts Besseres kann ihr begegnen, als solche Gewaltpolitik, die ihr sofort zu der ihr gebührenden Bedeutung verhilft und sie stählen wird zum Kampfe um das Recht des arbeitenden Volkes. Die „Saarwacht“ ist nicht ein vereinzelter Kämpfer, den man beiseite schieben kann; hinter ihr steht die Macht des gesamten organisierten Proletariats des Reiches und an ihm üben die Kapitalherren des Saarreviers ihren Terrorismus vergebens. Wenn schon terrorisiert werden soll, dann sind wir auch dabei!

Die reichsländische Zensur im Reich.

Das „Hamburger Echo“ hatte den „Avanti“, das Zentralorgan der italienischen Sozialdemokratie, bei der Post abonniert und den Abonnementsbetrag eingezahlt. Jetzt erhielt die Redaktion das Geld zurück mit folgendem Begleitschreiben:

Nach Mitteilung des Postzeitungsamtes in Berlin ist die Zeitung in Elsaß-Lothringen verboten und deshalb auch zum Vertrieb im Reichspostgebiet nicht geeignet.

Kaiserliches Postamt 1.
(Zeitungsstelle.)

Das „Hamburger Echo“ bemerkt spottend dazu, daß es dann eben den „Avanti“ wie bisher unter Kreuzband beziehen müsse und die Reichspost damit die Beförderung nicht ablehnen könne.

Die erste Seite des Vorganges ist aber, daß auf diese Weise das Ausnahmerecht der Reichslande auf das ganze Reich übertragen und damit das Reichs-Pressegesetz durch eine Verfügung des Statthalters der Reichslande für das Reich aufgehoben wird. Im Geltungsbereich des Reichs-Pressegesetzes darf die Lieferung ausländischer periodischer Druckschriften durch die Post nur verweigert werden, soweit diese Druckschriften vom Reichsstatthalter auf Grund des § 14 des Reichs-Pressegesetzes verboten sind. Voraussetzung für ein solches Verbot ist die innerhalb eines Jahres erfolgte zweimalige Beurteilung der Druckschrift auf Grund der §§ 41, 42 des Reichs-Pressegesetzes. Ein solcher Fall liegt beim „Avanti“ nicht vor.

Die „Schwäbische Tagwacht“ begann mit dem neuen Jahre ihren 25. Jahrgang. Zwar als täglich erscheinendes Blatt besteht sie erst 14 Jahre, aber ihr unmittelbarer Vorgänger, dem sie ohne Lücke gefolgt ist, trat 1880 ins Leben. Vorher bestanden schon sozialdemokratische Zeitungen in Stuttgart, sie fielen aber stets dem Sozialistengesetz zum Opfer.

Die „Boschische Zeitung“ hat aus der „Leipziger Volkszeitung“ die Mittelung übernommen, daß Genosse Stampfer als Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, den todkranken Schoenank mit einem Fußtritt zu beseitigen versucht hätte. Genosse Stampfer ersucht uns hierzu um den Abdruck folgender Erklärung:

Diese Behauptung der „Leipziger Volkszeitung“ über mein Verhältnis zu Schoenank ist eine vollkommen sinnlose, frei erfundene Verleumdung. Zwischen mir und dem Genossen Schoenank ist niemals das Geringste vorgefallen, das selbst der raffiniertesten Phantasie Anlaß zu solchen Mutmaßungen geben könnte.

Aus Industrie und Handel.

Stahlwerksverband und Kohlenyndikat in der Besetzung der Essener Handelskammer. Zu den sonderbarsten Handelskammerberichten gehören schon seit Jahren die der Essener Handelskammer. Niemand, der die Organisation der Handelskammer kennt, wird von ihnen verlangen, daß sie die Entwicklungsvorgänge anders als vom kapitalistischen Standpunkte aus betrachten und beurteilen sollen. Sie sind Institutionen zur Wahrung der Interessen des in ihrem Bezirk ansässigen industriellen und kommerziellen Unternehmertums, und diese ihre Stellung bedingt von selbst, daß sie bei Interessenkonflikten zwischen dieser Unternehmerschaft und anderen wirtschaftlichen Gruppen, z. B. der Arbeiterchaft, dem Kleingewerbe, den ländlichen Grundbesitzern, für letztere Partei ergreift. Es ist deshalb auch nicht weiter verwunderlich, wenn z. B. der Bericht der Berliner Handelskammer in den Lohnkämpfen, die zurzeit in der Berliner Metall- und Holzindustrie geführt werden, auf die Seite der Unternehmer tritt und deren Behauptung nachspricht, die Forderungen der Arbeiter seien derart, daß ihre Bewilligung die betreffenden Industriezweige dazu bringen würde, als Konkurrenten unfähig aus dem Berliner Wirtschaftsgebiete auszuschleiden. Immerhin läßt sich in einzelnen Handelskammerberichten das Streben erkennen, nicht allzu einseitig zu werden und, wo sich lokale Mißstände zeigen, auch hin und wieder ein freies Wort der Kritik zu riskieren. Die Essener Handelskammer faßt jedoch ihre Aufgabe der Berichterstattung wesentlich anders auf. Sie benutzt ihre Berichte schon seit mehreren Jahren zu Rechtserklärungen über die Preis- und Abnahmepolitik der großen Syndikate. Auch in diesem Jahre ist ihre Leier wieder auf diesen Ton gestimmt. Ihre Melodie artet in ein gerabesu komisches Loblied auf den Stahlwerksverband und das Kohlenyndikat aus.

Nachdem der Bericht kurz den Einfluss der amerikanischen Eisenwerke, des russisch-japanischen Krieges und der Langsamkeit des Fortschrittes der Handelsvertrags-Verhandlungen auf die Lage der deutschen Eisenindustrie erwähnt hat, heißt es:

„Unter diesen Umständen konnte auch der durch das Zustandekommen des Stahlwerksverbandes auf den verschiedensten Gebieten der Eisenindustrie gegebene Anstoß zur Besserung nicht so kräftig und nachhaltig sein, daß die Einwirkung der anderen Faktoren dadurch hätte paralysiert werden können. Der Stahlwerksverband steht erst in seinen Anfängen. Die Schwierigkeiten, welche er zu überwinden hat, sind ganz außerordentliche, sowohl im Hinblick auf das Mißverhältnis, welches zwischen der Leistungsfähigkeit der Werke und dem inländischen Bedarf sich im Laufe der letzten Jahre entwickelt hat, als auch im Hinblick auf die vielfach divergierenden Interessen, welche zwischen den verschiedenen Arten der Stahlwerke bestehen. Er umfaßt noch keineswegs alle Werke und erstreckt seine Wirksamkeit zunächst nur auf eine bestimmte Reihe von Produkten. Ob es ihm gelingen wird, zwischen den auseinanderstrebenden Interessen zu vermitteln, weitere Werke zum Anschluß zu bewegen und den Rahmen seiner Tätigkeit auszudehnen, ist trotz des energischen Vorgehens noch keineswegs ausgemacht. Und wenn nicht der geringste Zweifel daran sein kann, daß die Beseitigung der Scheuderkonkurrenz auf den Auslandsmärkten und das geschlossene Auftreten gegenüber den fremden Wettbewerbern, in erster Linie gegenüber Amerika, nach jeder Richtung und von jedem Standpunkte aus begrüßt werden muß, so darf andererseits auch nicht vergessen werden, daß der Verband keineswegs in der Lage ist, die Weltmarktpreise nach seinem Willen zu gestalten, sondern er ist in seiner Preisstellung rüchlich nach der internationalen Konkurrenz. Galt man sich dies vor Augen, so liegt auf der Hand, daß manche Erwartung, die an die Gründung des Verbandes geknüpft wurde, nach Lage der Verhältnisse sich nicht erfüllen konnte, und daß mancher Vorwurf, der gegen den Verband erhoben wurde, hinfallig wird.“

Es ist dieselbe Ausrede, die der Stahlwerksverband gegenüber den Klagen der Galzzeugverbraucher über die billigen Verkäufe von Kohlstahl nach dem Auslande gebraucht: „Wir möchten schon die Auslandspreise hochhalten, aber die Rücksicht auf die Konkurrenz gestattet es nicht.“ Und bis zu gewissem Grade hat der Verband recht; aber worin besteht dann der Segen, den er angeblich stifet? Nur in der Hochhaltung der Materialpreise auf den Inlandsmarkt?

Doch noch besser kommt im Bericht das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat weg. Es ist der „Grundpfeiler“ der gedeihlichen Entwicklung des ganzen Bergbaues; die Jochenstilllegungen haben eigentlich gar keine Bedeutung und entspringen überdies einem bloßen „Konstruktionsfehler“:

Andererseits haben, wenn auch das, unter Einbeziehung des Kohlenyndikats und des Brüstungsverkaufsvereins und unter gleichzeitiger Organisation der beim Kohlenvertrieb über die Rheinländer beteiligten Firmen im sogenannten Kohlenkontor neu konstituierte Kohlenyndikat mit Recht als ein Grundpfeiler nicht nur für eine gedeihliche Entwicklung unseres Bergbaues, sondern unserer ganzen vaterländischen Industrie überhaupt bezeichnet ist, die Schwierigkeiten in der Kohlenindustrie mit dem neuen Abschluß des Kohlenyndikats-Vertrages auf zwölf Jahre keineswegs ihr Ende erreicht. Zunächst mußte infolge des auch in der Kohlenindustrie vorhandenen Mißverhältnisses zwischen Leistungsfähigkeit und tatsächlichem Bedarf die Förderung der einzelnen Jochen gegen ihre Leistungsfähigkeit wesentlich eingeschränkt werden, ein Umstand, der zur Folge hatte, daß leistungsfähige Gesellschaften in Ausnutzung des Umstandes, daß nach dem Syndikatsvertrage mehrere, einer Gesellschaft gehörige Schachtanlagen in bezug auf Feststellung der Beteiligungsziffer als ein Ganzes betrachtet werden, dazu übergingen, wenig oder nicht rentable Jochen zu erwerben, diese still zu legen und die ihnen zustehenden Fördermengen auf ihren ertragsreicheren Schächten mit modernen Anlagen fördern zu lassen.

Andererseits haben, wenn auch das, unter Einbeziehung des zwischen Leistungsfähigkeit und Bedarf herdorgehenden Unausgleichs ergehen sich weitere Schwierigkeiten für die Kohlenindustrie aus dem Umstande, daß im Kohlenyndikats-Vertrage die Hüttenzeden gegenüber den reinen Kohlenzeden dadurch günstiger gestellt worden sind, daß derjenige Teil der Kohlenprodukte, den sie für ihren eigenen Hüttenbedarf verbrauchen, bei der bewilligten Beteiligungsziffer nicht in Anrechnung kommt. Die Folge dieser Bestimmung, die mit Recht als eine Lücke, ein „Konstruktionsfehler“ des Syndikatsvertrages bezeichnet worden ist, ist nämlich gewesen, daß die Hüttenzeden ihre Produktion in weitem Maße ausdehnen konnten, während für die reinen Kohlenzeden der Absatzmarkt durch das Ausschneiden des Bedarfs der Hüttenzeden noch mehr eingengt wurde.“

Wie seltsam malt sich doch in manchen Köpfen der kapitalistische Entwicklungsverlauf.

Die Blechsyndikate. Die Bemühungen, vor Beginn des neuen Jahres die Erneuerung des Feinblech- und des Grobblechverbandes zustande zu bringen, sind gescheitert. Noch in letzter Stunde verhandelte man den Feinblechverband, dessen Gültigkeitsdauer mit dem 31. Dezember abläuft, zu verlängern, doch ohne Erfolg. Dagegen bleibt der Grobblechverband in beschränkterem Umfang vorläufig bestehen. Die vier ausgetretenen oberelsässischen Werke: die Pismarzhütte, die Berg- und Hüttenwerke A. Vorfis, die Laurahütte und die Oberschlesische Eisenbahnbetriebs-Gesellschaft haben zwar jeden weiteren Wiedereintritt definitiv abgelehnt und ab das Stahl- und Eisenwerk Hoehs beitreten wird, ist auch noch zweifelhaft; aber trotzdem wollen die übrigen dem Verband angehörenden 25 Werke den Verband nicht fallen lassen, sondern ihn in bisheriger Weise fortsetzen. Auch die Agentur deutscher Grobblechwerke G. m. b. H., welcher die vier oberelsässischen Werke und die beiden rheinischen Werke noch angehören, bleibt einweisen unter Beobachtung ihrer Verkaufsstellen in Berlin und Essen bestehen.

Soziales.

Der Verein der Beamten der Deutschen Berufsgenossenschaften beabsichtigt bei den gesetzgebenden Körperschaften um eine Abänderung der Bestimmung des § 48 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes und der gleichlautenden Bestimmungen der anderen Unfallversicherungs-Gesetze (betrifft die Anstellungsbedingungen der Berufsgenossenschaftsbeamten) vorstellig zu werden und hat, um das zur Begründung dieser Petition notwendige Material zu erhalten, an sämtliche Berufsgenossenschaftliche Bureaus (auch der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften) Fragebogen zur Verteilung an alle Beamten, Hilfsarbeiter und Bureau-Gleichen verandt. Die Beantwortung dieser Fragebogen seitens aller dieser Personen würde einen genauen Überblick über die Verhältnisse der Berufsgenossenschaftsbeamten gewähren und daher wohl geeignet sein, einer etwa notwendigen Änderung der obengenannten Gesetzesbestimmungen vorzuarbeiten. Soweit die überlieferten Fragebogen nicht eingegangen oder nicht zur Verteilung gelangt sein sollten, können dieselben von dem genannten Vereinsvorstande in Berlin NW., Lehrterstr. 55, unter Angabe des Bureaus, für welches dieselben gewünscht werden und der Zahl der erforderlichen Exemplare, bezogen werden.

Berufsgenossenschaftliches. Die Betriebe der Filz- und Filzplatten-Fabrikation gehörten bisher der Berufsgenossenschaft der Bekleidungsindustrie an. Durch Bundesrats-Beschluß sind sie vom 1. Januar an den Textil-Berufsgenossenschaften zugeteilt.

Aus der Frauenbewegung.

Die Arbeiterinnen und die Säuglingsfürsorge der Stadt Berlin. Mit diesem Gegenstande werden sich zwei Versammlungen befassen, die am heutigen Mittwoch in den Germania-Sälen, Chausseestraße, und bei Keller in der Kopenstraße stattfinden. Die Stadtverordneten Dr. A. Bernstein und Dr. S. Wegl sind als Referenten bestimmt.

Es handelt sich um einen Gegenstand, der für alle Arbeitermütter von großer Bedeutung ist. Es gilt die Forderungen zu formulieren, die an die Gemeinde zu stellen sind, um die Säuglingssterblichkeit einzudämmen. Die Stadt Berlin beschäftigt sich mit

dieser Frage. Aber was man tun will, ist unzulänglich, mangelhaft. Die Mütter, die Frauen, die Arbeiterinnen müssen ausprechen, was sie fordern, sie müssen sagen, daß sie energische Maßnahmen, ausreichende Fürsorge fordern.

Frauen, Arbeiterinnen, erscheint zahlreich in diesen Versammlungen. Die Vertrauensperson.

Spandan. Der Frauen-Bildungs-Verein hält heute (Mittwoch) abends 8 1/2 Uhr seine Monatsversammlung in Lokal von Kunkel, Schönwalderstr. 80, ab. Den Vortrag hält Frä. Helene Grünberg-Berlin. Gäste haben Zutritt.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geheulenen Deutschlands. Mittwoch, den 4. Januar 1905, abends 9 Uhr, im Klubhaus Schöneberg, Hauptstr. 5/6; Versammlung. Es spricht Stadtverordneter Käter über: Warum müssen wir wählen? Rachede freie Ausdrucksweise. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Agitationskommission.

Vermischtes.

Ueber einen Eisenbahn-Zusammenstoß wird aus Stuttgart amlich gemeldet: An der Station Waiblingen a. F. ist am 2. Januar, abends 10 Uhr, der Güterzug 6656 von Horb auf den aus derselben Richtung kurz vorher eingelaufenen Güterzug 6654 aufgefahren. Der Führer der Vorspann-Lokomotive des Zuges 6656 erhielt Fußverstauchung, die Vorspann-Lokomotive und zwei Güterwagen sind entgleist, der Betrieb wurde nicht gestört. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Erfolgreicher Einbruch. In La Louviere erbeuteten Einbrecher bei einem Kartoffelhändler 200 000 Fr. in Aktien.

Auf der Eisbahn ertrunken. Auf einem Teich in Kenney brachen vorgestern sechs Knaben ein. Der Raurermeister Koch, selbst Vater von sechs Kindern, rettete fünf; der sechste ertrank, Koch mit ihm.

Ein betrogenes Piffolo. Aus München wird berichtet: Der jugendliche Sohn des Friseur K., der im Hotel-Restaurant Terminus an der Bayerstraße als Piffolo angestellt ist, erwarb sich kürzlich ein Los „für württembergische Luftschiffahrtszwecke“ für den Preis von 3 M. Der Junge gewann mit dem Los den Haupttreffer im Betrage von 60 000 M. Bedauerlicherweise verheimlichte er, und zwar auf Veranlassung des Oberkellners im Hotel Terminus, seinem Vater den Gewinn und ließ sich von dem Oberkellner überreden, mit ihm in einem Banjgeschäft a Konto 30 000 M. auf das Los zu erheben. Der Trick gelang dem Oberkellner; unter verschiedenen Versprechungen lockte er dem glücklichen Gewinner das Geld ab und suchte damit das Weite. Die Staatsanwaltschaft ordnete die gerichtliche Verfolgung des Betrügers an. Ein Komplize des durchgebrachten Oberkellners, dem dieser 17 000 M. bar eingehändigt hatte, wurde von der Polizei verhaftet.

Die Folgen einer Trinkwette. Im böhmischen Orte Josefshütte bei Plan gingen mehrere Fabrikarbeiter eine unsinnige Wette ein. Der Arbeiter Joseph Widhorn wettete, 100 Gläser Schnaps hintereinander auszurufen. Die anderen gingen darauf ein und Widhorn begann mit dem Trinken. Beim 40. Glase, das er zu sich genommen hatte, stürzte er aber plötzlich vom Stuhle und blieb bewußtlos liegen. Zwei Tage darauf starb er an starker Alkoholvergiftung. Der leichtsinnige Mann hinterläßt fünf unversorgte Kinder und eine Witwe.

Gewerbegericht zu Berlin. J.-Nr. 502 Gen.-Ger. O. Berlin, den 30. Dezember 1904.

Bekanntmachung. Zur Entscheidung der Frage, ob der Betrieb der Firma Heinrich Kunth in Berlin als Baukempner-Betrieb anzusehen sei, war das Gewerbegericht zu Berlin als Einigungsamt von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baukempner-Gewerbe angewiesen worden. Nach längerer Verhandlung in einer Sitzung am 21. September 1904, an welcher teilgenommen haben:

1. Magistratsrat v. Schulz als Vorsitzender,
2. Fabrikant Maas, als Vertrauensmännern der Arbeitgeber,
3. Kaufmann der Arbeitgeber, Crahn,
4. Metallarbeiter Beckend, als Vertrauensmännern der Arbeiter,
5. Metallarbeiter Hartmann, Teilnehmer,
hat das Einigungsamt folgenden Schiedspruch gefällt:

1. Affordarbeit ist nur zulässig bei Herstellung von Massenartikeln (Bekleidung für Festungsbeser, Landwehren, Maschinen, etc.) und ähnliche Artikel. Die in der Werkstatt hergestellten Baukempner-Arbeiten dürfen nur in festem angefertigt werden.
2. In dem Betriebe der Firma Heinrich Kunth ist die Arbeitszeit nach Nr. 3 des Tarifs zu regeln. Die Mittagspause beträgt 1 Stunde.
geg. v. Schulz, Maas, Crahn, M. Behrend, Joseph Hartmann.

Die Vertreter der Arbeitnehmer haben erklärt, sich dem Schiedspruch nicht zu unterwerfen. Die Vertreter der Arbeitgeber haben ungenügend mehrtägiger Aufseherung an sie, können einer ihnen gestellten Frist ihre Stellung zu dem Schiedspruch mitzutreten, nicht beantwortet. Die Nichtabgabe ihrer Erklärung gilt demnach laut § 79 unresolviert.

Ortsstatut vom 6. Juni 1902 ebenfalls als Abweichung der Unternehmung.
Der Vorsitzende des Einigungsamtes, geg. v. Schulz.

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, die Halgerin Frau

Anna Michaelis am 1. Januar verstorben ist. Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem Schöneberger Friedhof, Ragstraße, statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
23/2 Die Erbsverwalter.

Für die heraldischen Beweise und Kranzpenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders

Fritz Dallmer Familien Dallmer.

Prinzessinnen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.

Berliner Ulk-Trio. Felix Scheuer als Abweichung der Unternehmung.

Dr. Simmel, 62/14, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Schöneberg.

Donnerstag, den 5. Januar 1905, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Cöhl, Weiningerstr. 8:

General-Versammlung. Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Kontrollkommission. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschlebens. Jeder Kollege muß anwesend sein. 77/6 Die Ortsverwaltung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, 4. Januar, Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Ranon.
Neues Königl. Opern-Theater. Egmont. Anfang 7 Uhr.
Deutsches. Helden.
Berliner. Die Gräfin von Ref.
Nachmittags 3 Uhr: Die schöne Melusine.
Festung. Der Biberpelz.
Welter. Don César.
Nachmittags 3 Uhr zu n. Preisen: Der Stummwelder.
Thalia. Der große Stern.
Nachm. 4 Uhr: Rag und Rort.
National. Die Fledermaus.
Zentral. Der Hugenottenbaron.
Nachm. 4 Uhr: Däumelchen.
Neues. Einen Jux will er sich machen.
Anfang 8 Uhr:
Belle Alliance. Ein Nymfädel.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Heimg'funden.

Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Familie Schierke.
Schwan in 3 Akten v. G. Adelburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Grossstadtluft.
Freitag, abends 8 Uhr: Wallenstels Lager. Die Piccolomini.
Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Banne der Jungfrau.
4 Uhr:
Frühlingsstage an der Riviera.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Hörsaal:
Tierleben in der Wildnis.
P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 105.
Der geheimnisvolle Hexentisch.

Passage-Panopticum.
Vorletzter Volkstag.
Jeder Erwachsene hat ein Kind frei. Jedes Kind erhält ein Weihnachts-Geschenk.
Der Riese Machnow der größte Mensch, der je gelebt hat!
Das Bärenweib. — Marionetten-Theater. Die 3 kleinsten Schwestern der Welt. Alle Schaustellungen u. Nebenspiele ohne Extra-Entree. Entree 50 Pf.
Apollo-Theater.
218 Friedrichstr. 218.
Täglich:
Berliner Luft von Paul Lincke und Debuts der grandiosen neuen Januar-Spezialitäten.
Donnerstag, den 5. Januar, zum 100. Male: Berliner Luft.
Sonntag, den 8. Januar, nachmittags 3 Uhr: Ermäßigte Preise: Venus auf Erden.

National-Theater
Weinbergsweg 19.
Mittwoch, den 4. Januar 1905: 16. Mittwoch-Abonnement.
Die Fledermaus.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag: Figaros Hochzeit.
Freitag: Die Fledermaus.
Zentral-Theater
Nachm. 4 Uhr: Halbe Preile.
Jeder Erwachsene kann ein Kind frei einführen.
Däumelchen.
Märchenpiel mit Gesang und Tanz in 6 Bildern.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Zigeunerbaron
Operette in 3 Akten von J. Strauß.
Donnerstag: Die Fledermaus.

Luisen-Theater.
Zum erstenmal:
Der Prinz von Homburg.
Donnerstag: Prinz von Homburg.
Freitag: Die Tochter des Herrn Fabricius.
Sonnabend: Robert und Bertram.
Sonntag nachm.: Färlische Verwandten.
Abends: Prinz von Homburg.
Montag: Von Stufe zu Stufe.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Einen Jux will er sich machen.
Donnerstag: Der Graf v. Charolais.
Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Sonnabend: Der Graf v. Charolais.
Sonntag: Der Graf von Charolais.

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Die stillen Stuben.
Donnerstag: Die Neuvermählten.
Dienstag: Abschiedssouper.
Freitag: Salome.
Sonnabend: Elektra.
Sonntag: Die Neuvermählten.
Dienstag: Abschiedssouper.
Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute zum 25. Male und folgende Tage 8 Uhr:
Herkulesspillen.
Schwan in 3 Akten von Paul Bilhaud und R. Pennequin. Deutsch von R. Schönau.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Nora.
Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Das bemooste Haupt.
Schauspiel in 4 Akten von Robert Benedix.
Anfang 8 Uhr:
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.
Entree 30 Pf., nummer. Platz 50 Pf.
Sonntag, den 8. Januar, nachmittags 3 Uhr: Am Altar. Abends 7 Uhr: Das bemooste Haupt.

Prinz Levy in Ahlbeck
Schwan in 3 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.
Schauspiel.
Magnus Prinz Levy: Donat Herrnsfeld.
Prohibal, dessen Reisebegleiter: Anton Herrnsfeld.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.
Lustspielhaus
Friedrichstraße 236.
Nachmittags 3 Uhr:
Das böse Prinzchen.
Abends 8 Uhr:
Juni 41. Male:
Der Familientag.
Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Nachmittags 4 Uhr. Kinderdarstellung.
Keine Preise:
Rottäppchen.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Sonnabend 4 Uhr: Snowittchen.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Der Bummelfröge.
Römische Familientage von Bilfen.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Extra-Gilte-Vorstellung: Die Räuber auf Maria Kum.

Tuchstoffe
zu Anzügen, Beinkleidern, Paletots in Restcoupon empfiehlt bestes und unter Preis
Julius Neumann
Breslau, Carlstraße 49, 2. Haus von der Schweidnitzer Str.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr: Heimg'funden.
Weihnachtskomödie in 6 Bildern von Ludwig Angengrubler.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Tyrannin der Tränen.
Freitag, abends 8 Uhr: Die Haubenlerche.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Anf. nachm. Wochent 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Das glänzende Neujahrprogramm.
Arturo Bernardi
der berühmte italienische Verwandlungskünstler.
Willy Prager
mit ganz neuem Repertoire.
14 neue erstklassige Nummern.

WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nights, Kraft-Gladiatoren.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberer.
Johnsen u. Oean, Malatten-Gigol.
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.

Reichskalen-Theater.
Stettiner Sänger.
Wittung: 8 Uhr, Blochmings 7 Uhr.
Sansouci.
Kottbuser Tor — St. der Hochbahn. Heute zum erstenmal:
Mutterjegen.
Schausp. m. Gesang in 5 Akten. Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Norddeutsche Sängers u. Tanzkränzchen.
Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorzügl. deutsch-franz. Konzertsängerin.
Ausgezeichnetes Lyrika-Duett.
Fatme, Indische Gauklerin sowie alle übrigen erstklass. Spezialit. Anf. nachm. 7 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.
Die kühnlich bejubelte Situations-Komödie:
Prinz Levy in Ahlbeck

Otto Pratzkows
Abnormitäten - Ansammlung
lebender Künositäten, Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!
Etablissement Bugenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch. In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserfaul Tanz.
Feine 102/13*

Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Inhaber: Albert Hoerner.
Täglich: (1951)* Grosses
Curt Goldmann-Konzert
Jeden Abend: Salon-Komiker Oscar Saldow als Dr. Eisenbart.
Kinetograph, bunte lebende Bilder.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 20 Pf.
Krug zum grünen Kranze.
Jeden Abend: Fidelitas.
K. Lüdekes humor. Ensemble.
Melmo drei Sätze sind an Sonntagen bis nachmittags 5 Uhr für Vorstellungen zu vergeben.

Kusten, Heiserkeit
Verschleimung, Halsschmerzen, Katarrhe, Asthma sowie alle Beschwerden der Atmungsorgane werden überraschend schnell und gründlich beseitigt mit Reichels
Hustentropfen.
Best: Arnie 10, Jap. Camph. 0,7, Anis 7, Pimpin. 15, dest. m. fet. Spiritus 70.
Bl. 50 Pf. Nur „Lichter“.
Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.

Fries für dicke Portieren
in allen gangb. Farben.
Breite 130 cm 160 cm
Preis 2,00—3,50—2,50—4,25 p. Mtr.
Muster-Kollektion franko!
Portiere
Fries-Fenstermäntel
in allen Farben 2,85, 3,50, 4, 5 u. 6 Mk.
Teppich-Haus Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158.

Blank's Schnittemuster
einzig und allein zuverlässig, machen Selbstanfertigung aller Kleideraplan leicht. Tausende Frauen haben sie! — Viele 100 neue Modelle zeigt Blank's Modensystem für M. 1, 20 (Bridalmarken) franco-Zusendung durch G. BLANK, Abth. 2, Berlin SW., Commandantenstr. 84.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr: Familie Schierke.
Schwan in 3 Akten v. G. Adelburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Grossstadtluft.
Freitag, abends 8 Uhr: Wallenstels Lager. Die Piccolomini.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Anf. nachm. Wochent 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Das glänzende Neujahrprogramm.
Arturo Bernardi
der berühmte italienische Verwandlungskünstler.
Willy Prager
mit ganz neuem Repertoire.
14 neue erstklassige Nummern.

WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nights, Kraft-Gladiatoren.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberer.
Johnsen u. Oean, Malatten-Gigol.
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.

Reichskalen-Theater.
Stettiner Sänger.
Wittung: 8 Uhr, Blochmings 7 Uhr.
Sansouci.
Kottbuser Tor — St. der Hochbahn. Heute zum erstenmal:
Mutterjegen.
Schausp. m. Gesang in 5 Akten. Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Norddeutsche Sängers u. Tanzkränzchen.
Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorzügl. deutsch-franz. Konzertsängerin.
Ausgezeichnetes Lyrika-Duett.
Fatme, Indische Gauklerin sowie alle übrigen erstklass. Spezialit. Anf. nachm. 7 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.
Die kühnlich bejubelte Situations-Komödie:
Prinz Levy in Ahlbeck

Otto Pratzkows
Abnormitäten - Ansammlung
lebender Künositäten, Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!
Etablissement Bugenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch. In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserfaul Tanz.
Feine 102/13*

Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Inhaber: Albert Hoerner.
Täglich: (1951)* Grosses
Curt Goldmann-Konzert
Jeden Abend: Salon-Komiker Oscar Saldow als Dr. Eisenbart.
Kinetograph, bunte lebende Bilder.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 20 Pf.
Krug zum grünen Kranze.
Jeden Abend: Fidelitas.
K. Lüdekes humor. Ensemble.
Melmo drei Sätze sind an Sonntagen bis nachmittags 5 Uhr für Vorstellungen zu vergeben.

Kusten, Heiserkeit
Verschleimung, Halsschmerzen, Katarrhe, Asthma sowie alle Beschwerden der Atmungsorgane werden überraschend schnell und gründlich beseitigt mit Reichels
Hustentropfen.
Best: Arnie 10, Jap. Camph. 0,7, Anis 7, Pimpin. 15, dest. m. fet. Spiritus 70.
Bl. 50 Pf. Nur „Lichter“.
Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.

Fries für dicke Portieren
in allen gangb. Farben.
Breite 130 cm 160 cm
Preis 2,00—3,50—2,50—4,25 p. Mtr.
Muster-Kollektion franko!
Portiere
Fries-Fenstermäntel
in allen Farben 2,85, 3,50, 4, 5 u. 6 Mk.
Teppich-Haus Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158.

Blank's Schnittemuster
einzig und allein zuverlässig, machen Selbstanfertigung aller Kleideraplan leicht. Tausende Frauen haben sie! — Viele 100 neue Modelle zeigt Blank's Modensystem für M. 1, 20 (Bridalmarken) franco-Zusendung durch G. BLANK, Abth. 2, Berlin SW., Commandantenstr. 84.

Genossinnen und Genossen des IV. und VI. Kreises!
Mittwoch, den 4. Januar, abends 8 Uhr:
Große Volksversammlungen
für Frauen und Männer
bei Keller, Koppenstr. 29, und in den Germania-Sälen, Chausseestraße.
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeiterinnen und die Säuglings-Fürsorge der Stadt Berlin.
Referenten: Genosse Dr. Weyl und Genosse Dr. Bernstein.
2. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Vertrauensperson. J. A. K. Baucke.

Rabatt-Spar-Verein „Süd-Ost“
G. m. b. H.
Montag, den 3. Januar 1905, abends 8 Uhr, im großen Saale der „Neuen Welt“, Hafengeheide:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über „Die Lage unseres Vereins“. 2. Wahl einer Untersuchungs-Kommission. 3. Die Zukunft des Vereins.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder des Vereins erwartet Die Einberufer. 108/1
Der Eintritt erfolgt nur mit Legitimationskarte oder Mitgliedsbuch.

Donnerstag, den 5. Jan. 1905, abends 8 Uhr, im Lokale von Wilke, Brunnenstr. 188:
Öffentliche Versammlung
für alle bei der Firma
Boswan & Knauer beschäftigten Bauhandwerker und Arbeiter.
Tagesordnung: Wie stellen sich die bei der Firma Boswan u. Knauer beschäftigten Arbeiter zur Einführung einer Betriebskassa. Referenten: Genossen Bauer und Tannefeldt.
Im Interesse aller bei der Firma Boswan u. Knauer beschäftigten Arbeiter muß es liegen, wenn für die Einführung einer Betriebskassa entschieden wird, so haben wir damit zu rechnen, daß die auf Grund der sozialpolitischen Gesetze zugrundeliegenden Rechte gänzlich beseitigt werden.
Die Vorstände aller in Betracht kommenden Organisationen. J. A. E. Thoms.

Handlungsgehülfen Schönebergs.
Mittwoch, den 4. Januar 1905, abends 9 Uhr:
Öffentliche Versammlung
im Klubhause, Schöneberg, Hauptstr. 1/6.
Es spricht Stadtvorordneter Küter über: „Warum müssen wir wählen?“ Nach dem Vortrage freie Aussprache.
Zentralverband der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands. J. A. K. Guttman. 285/3

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Heute abends 8 Uhr, bei Habel, Bergmannstr. 5-7:
Vertrauensmänner-Versammlung
für Westen und Südwesten.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten und Beschlüsse.

Zirkus Schumann.
Heute Mittwoch, den 4. Januar 1905, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm und zum 13. Male: Sensationeller Erfolg! Die große Schumannsche Ausstattungs-Pantomime
Eine Nordlandreise.
Im Strahl der Witternachtskonne. Komisch-phantastische Pantomime in 7 Bildern. Entworfen und auf das glanzendste inszeniert vom Direktor Albert Schumann.
Besonders hervorzuheben:
Anlässlich der Gaunblüte Gr. Kinderfest im Tivoli zu Kopenhagen.
Die wirklich Schlus-Apotheose. Vorher: Sämtl. Spezialitäten u. der arkomische Original Jan Clormont m. seinem Parade-Zirkus. Rest! Mit Emmy Stieckney. Dir. Alb. Schumanns **Monstre-Dressuren.**

Zirkus Busch.
Zum erstenmal:
Sisters Amalia und Léonora.
Die Löwenbrant
Miss Claire Heliot.
Katharina II.
und die vorzügl. Programmnummern.
Kasino-Theater
Lothringerstraße 37 (Kohlenhals Tor).
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2—8 Konz. Das neue Januar-Programm.
Der beliebte Reumann etc.!!!
Großer Erfolg! Stürm. Gelerter!!!
Zu Vertretung.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Mutter Gräberl.
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp:
NEW-YORK
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise Ueber'n grossen Teich.

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Feen-Palast.
Das größte und sensationelle Spezialitäten-Programm, d. Residenz
Novität! Der größte Erfolg!
Ein Allerweltswädel.
Poffe mit Gesang von Braune. Vor- und nachher: Die Attraktionen der Januar-Spezialit.
Freitag: Elite-Vorstellung; Philipp Weiser.
Schauspiel in 5 Akten von R. d. w. d. Anf. 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.
Zentral-Festsäle
180. Oranienstrasse 180.
Sonnabende: 14 Jan., 11., 18. und 25. März Saal für 100 Pers. frei. — Sonntags: 22. Jan., 5., 12., 19. und 26. Febr. Säle für 100, wie für 200 bis 300 Personen frei. 17245*

Blank's Schnittemuster
einzig und allein zuverlässig, machen Selbstanfertigung aller Kleideraplan leicht. Tausende Frauen haben sie! — Viele 100 neue Modelle zeigt Blank's Modensystem für M. 1, 20 (Bridalmarken) franco-Zusendung durch G. BLANK, Abth. 2, Berlin SW., Commandantenstr. 84.

A. JANDORF & CO

SPITTELMARKT 16/17
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STR. 1/2
Am Bücherplatz

GROSSE FRANKFURTER-STR. 113
Ecke Andreas-Strasse

BRUNNEN-STR. 19/21
Ecke Veteranen-Strasse

Inventur-Räumungs-Verkauf

und Spezial-Verkauf anderer sehr preiswerter Artikel von **Mittwoch** den 4. Januar bis **Sonnabend** den 7. Januar soweit der Vorrat reicht

Kurzwaren

Nähnadeln	Brief ca. 25 Stück	1 Pf.
Stecknadeln	rosa Brief, ca. 200 Stück	4 Pf.
Stecknadeln	6 Briefe	10 Pf.
Kapselnadeln	1 Dtz. sortiert	7 Pf.
Stopfnadeln	Brief ca. 25 Stück	5 Pf.
Hutnadeln	mit schwarzem Kopf 2 Stück	1 Pf.
Haarnadeln	lackiert 25 Paack	10 Pf.
Locken-Haarnadeln	25 Paack	10 Pf.
Metall Rockaufhänger	10 Stück	5 Pf.
Haarnadeln	blau mit weissen Spitzen, 6 Briefe	10 Pf.
Metall-Stiefelknöpfer	12 Stück	5 Pf.
Kragenhalter	3 Stück	10 Pf.

Kurzwaren

Besenborte	schwarz	Meter	3 Pf.
Besenborte	farbig, mit breiter Kante	Meter	7 Pf.
Centimetermaasse	Stück	3, 6 Pf.	
Hosenknöpfe	schwarz	12 Dtz.	8 Pf.
Hosenknöpfe	Metall	12 Dtz.	20 Pf.
Kragen-Einlage		2 Stück	5 Pf.
Gurtband	mit Lahn, Stück ca. 4 Meter		10 Pf.
Tailen-Verschluss		Stück	6 Pf.
Mech. Kragenknöpfe	m. Perlmutterfass	Stück	3 Pf.
Mech. Kragenknöpfe		Dutzend	5 Pf.
Druckknöpfe	schwarz, weiss	Dutzend	4 Pf.
Druckknöpfe	garantiert rostfrei	Dtz.	14 Pf.

Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Kurzwaren

Aluminium-Fingerhüte	Stück	1 Pf.	
Wäscheknäpfe	Karte 3 Dtz.	7 Pf.	
Weisses-halbl. Band	5 Stück	10 Pf.	
Schwarzes bwl. Band	6 Rollen	10 Pf.	
Bettsenkel	Garnitur	5 Pf.	
Kleiderraffer	4 teilig	Stück	12 Pf.
Twist	Knäuel	4 Pf.	
Familienzwirn	8 Knäuel	10 Pf.	
Nationalzwirn	Knäuel	5 Pf.	
Rouleauxcordel	Stück ca. 20 Mtr.	28 Pf.	
Schuhsenkel	6 Paar	10 Pf.	
Schuhknöpfe	schwarz	12 Dtz.	8 Pf.

Kurzwaren

Armblätter	Paar	5, 12, 22 Pf.
Jandorfs Spezial-Armblätter	Grösse 1 2 3	
Pompadour		30 35 40 Pf.
Kohinoor		35 45 55 Pf.
Strumpfgummiband	Mtr.	8 Pf.
Krausen Gummiband	farbig Mtr.	25 Pf.
Strumpfhalter für Kinder	Paar	12 Pf.
Strumpfhalter für Damen		38, 45, 75 Pf.
Strumpfbänder m. Schleifen	Paar	35 Pf.
Goldknöpfe für Blusen	2 Dtz.	10 Pf.
Perlmutterknöpfe	Karte 2 Dtz.	7, 10 Pf.

Weisswaren

Korsett Zwibel-Façon mit halbl. Hüfte 1.75

Damen-Confection

Damen-Steh-Kragen	weiss, mit farbig. Beldent-, Cravatte	85 Pf.
Damen-Cravatten	a. plissiert, Seidenstoff, in mod. abschatt. Farb.	95 Pf.
Kopftücher	dreieckig aus farbigem Japonseide mit Spitzen garniert	1.65
Valencienne-Spitzen u. Einsatz	Mtr.	14 Pf.
Ein Posten ca. 300 Dtz. seid. gestickte Umfallkragen u. Passementerie-Collarets	Stück	45 Pf.
Valencienne-Spitze	weiss ca. 10 cm breit Meter	25 Pf.
Falten-Leder-Gürtel	in vielen Farben	95 Pf.
Falten-Glaceder-Gürtel	schwarz, weiss, farb.	1.95
Ein Posten Perl-Gürtel	Stück	18 Pf.
Damen-Blusen	Velour Barchend, neueste Façons	1.45, 1.95, 2.95
Wollene Blusen	gefüttert, Schotten u. andere Phantasie-Stoffe	4.95
Im Preise herabgesetzt: Damen-Jackets und Paletots, Costüme, Costümröcke, Morgenröcke, Matinées, Seidene Blusen, Kinder-Jackets, Mäntel.		
Ein Posten reineseidenes Liberty-Band	ca. 11 cm breit	Meter 30 Pf.

Taschentücher

Taschentücher	weiss Linon, gon. 1/2 Dtz.	65, 95 Pf.
Taschentücher	f. Damen, Batist m. bunt. Band 1/2 Dtz.	1.10
Taschentücher	f. Herren, bunt gestickt	18, 22 Pf.
Taschentücher	mit Buchstaben	Stück 15 Pf.

Möbelstoffe

Perser Teppiche	imitiert, gewässert ca. 130-00	3.75
Steppdecken	in mehreren Farben ca. 160/200	4.75
Gobelins für Betthimmel		6.75
Küchendecken	Wachstuch	25 Pf.

Parfümerie

Lanolin, Pfeltring	Dose	8, 15 Pf.
Doerings Adlerseife	Stück	15 Pf.
Mund- u. Zahnwasser		fl. 43, 70 Pf.
Bay-Rum	Flasche	45, 63 Pf.

Diverses

Phonographen		2.15
Mignon-Rahmen	Stück	10 Pf.
Timo-Spiel	Stück	20 Pf.
Frisier-Kämme	ca. 17 cm lang	Stück 15 Pf.

Futterstoffe

Jaconet	schwarz, weiss, grau	Meter	28 Pf.
Jaconet	farbig	Meter	33 Pf.
Rauschfutter	schwarz, grau	Meter	30 Pf.
Rauschfutter	farbig	Meter	38 Pf.
Cöper	an Tailenfutter		42, 48 Pf.
Reversible	Meter	33, 38, 45 Pf.	
Camlott	schwarz	Meter	33, 45, 55 Pf.
Camlott	farbig	Meter	38, 45 Pf.
Satin	Meter	55, 70 Pf.	
Wattireinen	Meter	30 Pf.	

Schürzen

Tändelschürzen	weiss, mit Stückerel	45, 60 Pf.
Tändelschürzen	farbig, mit Besatz	45, 65 Pf.
Tändelschürzen	schwarz Batist, mit Durchzug	1.15
Reformschürzen	einfarbig oder gestreift	1.45
Reform-Kleiderschürzen	einfarbig oder gestreift	1.85
Hausschürzen	mit Volant u. Tasche	85 Pf.
Achselschürzen	gestreift oder kariert	95 Pf.
Achselschürzen	mit Volant und Tasche	1.10
Stubenhandtücher	1/2 Dtz.	2.25 2.95
Küchenhandtücher	1/2 Dtz.	1.65 1.95

Damenwäsche

Hemden	Friessen- oder Herzform mit Trimmingbesatz	1.25
Hemden	Sattel- oder Herzform mit Langnetten	1.60
Hemden	Hemdentuch mit handgestickter Passe	1.45
Hemden	Herzform mit handgestickter Madeira-Passe	1.85
Hemden	Renforcé mit Langnetten	1.95
Beinkleider	weiss Cöper-Barchend m. Langnetten, lang. Façon	1.15
Beinkleider	weiss Cöper-Barchend m. Sückerel-Vol., Knisfaçon	1.85
Nachtjacken	weiss Piqué od. Cöper-Barchend mit Besatz	1.45
Staubtücher	5/8 Dtz.	55 Pf. 75 Pf.
Wischtücher	1/2 Dtz.	1.35 1.90

Tricotagen

Herren-Hemden	Normalfaçon in 3 Grössen	1.20, 1.40, 1.60
Herren-Hosen	Normalfaçon in 3 Grössen	1.20, 1.40, 1.60
Herren-Westen	gestreift, in versch. Grössen	2.45
Damen-Unterjacken	gestreift	48 Pf.
Damen-Untertailen	gefüttert 3 Grössen	70 Pf.
Damen-Strümpfe		
„Wolle platziert“	schwarz, gestr. deutsch lang	38 Pf.
„Reine Wolle“	schwarz, gew. englisch lang	65 Pf.
„Reine Wolle“	gew., engl. lang, buntf. geringelt	75 Pf.
Herren- und Knaben-Sweaters		

Schuhwaren

Damen Schnür- oder Knopfstiefel	Rossleder 4.75, 5.75 Box-calf 7.50, 8.50
Damen-Filzschuhe	mit Filzsohle 1.25, u. Ledersohle 1.65
Damen Pantoffel	35, 60, 85 Pf.

Herren-Schnür-Stiefel	Rossleder 6.75, Box-calf 8.50, 9.50
Herren-Filzschuhe	m. Filzsohle 1.65, mit Filz- u. Ledersohle 1.90
Kinder-Schnür- oder Knopfstiefel	25/25 27/30 31/35 36/40
	Rossleder 2.75, 3.50, 4.25, 5.25
	Box-calf 4.50, 5.25, 6.25, 7.50

Damen-Handschuhe

„Tricot“	gemustert	Paar	32 Pf.
„Tricot“	mit 2 Druckknöpfchen farbig oder schwarz	Paar	48 Pf.
„Tricot“	mit gemustertem Fattel	Paar	50 Pf.
Krimmer-Handschuhe	mit Lederhandfläche, für Herren od. Knaben	Paar	85 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Küchegarnitur	55 Pf.
Küchenmesser	10 Pf.
Kleiderbürsten	33 Pf.
Strassenbesen	75, 85 Pf.
Handtuchhalter	25 Pf.
Wetzsteine	5 Pf.
Putzschmirgel	Dose 25 Pf.
Plättbretter	besogen 2.25
Klammern	Schock 10 Pf.
2 Gasplatten	mit Erhitzer 4.50
Schneeschläger	zum Drohen 48 Pf.
Schlittschuhe	Paar 45 Pf., 1.45

Glas - Porzellan - Steingut

Dessertteller	gepresst	5 Pf.
Citronenpressen		9 Pf.
Kaffeetassen		12 Pf.
Zuckerdosens		10 Pf.
Dessertteller		4 Pf.
Kaffeetassen		9 Pf.
Zuckerschalen	gepresst	13, 16 Pf.
Käseglocken	gepresst	35 Pf.
Kaffeekannen		48 Pf.
Kaffeesevice	mit Goldbesatz	1.35
Waschservice	5 teilig dekoriert	2.60
Kartoffelnäpfe		Stück 12 Pf.

Kennen Sie unser Rabatt-System?

Lokales.

Der Fall Haffe.

Eine Angelegenheit, die von neuem zeigt, wie notwendig die Beseitigung des § 175 des Strafgesetzbuchs ist, beschäftigt jetzt Polizei und Gericht. Der Landgerichtsdirektor Haffe aus Breslau, der seit dem 20. Dezember v. J. von dort verschwunden war, ohne Abschied von seiner Familie zu nehmen, ist auf die Selbstbegleichung des verurteilten Mordes in Berlin in Unterjuchungshaft genommen worden.

Von anderer Seite wird über die Angelegenheit noch berichtet:

Direktor Haffe war Donnerstagabend um 6 Uhr mit dem Expresser an der Hedwigskirche zusammengetroffen, um sich mit ihm abzufinden. Der Eingangsversuch scheiterte jedoch an der Höhe der Forderung. Darauf hin gab er, wie er selbst behauptet, auf den Expresser aus einer Entfernung von zehn Schritten einen Revolvererschuss ab, um ihn zu töten. Ob er ihn getroffen und verletzt hat, weiß er nicht. Die Ermittlungen haben nun ergeben, daß zu der angegebenen Zeit oder auch sonst niemand in der Nähe der Hedwigskirche einen Schuß hat fallen hören.

Der Expresser befindet sich bereits in den Händen der Polizei; es ist der 35jährige Konditor Vögel. Er hat in der linken Hand einen Schrotschuß; vor dem Kriminalkommissar v. Treschow hat er bereits ein Geständnis abgelegt. Landgerichtsdirektor Haffe ist übrigens, wie angenommen wird, wegen der Gerüchte, die über ihn im Umlauf waren, von der Strafkammer an die Zivilkammer verlegt worden. Ob die Mitteilung verschiedener Blätter stimmt, wonach Haffe nicht völlig zurechnungsfähig ist, muß abgewartet werden.

Was immer auch an diesen Reduktionen wahr oder unwahr sein mag: der aufsehenerregende Fall zeigt, wie unhaltbar eine Gesetzesbestimmung ist, die zumeist nur für Expresser einen gewissen Wert hat. Wie oft mag dieser perverts veranlagte Landgerichtsdirektor Angeklagte wegen Verfehlungen gegen § 175 ins Gefängnis geschickt, wie oft über Halsbündel wie den Konditor Vögel als „unbejagener“ Richter geurteilt haben, und das in dem Bewußtsein, daß irgend ein Zufall, ja daß die bestimmt eintretende Unmöglichkeit, seinem Rampo den Mund zu stopfen, ihn in der nächsten Stunde selber vom Richter in einen Angeklagten verwandeln könne. Es fällt uns nicht ein, den Fall Haffe, wie ein Antisemitenblatt meint, als Beweismaterial für die Korruption und Heuchelei der besseren Gesellschaft auszunutzen. Um das zu wollen, brauchen wir uns nicht an Verfehlungen gegen den § 175 zu klammern.

Ein Wasserturn für 240 000 M. und ein Kramhändlerhaus für 190 000 M. sollen auf dem städtischen Schlachthofe erbaut werden. Der Magistrat hat vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung die Pläne und Kosten bewilligt. Das Wasser für den Schlachthof wurde bis jetzt von den städtischen Wasserwerken bezogen und soll nun durch ein eigenes Grundwasserwerk beschafft werden.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag nachmittags 3 Uhr mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Wahl des Vorsitzers und des Vorsteherstellvertreters. — Wahl von drei Vorstehern und drei Stellvertretern derselben. — Verlesung der Mitglieder in die Abteilungen. — Beschlußfassung darüber, an welchem Tage und zu welcher Stunde die ordentlichen Sitzungen der Versammlung im Jahre 1905 stattfinden sollen. — Beschlußfassung über die Neuwahl: des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten, des Ausschusses für Begutachtung der Vorlage wegen Anstellung beziehungsweise Pensionierung besoldeter Gemeindebeamten und Lehrer und des Ausschusses für Petitionen. — Beschlußfassung über die etwa sonst noch zu wählenden ständigen Ausschüsse, Ausschuss für Rechnungssachen und Ausschuss zur Vorprüfung der Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen. — Beschlußfassung in Bezug auf die Zuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder der Versammlung bezugs Ausführung von Rechnungen usw. — Beschlußfassung über die Neuwahl derjenigen

Ausschüsse und gemischten Deputationen, die im Jahre 1904 zur Vorbereitung einzelner Gegenstände eingesetzt, den ihnen erteilten Auftrag noch nicht erledigt haben. — Beschlußfassung darüber, welche Gegenstände im laufenden Geschäftsjahre an das Ende der Tagesordnung zu bringen sind. — Vier Naturalisationsgesuche. — Vorlage betreffend die Aufnahme von 11 Personen in das Nikolaus-Krankenhaus. — Wahl je eines Mitgliedes in das Kuratorium für das Bestattungswesen und in die Kanalisationsdeputation. — Vorlage betreffend die Organisation in der Verwaltung des städtischen Rudolf-Virchow-Krankenhauses. — Berichterstatter über die Vorlage betreffend den Bau von fünf städtischen Straßenbahnlinien. — Berichterstatter über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die von dem Magistratskommissar für die Orts- und Betriebskantonsassen bei dem Herrn Polizeipräsidenten nachgesuchte Vollstreckung einer zehnjährigen Haftstrafe gegen ein Vorstandsmitglied der Neuen Maschinenbauwerkstättenklasse. — Vorlagen betreffend: die Versorgung eines im Gemeinbezirk Tegel belegenen Grundstücks mit Wasser aus den städtischen Wasserwerken, — die Bewilligung einer unvorhergesehenen Ausgabe an der Fachschule für Buchdrucker, — den Borentwurf zu einem Schmeinebäcker neben Kramhändlerhaus und Bofertum auf dem Schlachthofe, — die erfolgte Bauabnahme eines Pavillons und der Turnhalle für die Poradzinskule in der Olivaerstraße, — die Aufwendung eines Betrages aus dem hertenlosen Radkaffe der Witwe Trenzmann zur Erhaltung ihres Grabes, — den speziellen Entwurf zum Neubau einer Turnhalle auf dem städtischen Grundstück Steinstraße 20/30, — die Mietung von Räumen in dem Hause Dirschstraße 3 und Schilderstraße 1 für das Bureau des Ingenieurs für Heiz- usw. Anlagen, — die Eröffnung der 14. Realschule zu Ostern 1905, — die Errichtung von 8 kleinen Aborthäuschen auf dem Gelände des Rudolf-Virchow-Krankenhauses, — den Bau einer technischen Mittelschule, — den Etat der Subventionskasse für 1905, — die Mietung von Büroräumen im Hause der Landesversicherungs-Anstalt, Klosterstraße 41, — den Stand der Bauarbeiten bei 41 städtischen Neubauten, — den Borentwurf zum Neubau einer Feuerwache in der Straße 31a, nahe der Elbingerstraße, — die Gewährung eines Arbeitsdienstes für die Jülinge des Erziehungsheim, — die Errichtung eines Denksteins auf dem Schlachtfelde von Großbeeren, — die anderweitige Bemeisung der von den Stadtgemeinden Charlottenburg und Schöneberg für den Anschluß an die Kanalisation von Berlin zu leistenden Entschädigungen, — die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder des Kuratoriums der Theresen-Perkmann-Stiftung für das Jahr 1905, — die Gewährung einer persönlichen, nicht pensionsfähigen Zulage an einen Techniker und die Beteiligung der Stadt Berlin an einem gemeinsamen Geschenk der preussischen Städte anlässlich der Vermählung des Kronprinzen.

Mehr als 12 1/2 Millionen Neujahrsbriefe wurden in diesem Jahre wieder in Berlin ausgegeben. Die amtliche Uebersicht ist bereits fertig gestellt. Im eigentlichen Neujahrsverkehr, d. i. in der Zeit vom 31. Dezember 1904 5 Uhr früh bis zum 1. Januar 1905 11 Uhr abends, betrug die Stückzahl der bei den Postämtern in Berlin ausgegebenen Stadtbriefe in diesem Jahre 10 922 000. Wegen des Vorjahrs bedeutet dies wieder eine beträchtliche Zunahme. 1903/04 wurden in demselben Zeitraum nur 10 840 000 Stück eingeliefert. Es ist dies eine Steigerung von 282 000 Stück. Gezählt werden Briefe, Postkarten, Drucksachen und Warenproben, aber lediglich die, die in Berlin ausgegeben worden sind. Nicht in Betracht gezogen ist der Eingang von auswärtig, der mit 2 Millionen eine Steigerung von etwa 1/3 gegen das Vorjahr erfahren hat, aber ebenfalls von den Berliner Postämtern zu bestellen war. Im Vorjahr, welcher vom 30. Dezember 12 Uhr mittags bis zum 31. Dezember 5 Uhr früh gerechnet wird, sind die Drucksachen der Posthändler mit 1 Million Stück ausgeblieben. Der übrige Verkehr ist dagegen so gewachsen, daß das Gesamtresultat nur verhältnismäßig wenig zurückgegangen ist. Der Vorkerkehr umfaßte heuer 1 667 200 Stück, wovon sich die zu Anfang angegebene gesamte Neujahrsbriefauslieferung ergibt.

Etwas für die Berliner Patrioten. Aus Habelschwerdt in Schlesien meldet der „Breslauer General-Anzeiger“:

„Bezüglich der Bewilligung eines Beitrages zu den Sammlungen der Städte zu einem Hochzeitsgeschenk für den Kronprinzen schlägt der Magistrat vor, mit Rücksicht auf die geringe Einwohnerzahl von einer Spende abzusehen, dafür aber am Hochzeitsstage 300 M. aus Stadtmitteln unter die Stadtkassen zum Ankauf von Wein zu verteilen. Die Versammlung stimmt einstimmig zu.“

Auf Berlin würden im Verhältnis 100 000 M. Armenspende kommen. Vielleicht wird von oben herab der Reichshauptstadt und den anderen deutschen Städten zu verstehen gegeben, daß der Kronprinz und seine Gattin das Beispiel der Stadt Habelschwerdt nachzuahmen hätten. Schon deshalb, weil eine solche Armenspende doch viel christlicher ist als ein eigentliches Hochzeitsgeschenk. Unbeschadet der sozialdemokratischen Ansicht, daß die Hochzeit des Kronprinzen als Privatangelegenheit die deutschen Städte überhaupt nichts angeht.

Herr Leoncavallo, der Autor des „Roland“, kommt, wie das „Berliner Tageblatt“ schreibt, vom Regen in die Traufe. Wie die Livornese Blätter berichten, steht der frühere Mitarbeiter Leoncavallo, der bekannte Liederdichter Arturo Liberini, im Begriff, den Maestro zu verklagen. Die Verhältnisse liegen so: Im Jahre 1901 beauftragte Leoncavallo Herrn Liberini, gegen das Honorar von 2000 Lire — das in der Folge auf 500 Lire (400 M.) herabgesetzt wurde — das Textbuch für den „Roland“ zu schreiben und zwar nach einer Skizze des Komponisten. Die zwei ersten Akte waren geschrieben, da fiel es Leoncavallo plötzlich ein, daß er das Libretto eigentlich selbst schreiben könne, er zog sich darum von dem „leuen“ Liederdichter zurück, ohne ihm auf seine Briefe mehr zu antworten. Die beiden Akte sandte er ihm allerdings wieder zu. Herr Leoncavallo scheint aber doch ein Haar in der Sache gefunden zu haben, denn er rief Liberini zum Rechtsanwalt, in dessen Gegenwart er Liberini um Verzeihung bat, sein Unrecht eingestand und Herrn Liberini versprach, er werde im November ein anderes Libretto bei ihm bestellen, auf dem die Namen aller beiden figurieren sollten. Natürlich — sagen die Livornese Zeitungen — kam diese Bestellung ebensowenig wie die Erklärung über die „wahren Ursachen“, die ihn gezwungen hatten, sich der „bortrefflichen Verdächtigung“ Liberinis zu bedienen. Liberini beschuldigt nunmehr Leoncavallo offen des Vordrucks und kündigt die Einleitung des Prozesses gegen den Maestro an.

Ueber den Alkoholgenuß von Kindern berichtet sich der bekannte Berliner Psychiater Professor Dr. Ziehen, Direktor der Klinik für psychische und Nervenerkrankheiten, in seiner jüngst in zweiter Auflage erschienenen Broschüre „Ueber den Einfluß des Alkohols auf das Nervensystem“ (Mehligleits-Verlag, Berlin W. 15, 20 Pf.) wie folgt aus: „Das kindliche Nervensystem ist für die nachteiligen Wirkungen des Alkohols unendlich viel empfindlicher. Kinder bis zum 15. Lebensjahre sollten überhaupt keinen Alkohol in keiner Form und bei keiner Gelegenheit erhalten. Es ist geradezu ein Verbrechen — ich kann den Ausdruck nicht mildern — wenn Kindern täglich ein bestimmtes Alkoholquantum verabfolgt wird. Wie ganz anders das kindliche Nervensystem auf Alkohol reagiert, können Sie schon daraus erkennen, daß ein mit dem Dittirium tremens fast genau übereinstimmendes Krankheitsbild bei Kindern schon nach einmaligem stärkerem Alkoholgenuß auftreten kann, während das Dittirium tremens Erwachsener nur auf dem Boden des chronischen Alkoholismus vorkommt. Auch die Tatsache, daß der Rausch im Kindesalter sehr häufig von Konvulsionen begleitet ist und nicht selten tödlich endet, gehört hierher. Dabei schweige ich ganz von den extremen, übrigens auch nicht gar so seltenen Fällen, wo Kindern in den ersten

Lebensjahren von gewissenlosen Eltern oder Dienstmädchen Branntwein in irgend einer Form zur Milch zugefetzt wird, um sie zu beruhigen. Ich könnte Ihnen mehr als einen Fall mit allen Einzelheiten und den sehr schweren Folgeerscheinungen mitteilen. Es müßte den Sachverständigen geradezu lächerlich an, wenn er beobachtet, wie dieselben Eltern, welche über eine Zigarre im Munde des 12jährigen Jungen in die größte Entrüstung geraten, demselben Jungen täglich ein Teil Bier vorsetzen. Ich will gewiß nicht das Rauchen der Kinder befürworten, aber ich möchte Sie nur daran erinnern, daß das kindliche Nervensystem unter dem gewohnheitsmäßigen Genuß selbst kleiner Alkoholdosen jedenfalls ganz ebenso sehr, wenn nicht noch viel mehr leidet. Nach meiner Erfahrung bereitet zahlreiche Nerven- und Geisteskrankheiten, welche in der Pubertät austreten, der gewohnheitsmäßige Alkoholgenuß im Kindesalter den Boden vor.“

Die Agitationen des Standesbeamten in der Köpenickerstraße haben wir mehrfach kritisch würdigen müssen. Zu den bisherigen Meldungen über die von diesem Herrn begangenen Ungehörlichkeiten kommt noch eine, deren Tatbestand allerdings schon eine Weile zurückliegt. „Als ich Ende Mai 1903“, so schreibt uns ein Leser, „mit meiner jetzigen Frau auf dem erwähnten Standesbeamten zum Aufgebot erschien, bedeutete der Beamte uns, daß wir nach zwei Tagen wiederkommen sollten, um etwa vorgekommene Irrtümer richtig zu stellen. Es genüge aber auch, wenn meine Braut zu diesem Zweck allein erscheine. Da ich nicht die Arbeit veräumen wollte, sprach meine Braut nach zwei Tagen beim Standesbeamten vor. Von einer Verlesung des Aufgebots war aber nunmehr keine Rede. Der Herr nahm meine Braut kurzerhand vors Brett und legte ihr auseinander, wie gefährlich gemischte Ehen werden könnten. Da gebe es Streitigkeiten wegen der Religion; und besonders wenn Kinder kämen, suchten Katholiken die Interessen ihrer Kirche wahrzunehmen. Ob es da in unseren Hallen, wo der Bräutigam katholisch, die Braut protestantisch sei, nicht besser wäre, die Eheschließung von der Bedingung abhängig zu machen, daß die zu erwartenden Kinder protestantisch getauft würden? Auch wäre es ja noch möglich, von der beabsichtigten Verheiratung zurückzutreten. Meine Frau war ob dieser kirchlichen Agitation ganz verblüfft und gab dem Standesbeamten in ihrer Verlegenheit die Antwort, daß diese Frage bereits geregelt sei. Sie sagte allerdings nicht, daß wir beide übereingekommen waren, die Kinder, die etwa unserer Ehe entspringen, überhaupt nicht taufen zu lassen. Der Standesbeamte gab sich nun zufrieden, bedeutete meiner Frau aber, mir von der Unterredung nichts mitzuteilen. Die Unterredung sei rein privater Natur gewesen; er, der Beamte, glaube in Anbetracht unserer Jugend (wir zählten beide 28 Jahre) sich zu dieser Ermahnung verpflichtet. Nach der Schätzung meiner Frau hat die Unterredung wohl eine Stunde gedauert. Meine Absicht war, bei der Trauung diesem Standesbeamten einmal den Standpunkt klar zu machen, doch kam ich nicht dazu, da ein anderer Herr den Trauungsakt vollzog.“

Bemerkte sei noch, daß man sich bei der Geburtsanzeige unseres Kindes auf dem Standesamte die Frage erlaube, in welcher Religion das Kind getauft werden sollte. Als wir darauf keine Antwort gaben, bezwang man die Mutter.

Diebische Konfektionsfirmen. Ueber Diebstahl geistigen Eigentums durch die Konfektionsfirmen beklagen sich die Berliner Damenmantelschneidemeister. Das Geschäft dieser Meister geht immer mehr zurück, im letzten Jahre haben viele ihren Beruf aufgegeben. Die Schuld an diesem Rückgang im Gewerbe wird den Konfektionsfirmen zugeschrieben, die sich von den alten bewährten Meistern wohl die Muster anfertigen lassen, ihnen dann aber die Bestellung entziehen resp. so niedrige Preise bei der zweiten Lieferung anbieten, daß die Meister die Ausführung der Arbeit ablehnen. Die Musterarbeit der Meister wird dann anderen zum Kopieren übergeben, die für billiges Geld arbeiten; und werden damit auch Beamtenfrauen usw. beschäftigt, die nur für ein Taschengeld arbeiten. Die Damenmantelschneider erblicken in diesem Verfahren einen Diebstahl ihres geistigen Eigentums, das sie an den von ihnen zuerst ausgeführten Musterarbeiten haben und wollen gegen diese Geschäftsbräuche der Konfektionsfirmen jetzt energisch vorgehen. Zu diesem Behufe hat sich die Berliner Damenmantelschneider-Innung jetzt mit dem Verein Berliner Damenmantelschneider verbunden. Bei genügend starker Organisation will man eine schwarze Liste der Firmen aufstellen, die das gefangenzeichnete Geschäftsverfahren anwenden. Die Meister sollen dann angewiesen werden, nicht mehr für diese Firmen zu arbeiten. Den Innungsmitgliedern, die nach den von ihren Kollegen gefertigten Mustern zu Schindpreisen arbeiten, werden von der Innung Strafen auferlegt werden, event. wird ihr Ausschluß vollzogen.

Wenn die Gewissenlosigkeit der Konfektionsfirmen hier richtig geschildert ist, dann darf man auch über die Hausdiener, die gelegentlich einmal einen Wallen Tuch mopfen, nicht allzu hart urteilen. Die Unternehmer gehen ihnen ja mit bösem Beispiel voran.

Bäder für Gemeindefiskinder. Die Deputation für städtisches Turn- und Badewesen stellt für das Kalenderjahr 1905 Verordnungsarten für Gemeindefiskinder zur Verfügung, welche durch die Direktoren zu verabsoluten sind. Bei Vorlegung dieser Karten können die Kinder Schwimmen- und Brausebäder zu dem ermäßigten Preise von 10 bzw. 5 Pf. in nachstehenden Volkswasser-Anstalten nehmen: Turnstr. 85a, Schillingstraße 2, Varnsdorfer Str. 64, Dennewitzstr. 24, Oberbergstr. 57/58, Gartenstr. 5 und Wallstraße 60/61. Bei Verteilung dieser Verordnungsarten ist, im Gegensatz zu den Freikarten für die Flußbäder, die Frage der Bedürftigkeit nicht zu prüfen, vielmehr können allen Schulkindern (auch ohne Rücksicht darauf, ob sie im Laufe des Jahres aus der Schule entlassen werden oder nicht) die Karten für die Volkswasser-Anstalten ohne weiteres verabfolgt werden.

Aus dem städtischen Obdach. Durch rechtskräftiges Erkenntnis der zweiten Strafkammer des königl. Landgerichts I vom 10. Dezember v. J. ist der Schlosser V. wegen Gefangenenerbrechung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen verurteilt worden. V. hatte während seines Aufenthalts im städtischen Obdach mehreren in der Geschlechtskranken-Station des Obdachs auf polizeiliche Anordnung untergebrachten Prostituierten von ihm selbst gefertigte Radschlüssel verschafft, so daß es den Mädchen mittels der Radschlüssel gelang, aus der Krankenstation zu entweichen.

Die Käse. Die Schiffahrt hat wegen des Frostes eingestellt werden müssen. Auch die Arbeit auf den Bauten, in Regelen und in der Landwirtschaft ruht fast vollständig. Vor den Toren Berlins liegt gerade nur so weit Schnee, daß die jungen Säaten bedeckt sind. Auf den Landstrassen liegt fast gar kein Schnee; der Wind hat ihn zum größten Teil in die Gräben usw. geweht. Schlitten können deshalb nur stellenweise im waldigen Terrain benutzt werden.

Alte Deutsche Ostmarken-Vereine. Eine Beleidigungsklage hat der Vorstand des Deutschen Ostmarken-Vereins, vertreten durch die Herren Major a. D. Rittergutsbesitzer v. Tiedemann-Seeborn, Erziehungsrat Kadabau und Justizrat Wagner, gegen den verantwortlichen Redakteur des Berliner Volksblattes „Diemitt Berlin“ angehängt. Ein vom Deutschen Ostmarken-Verein herausgegebenes Flugblatt „Das Vaterland in Gefahr“ war in dem genannten Blatte besprochen und als „schamlos verlogen, pharisäisches Nachwerk“ bezeichnet worden. Eine Kritik, durch die sich die vorbenannten drei Herren als Vorstandsmitglieder des Ostmarken-Vereins persönlich in ihrer Ehre gekränkt fühlten. Vor dem Schiedsmann erklärte sich der Angeklagte bereit, seine Kritik zu widerrufen, falls der Ostmarken-Verein die in seinen Flugblättern oft wiederkehrende Behauptung, „verschiedene polnische Vereine hätten die Absicht, die polnischen Vandalen der preussischen Monarchie von Preußen loszureißen“ — woran, wie er betonte, kein einziger Pole denke — als

auf fertigen Voraussetzungen beruhend zurückziehen würde. Da dies abgelehnt wurde, scheiterten die Einigungsverhandlungen, sodass die Klage gerichtlich zum Austrage kommt. Von polnischer Seite wird versucht werden, den Wahrheitsbeweis zu erbringen.

Einbruchsdiebstahl. Dem Goldwarengeschäft von F. J. Schröder in der Leipzigerstr. 30 verübten Einbrecher in der letzten Nacht einen Besuch abzustatten. Sie wurden hierbei jedoch gestört und begnügten sich daher damit, aus dem über dem Juwelierladen liegenden Verkaufslager der Wollenen Wollenweberin einen Posten fertiger seidener Blusen und Kostümröcke im Werte von 3000 M. zu stehlen. Die Diebe hatten sich jedenfalls abends in das Haus einschließen lassen und erbrachen dann die Eingangstür zu dem Wollenen Laden im ersten Stock. Mit starken Bohrern lösten sie dann Teile des Fußbodens los und gedachten durch das entstehende Loch nach dem im Erdgesch. liegenden Goldwarenlager vorzudringen. Da aber unter dem Fußboden eine dicke Zementsticht lag, die durchbrochen werden mußte, so ging die Arbeit nur langsam von statten. Nach hevor sie die Decke vollständig durchlöchert hatten, wurde der Wächter des Schröder'schen Geschäfts auf das von den Einbrechern verursachte Geräusch aufmerksam. Zufällig bekam der Wächter einen Hustenanfall, und dieser Umstand scheint die Diebe von weiterem Vordringen abgehalten zu haben. Sie begnügten sich damit, in den Räumen des Wolleners einige Bluse zu zerbrechen. Hierbei fiel ihnen aber nur ein kleiner Geldebetrag in die Hände. Dagegen eigneten sie sich fertige seidene Blusen und Kostümröcke im oben angegebenen Werte an, mit denen sie das Haus unbedenkt verließen. Es fehlt noch jede Spur von ihnen.

Die Feuerwehre ist in den beiden ersten Tagen des neuen Jahres schon 60mal alarmiert worden. In der letzten Nacht, bei 10 Grad Kälte, wurde sie außerdem wieder einmal von einem Unbefugten gemarrt. Der Täter wurde diesmal aber ermittelt. Es war ein Heiserer Paul Pfeiffer. In der letzten Zeit hat das Gericht einen Wildhauer Wittig und einen Arbeiter Schulz mit je drei Monaten Gefängnis für einen solchen „Schertz“ bestraft. — Dienstagvormittag vor 10^{1/2} Uhr brach im königlichen Schloß ein Schornsteinbrand aus. Er war bereits von der Dienerschaft gelöscht worden, als die Feuerwehre eintraf.

Wieder eingefangen wurden zwei gefährliche Verbrecher, die am 19. vorigen Monats aus dem Gefängnis in Plöhensee entwichen waren, ein 26jähriger August Breche, der vor 11 Jahren wegen Mordes in Peitz zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, und ein Einbrecher namens Theodor Wöhlmann. Beide waren mit der Pfeifferschenfabrikation beschäftigt. Aus Haft, den sie hierbei verarbeiten sollten, drehten sie sich einen langen Strick, mit dessen Hilfe sie über die hohe Anstaltsmauer entkamen. Da es ihnen an Geld fehlte, sich einen festen Unterschlupf zu mieten, so suchten sie sich in den Kasernen im Norden der Stadt herumtreiben und lebten dort auf Kosten guter Freunde, die sie in Plöhensee kennen gelernt hatten. Breche wurde bereits in der vorigen Woche, Wöhlmann gestern, Dienstag, wieder ergriffen. Beide behaupten, es sei ihnen nur darum zu tun gewesen, die Weihnachtsfeierstage einmal wieder auf freiem Fuße zu erleben.

Geschossen hat sich gestern der 25 Jahre alte Baubeamte Otto Binebach, der seit vier Jahren bei der Berliner Bank angestellt war und ebenso lange am Plan-Ufer 19 ein möbliertes Zimmer bewohnte. Der junge Mann ist der Sohn eines höheren Steuerbeamten aus Karlsruhe. Er soll sich überarbeitet haben und zeigte plötzlich Spuren geistiger Verwirrung. Nachdem er acht Tage lang über heftiges Kopfweh geklagt hatte, tötete er sich gestern morgen, im Bette liegend, durch einen Revolversehuss in das Herz. Ein Arzt, den seine Wittin holte, konnte nur noch den Tod feststellen.

Kindesmord? Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde gestern auf der Bodentreppe des Hauses Adlerstraße 106 aufgefunden. Sie war in eine blaue Schürze eingewickelt und wurde von der Revierpolizei nach dem Schauhause gebracht. Die Mutter ist noch nicht ermittelt.

Selbstmordversuch wegen einer Rekrutkarte. Die vielfach geprügte Unfittigkeit des Verendens von „Blindwandschützen“, durch die die Empfänger beleidigt und geärgert werden sollen, hat schon manches Unheil verursacht. Jetzt hat sie wieder zu einem Selbstmordversuch eines jungen Mädchens geführt. Die verlobte Arbeiterin Hedwig W. aus der Spandauerstraße bekam eine anonyme Karte, auf der unter anderem ein Storch abgebildet war. Das Mädchen ärgerte sich derartig, daß es gestern abend im Treppenhof des Hauses Prinzenstraße 106 Selbstmord versuchte. Man brachte die Verletzte nach dem Krankenhaus am Urban. Ihr Zustand ist bedenklich.

Das Apollo-Theater hat auf sein Januar-Programm zu der Vorlesung „Berliner Lust“ und zu den farbenprächtigen „Eitelkeiten Langbildern“ eine Reihe neuer Spezialitäten genommen. Auf dem Gebiete der Musikik lösen die Kraftakrobaten Pando das Rätsel, immer wieder neue Tricks zu finden, mit bestechender Ruhe und Sicherheit; ihnen gleichwertig produzieren sich auf hohem Trapez die vier Schwestern Alfa, mit der Kraft die Grazie der Bewegung verbindend. Ihre schönen Körperformen, zuerst in düstige Schleier gehüllt, von leuchtenden Farbenblitzen bestrahlt, zeigt Nina Paris in sechs Metamorphosen, als Calambo in eine Orichin, aus dem Winter in den lachenden Frühling usw. sich verwandelnd. Und nach ihr erntete allgemeinen Beifall Coleman mit seinen dressierten Hunden und Katzen. Zum Schluß brachte Richard Kosmogroph eine Reihe neuer Bilder: die Durchfahrt der Baltischen Flotte durch den Suezkanal gestaltete sich symbolisch etwas mythisch und unsicher.

Im Arbeiterinnenheim II, Uferdammstr. 7, findet zweimal wöchentlich abends ein Kochkurs statt, an dem noch Schülerinnen teilnehmen können. Anmeldungen jederzeit im Heim. Der Preis der Stunden ist äußerst niedrig.

Der in Arbeiterkreisen wohlbekannte Les- und Diskussionsklub „Sabbat“ feiert am 8. Januar, nachmittags 4 Uhr, in Kellers Festsaal, Kopenstr. 20, sein 14. Stiftungsfest, bestehend aus Vokal- und Instrumentalkonzert, Rezitation, sowie Feste, gehalten vom Genossen Paul Singer. Da das ausgewählte Programm einen genügenden Abend verspricht und der Eintrittspreis nur 30 Pf. beträgt, ist den Parteigenossen ein Besuch dieses Festes nur zu empfehlen.

„Freie Fortbildungskurse für Arbeiter“, veranstaltet von der Wissenschaft, Techn. Hochschule, Berlin. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, wird Herr Engelbert Graf über „Japanische Kultur“ in der Aula der Charlottenburger Oberrealschule, Schloßstraße 27, sprechen. Eintrittskarten zu 10 Pf. (Abonnement auf sämtliche Vorträge 50 Pf.) sind an der Abendkasse erhältlich.

Theater. Am Sonntag abend wird im Lessing-Theater in teilweiser Abänderung des Spielplans Gerhart Hauptmanns „Wibergs“ in Verbindung mit der neuen Grotteske „Der Arzt seiner Ehre“ gegeben. Sonnabend, den 7., findet die 50. Aufführung von „Traumulus“ statt. Als nächste Renaissancespielung bereitet das Lessing-Theater Hugo von Hofmannsthal's neues Trauerspiel „Das gerettete Venedig“ vor, dessen erste Aufführung für Sonnabend, den 21. Januar, geplant ist. — Die „Wallenstein-Trilogie“, die bisher im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) gegeben wurde, ist jetzt auch in den Spielplan des Schiller-Theaters N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) aufgenommen worden. Der erste Teil der Trilogie, umfassend Wallensteins Lager“ und „Die Piccolomini“ wird dort in der gleichen Besetzung wie im O.-Gauße am Freitag, den 6. Januar und Dienstag und Freitag nächster Woche in Szene gehen. — Central-Theater. Am Sonnabend, den 7. Januar gelangt Madame Scherr's neu einstudiert zur Aufführung. Fräulein Maria Werber wird nach langer Zeit an diesem Abend zum ersten Mal wieder auftreten und zwar in der Hauptpartie der Jäne. Morgen nachmittags 4 Uhr: „Däumelchen“. Abends 7^{1/2} Uhr: „Der Jägerbaron“. Donnerstag: „Die Fledermaus“. Freitag: „Die Geisha“. Sonnabend nachmittags 4 Uhr: „Däumelchen“.

Im National-Theater beginnt Donnerstag Fräulein Elise Giller in „Figaros Hochzeit“ ein auf Engagement abzielendes Gastspiel. Franceschina Prebost, der beliebte Gast des National-Theaters, tritt Sonnabend in „La Traviata“ auf. Der Billetverkauf für diese und alle übrigen im Spielplan angekündigten Vorstellungen hat bereits begonnen. — Als Nachmittagsvorstellung bei vollständigen Preisen gelangt Sonntag „Rigoletto“ zur Wiederaufholung. — „Die Jäuberklode“, eine neue vieraktige Oper Saint Saens, die vorgestern in Köln a. Rh. Erfolg erzielt, geht noch in diesem Monat am National-Theater erstmalig in Szene.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg.

Katholischer Ordnungskampf.

Der Sünden gegen das achte Gebot, der in der katholischen „Germania“ sein Wesen treibt, leistet sich heute einen Schimpfartikel, aus dem wir folgende Musterleistung zitieren:

Das ist Praxis nicht nur, sondern System jener Partei, welche sich annahm, die „saule“ bürgerliche Gesellschaft zu reformieren zu menschenwürdigen, materiellen und geistigen Dasein. Größere Gewissenlosigkeit und Gefinnungskumperei, wie sie in solchen Fällen sich offen dem Beobachter aufdrängt, ist unter keiner anderen Partei denkbar. Jedes Mittel ist dieser auf den Pfiff dressierten und für die unsaubersten Dienste bezahlten Gesellschaft recht und anständig, wenn es gilt, im Namen der Parteihäupter und der heiligen „Disziplin“ jede Regierung eines eigenen Geistes, jede freie und fruchtlose selbständige Meinung unter den „Genossen“ zu unterdrücken.

Und was liegt dieser Schimpferei zugrunde? Die Tatsache, daß es unserem Parteigenossen Goerke nicht gefällt ist, ein Charlottenburger Lokalblatt, das von ihm gegründet wurde, am Leben zu erhalten. Und ist dies Blatt nicht zu Gesicht gekommen. Nach der „Germania“ aber teilt Goerke in der letzten Nummer seiner „Latene“ mit:

In der Einstellungs-Erklärung des Herausgebers der „Latene“ interessiert ein Satz besonders, der auf die Dressur der Partei ein besonderes Licht wirft. Es heißt da: „Von zirka 6000 ausgegebenen Abonnementsarten sind uns ausgenommen der 123 von bürgerlicher Seite eingelaufenen, nur 22 ausgefüllt zugegangen, die in den Bezirkslokale ausgehängten Plakate und die dort niedergelegten Karten brachten uns nur 54 Abonnenten. Der Einzelverkauf, der schon mit der zweiten Nummer speziell in Genossenschaftskreisen zurückging, sank auf ein Minimum herab, so daß damit nach der freudigen Ausnahme die merklich lässige Ablehnung zu konstatieren war. Da nun ein sozialistisch redigiertes Lokalblatt nicht auf das Abonnement und den Abzug hauptsächlich in bürgerlichen Kreisen rechnen kann, ergab sich für uns die Konsequenz, das Experiment zu beendigen, es bei den Reputations-Nummern zu belassen und die Lehren daraus für uns festzustellen.“

Der Umstand also, daß für Goerkes „Latene“ kein Bedürfnis vorhanden war, muß jetzt für das katholischenblatt zu einem Schimpfartikel herhalten. Wohl der Partei, die den Genossen keinen anderen Stoff zu Angriffen bietet! Der „Germania“ aber möchten wir uns sagen: Sie hat sich in ihrer Ausgabe vom 22. Dezember vorigen Jahres betreten darüber geföhrt, daß wir von ihr als „Kollegin“ etwa sagten, sie sei zum Erbarmen jammervoll redigiert. Unser Bescheid ist es im allgemeinen nicht, in der Polemik mit starken Ausdrücken zu hantieren. Aber zeigt der vorliegende Fall nicht von neuem, daß es unmöglich ist, einen gewerbemäßigen Berleumder mit Glacohandschuh anzugreifen? Ohne jegliches Beweismaterial wird da in der „Germania“ behauptet, daß das Eingehen der „Latene“ sozialdemokratischen Intrigen zuzuschreiben sei, daß eine Erklärung der Spandauer Parteigenossen gegen Goerkes Blatt bestellte Arbeit wäre usw. Kann die Arbeit eines Menschen, der auf solche Weise glaubt die katholischen Proletariat vom naturnotwendigen Uebertritt zur Sozialdemokratie abhalten zu müssen, denn anders genannt werden, als ein Produkt geistiger und moralischer Verlotterung? Will die „Germania“ auf bessere Behandlung Anspruch machen, so möge sie zunächst mit einer Verleumdung der Sozialdemokratie aufhören, die selbst der Hypothese vom Schlage der „Post“ zu dumm und zu gemein zu sein scheint.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung am 2. Januar.

Genau ein Jahr nach der Einführung unseres Genossen Woltermann als Stadtverordneter erfolgte heute seine Wiedererwählung, nachdem er durch Mehrheitsbeschluß, zu unrecht, wie nachträglich auf unsere Klage der Bezirksauschuh erkannt hatte, an der Ausübung des Mandats verhindert war.

Die geschäftsordnungsmäßige Renovation des Bureau ergab: Professor Heyne, erster Vorsitzender, Justizrat Dr. v. Gordon, Stellvertreter, Weisther Speck und Hecht. — In den Wahlausschuh wurde untererwärts wiederum Genosse Döbft einmündet.

Auf der Tagesordnung stand sodann noch eine Vorlage des Magistrats betreffend Bestimmungen über die Obliegenheiten der Gemeinde-Waifeuräte, die einem Ausschuh überwiefen wurde. Ebenso eine Vorlage betreffend Annahme der von der Eisenbahndirektion für die Erbauung der Unterführungen der verlängerten Straße P gefestigten Bedingungen, und Genehmigung des Fluchtlinien- und Nivellementplanes dieser Straße zwischen Henl- und Hauptstraße und ihre südliche Weiterführung bis zur Potsdamer Bahn. Die Kosten für diese Unterführung, die zugleich mit der Verbreiterung der Gleisanlagen am Ende der Hauptstraße vorgenommen werden soll, betragen nach einer Schätzung der Eisenbahndirektion etwa 200 000 M. — Als sozialdemokratischer Vertreter gehört diesem Ausschuh Genosse Wäuml er an.

Der Bezirksverein Alt-Schöneberg hatte sich in einer Petition gegen die Erhöhung der Straßenbahn-Abonnements an den Magistrat gewandt. Der diese Angelegenheit behandelnde Ausschuh konnte nichts anderes tun, als der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, ihr Bedauern über diese Preisänderung anzudeuten. Das Plenum hat sich natürlich diesen Vorschlag angeschlossen. Denn der Magistrat konnte einen Einfluß auf die allmähliche Straßenbahngesellschaft nach dieser Richtung hin nicht mehr ausüben, dazu ist es eben zu spät.

Einer Kommission überwiefen wurde zum Schluß noch die verlangte Genehmigung der Fluchtlinienpläne für die Verlegung der Ruppenheimer- und Erfurterstraße und für die Renanlage der Straße 22, sowie für Abänderung der Vandenbergerstraße. Die ersten genannten Abänderungen sind bedingt durch die Absicht der Gemeinde Wilmersdorf, die projektierte Parkanlage im Fensinglande bis zum Wilmersdorfer See fortzuführen, wodurch die Parkfläche beinahe um das Doppelte vergrößert wird.

In geheimer Sitzung wurde eine Vorlage des Magistrats über Beteiligung der Stadtgemeinde an dem Hochzeitsgeschehen der preukischen Städte an den Kronprinzen beraten. Daß man diese Verhandlung unter Ausschuh der Öffentlichkeit geführt hat, dürfte selbst in den staatsbehaltendsten und geschicktesten Kreisen nicht verstanden werden.

Wie wir erfahren, sind zu diesem Zweck unter Protest der Sozialdemokraten 6500 Mark bewilligt worden. Ob die bürgerlichen Stadtväter wohl zur Unterstützung hungernder und friererder Gemeinde-Angehöriger diese Summe wohl auch so bereitwillig zur Verfügung stellen würden?

Diezig Hausbesitzer zählt unser aus 60 Mitgliedern bestehendes Stadtparlament, das nun mit dem Eintritt unseres Genossen Woltermann endlich wieder einmal vollzählig ist. Der ersten Abteilung allein gehören 17 Hausbesitzer an, der zweiten 12 und der dritten Abteilung 11. Das Gesetz opfert den Hausbesitzern von vornherein die Hälfte aller Sitze, aber dieses Privileg genügt unseren Hausbesitzern noch nicht, denn in der dritten Abteilung selbst haben die grundbesitzenden Herren einen Sitz über die Hälfte aller Sitze. Diese Zusammensetzung, die dem Hausbesitzerelement schon die Zweidrittel-

majorität sichert, muß die Stadtverordneten-Versammlung vollends zu einem Hausbesitzerparlament herabdrücken.

Am rund 3000 Personen hat im Oktober die Bevölkerung Schönebergs zugenommen, die somit ansangs November 120 522 Einwohner betrug. — Die hiesige Orts-Krankenkasse hatte am 1. Oktober einen Mitgliederbestand von 15 823 Personen.

Ueber das Alter der gegenwärtigen Bebauung von Schöneberg hat das städtische Statistische Amt jetzt interessante Ermittlungen angestellt, denen zufolge nahezu drei Viertel aller gegenwärtigen Hausgrundstücke erst seit dem Anfang der 90er Jahre entstanden sind. Die von Januar bis Ende Oktober 1902 gebrauchsfähig gewordenen Häuser umfassen 8,28 Proz. der vorhandenen 1334 Häuser. Einen nur wenig höheren Anteil, 8,47 Proz., weisen die im Jahre 1901 fertiggestellten Häuser auf. Ein reichliches Viertel, 25,23 Proz., bilden die in dem Jahrzehnt 1896 bis 1900 bebauten Grundstücke, über drei Zehntel, 30,71 Proz., entfallen auf das Jahrzehnt 1891 bis 1896, für 1886 bis 1890 sinkt der Anteil auf 11,21 Proz., für 1881 bis 1885 auf 6,26 Proz. herab und beträgt endlich für die ganze frühere Zeit nur 6,84 Proz. Somit ergibt sich, daß 72,69 Proz., also beinahe drei Viertel der Häuser, erst seit dem Anfang der 90er Jahre entstanden sind.

Steglitz.

Das Gewerbegericht zu Steglitz blüht im März ds. Ja. auf ein zweijähriges Bestehen zurück. Da sahrungsgemäß alle zwei Jahre ein Drittel der Weisiger ausscheidet, so müssen in nächster Zeit die Renwahlen vorgenommen werden. Die Zahl der Weisiger beträgt 24 (12 Arbeitgeber und 12 Arbeitnehmer), so daß 8 Weisiger neu zu wählen sind; außerdem sind vier Ersatzwahlen notwendig. Die hietigegehabe Auslosung hatte folgendes Ergebnis: Es scheiden aus die Arbeitgeber Lehmann, Stein, Thomas, Wohlfahrt und die Arbeitnehmer Diering, Richter, Kruse, Markewitz. Ersatzwahlen sind vorzunehmen für die Arbeitgeber Liedtke (verstorben), Thomashaus (verzoogen) und die Arbeitnehmer Rothaupt und Wieloß (beide verzoogen).

Festgestellt ist jetzt die Person des am Neujahrstag in der Schloßstraße zu Steglitz am Schlaganfall verstorbenen Unbekannten. Es ist ein Spandauer Arbeiter Namens Friedrich Höglant, welcher in Dahlem Verwandte besucht hatte. Höglant hinterläßt eine Frau und sieben Kinder.

Die Befähigung erhalten hat der Beschluß der Steglitzer Gemeindevertretung auf Bildung eines kollegialen Gemeindevorstandes. Ebenso ist der Schöffe Rando als stellvertretender Amisvorsieher befestigt worden.

Pankow.

Die Berliner Straßenbahn-Gesellschaft beabsichtigt bekanntlich die Linie Mittelstraße-Pankow nach Schönhausen abzuzweigen. Sie muß bei Durchführung dieses Planes die Kreuz- und Schönholzerstraße durchlaufen. Da nun die Gesellschaft jede Entschädigung ablehnt, verweigerte die Stadt die Erlaubnis zur Benutzung dieser Straßen. Der Kreisauschuh verurteilte in einer angelegten Klage die Gemeinde zur Freigabe der Straßen, sprach aber der Gemeinde Pankow das Recht auf Forderung einer angemessenen Entschädigung zu. Mit der von der Gemeinde eingeleiteten Beschwerde hatte sich nun der Bezirksauschuh zu beschäftigen. Es wurde ein Lokaltermin anberaumt, an welchem neun Mitglieder von der Gemeindevertretung Nieder-Schönhausen, sieben Vertreter der Gemeinde Pankow, zwei Vertreter sowohl der Berliner Straßenbahn als auch von der Berliner Verkehrs-kommission die Herren Vaurat Gohseiner und Ingenieur Schreiber teilnahmen. Nach Beschäftigung der Vertiktheit und eingehender Verhandlung wurde folgender Vergleich geschlossen: Für die in Frage stehende Straßenbahnstrecke sollen die Bestimmungen des Vertrages vom 22. April 1893 mit der Maßgabe Anwendung finden, daß die Zustimmung der Gemeinde Pankow zu der freitigen Begebenung nicht unentgeltlich, sondern gegen Zahlung einer einmaligen Gesamtschädigung von 30 000 Mark erfolgt. Die Berliner Verkehrs-kommission hat es dabei verstanden, jede Verpflichtung ihrerseits auf die Gemeinde Schönhausen abzumwälzen, welche kolossale Opfer aufbringen muß, um die Verbindung mit Berlin zu haben.

Pankow wird trotz der Entschädigung den fünfminuten-Verkehr von der Kirche ab nicht beibehalten, sondern es wird ein zehnminuten-Verkehr eingerichtet. Wenn die Berliner Verkehrs-kommission sich weiter von einem engherzigen Krämergeist leiten läßt, so werden die Vororte lieber mit der „Großen Berliner“ als mit der Stadt Berlin verhandeln und ihre Verträge abschließen.

Treptow-Daunshufenweg.

Im Kampf gegen die Bildungsbestrebungen des Proletariats betätigt sich unsere Gemeindebehörde. Der Zahlverein hatte am 22. Oktober des vergangenen Jahres ein Künstlerkonzert veranstaltet, das der Arbeiterschaft für geringes Geld einen gelegentlichen künstlerischen Genuß ermöglichte. Während nach Artikel 11 der Anweisung zur Ausführung des Kommunalabgabengesetzes und des Ortsstatuts die Besteuerung von Lustbarkeiten betreffend, bei welchen ein wissenschaftliches oder künstlerische obwaltet, die Lustbarkeitssteuer nicht erhoben werden soll, ist dieses Konzert nicht nur mit dieser Steuer allein belegt worden, sondern der Gemeindevorstand hat auf eine erhobene Beschwerde auch unsere Veranstaltung nach mit der Tanzsteuer bedacht. So wirkt man für die geistige Hebung der Arbeiterschaft!

Spandau.

Die Zustände im Eisenbahnenwesen zu Spandau fordern die öffentliche Meinung seit jeher zum Protest heraus. In der Lebensgefahrlichkeit der Eisenbahnübergänge in den belebtesten Straßen der Stadt kommt seit Jahren eine fast verblüffende Mächtigkeitslosigkeit der Bahnverwaltung gegenüber ihren Fahrgästen an den Schaltern. Nicht nur an den verkehrsreichen Sonntagen, sondern auch an Wochentagen, besonders in den Morgenstunden, bekommt das Publikum die ganze Pomadigkeit der Verwaltung zu kosten. Die Zahl der Billettschalter ist unzureichend, infolge dessen kommt es nur zu oft vor, daß Fahrgäste einen Zug verpassen, weil sie nicht rechtzeitig in den Besch ihres Billetts gelangen. Zuweilen könnte sehr gut auch der dritte Schalter für den Billetverkauf herangezogen werden, statt dessen bleibt er aber geschlossen. Am letzten Montag verspätete ein Teil der Monats-Abonnenten den Zug 7.15 morgens deshalb, weil es der Verwaltung einfiel, den Monatskarten-Verkauf nur an einem Schalter zu bewirken und diesen Schalter obendrein nicht einmal leistungsfähig zu machen! Vor den zwei Schaltern herrschte ein fürchterliches Gedränge, da zu gleicher Zeit Arbeiter-Wochenkarten und andere Billetts verausgabt wurden; der eine Schalter trug die Aufschrift „Fern- und Vorortverkehr“; war man aber glücklich durch das Gedränge bis vor das Schalterfenster gelangt, dann erfuhr man, daß „Monatskarten“ für den Vorortverkehr nur am Nebenschalter, der überhaupt keine Aufschrift trug, verabsolgt würden. Das Gedränge konnte also zum zweitenmal los gehen. Währenddessen blieb der dritte Schalter wieder ruhig geschlossen. — Ferner setzte mit Beginn des Winters wieder die alte Unpflichtigkeit der Hüge ein. Am Dienstag verspätete sich zum Beispiel der Zug 7 Uhr 15 Min. früh etwa 15 Minuten. Welchen Verger und Verdruß, ja finanzielle Schäden diese Mächtigkeitslosigkeit der „Luddisten“ dem Publikum bereiten, sollte dem Verkehrs-Minister einmal durch eine große Anzahl Schaden-erfahr-Klagen zum Bewußtsein gebracht werden. Zum mindesten kann man wohl verlangen, daß die Fahrgäste auch von Fern- und Vorortzug zug sich verspätet.

Gerichts-Zeitung.

Zur Wiederaufnahme-Verfahren und mit Hilfe des § 51 ff der Regrer Kanng's gestern vor dem Schöffengericht von einer

Lebensmonatigen Gefängnisstrafe befreit worden, die ihm vor 5 Jahren auferlegt worden war. Der Angeklagte betrieb seinerzeit ein Lehrinstitut für Versicherungsleute, angebende Kaufmann und dergleichen und hatte sich dadurch des Betruges schuldig gemacht, daß er seinen Schülern vielfach vorredete, er habe ganz bestimmte Verbindungen, durch die es ihm möglich wäre, ihnen nach dem Verlassen seines Instituts gute und dauernde Stellung zu verschaffen. Bald nachdem das Urteil ergangen war, stellten sich Angelegenheiten geistigen Siderung des Angeklagten heraus, er mußte entmündigt und nach einer Zeitlang einer Irrenanstalt überwiesen werden. Die Entmündigung ist nach geraumer Zeit wieder aufgehoben worden und der Angeklagte gilt nunmehr wieder als geistig gesund. — Rechtsanwalt Doktor Schmidt betrieb für den Angeklagten das Wiederaufnahme-Verfahren, indem er unter Berufung auf eine Anzahl von Zeugen und medizinischen Sachverständigen behauptete, daß der Angeklagte zu der Zeit, als er die ihm zur Last gelegten Straftaten begangen, geisteskrank gewesen und deshalb für seine Handlungen aus jener Zeit nicht verantwortlich sei. Das Wiederaufnahme-Verfahren wurde auch angeordnet und das Schöffengericht hatte sich gestern zum zweitenmal mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Die vernommenen Zeugen und der Hausarzt stimmten darin überein, daß der Angeklagte zur fraglichen Zeit überaus aufgeregter und fahrig gewesen ist, vielfach an Kopfschmerzen gelitten und ein so auffälliges Verhalten in moralischer Beziehung gezeigt hat, daß man wohl auf Geisteskrankheit habe schließen müssen. Prof. Dr. Straßmann begutachtete, daß der Angeklagte von jeher ein geistig Entarteter gewesen, er vermochte jedoch nicht positiv zu beurteilen, ob 1899 schon eine Geistesstörung vorgelegen hat. — Der Staatsanwalt hielt diesen Beweis auch nicht für erbracht und beantragte wieder sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof war jedoch mit dem Rechtsanwalt Dr. Schmidt der Ansicht, daß hier doch der § 51 Str.-G.-B. Anwendung zu finden habe und erkannte auf Freisprechung.

Berliner Sicherheitszustände. Ein großes Schlaglicht auf die Unsicherheit in den nördlichen Stadtteilen der Provinz, insbesondere in den nördlichen Vororten, wurde in einer Verhandlung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts II geworfen. Wegen wörtlicher und lässlicher Beleidigung, Verwundung und gefährlicher Körperverletzung war der Arbeiter Hermann Schmidt angeklagt. Am 26. Juni v. J. gegen 11 Uhr wollten die Arbeiterinnen Birckmann und Vohmert ihre in der Provinzstraße zu Reindensdorf gelegene Wohnung aufräumen. Kurz vor ihrer Behauptung stürzte plötzlich eine Rote halbwüchsiger Purtschen auf sie zu. Der Angeklagte warf sich auf eines der geängstigten Mädchen und machte ihm unter Drohungen nicht nur unzüchtige Anträge, sondern berührte sie auch wiederholt in unzüchtiger Weise. Auf das Geschrei des Mädchens eilte der zufällig des Weges kommende Maurerpolier Reimann hinzu und versuchte den Angeklagten von seinem Opfer loszureißen. Auf einen gellenden Pfiff des Schmidt kam eine neue Schaar Knaben hinzu, welche sich sofort auf Reimann warfen und ihn mißhandelten. Das Mädchen hatte die Gelegenheit benutzt, um zu flüchten. Der Angeklagte ließ ihm nach und warf es zu Boden. Wenn Du nicht ruhig bist, mache ich es so, wie es jetzt in der Zeitung steht, ich schneide Dir den Hals durch und werfe Dich in einen Sad ins Wasser! Durch diese Worte des Angeklagten ließ das zu Tode geängstigte Mädchen die Hagedicht niederschlagenden Faustschläge und Fußtritte lautlos über sich ergehen. Endlich, nachdem der rote Patron sein Mädchen an dem wehrlosen Mädchen gefaßt hatte, ließ er von ihm ab und ergriff die Flucht. Es gelang schließlich, den Täter nachträglich zu ermitteln und einer Verhaftung entgegenzuführen. Das Schöffengericht II verurteilte den Angeklagten in Anbetracht der ganz erheblichen Rohheit zu der verhältnismäßig noch niedrigen Strafe von vier Monaten Gefängnis. Diese Strafe war dem Angeklagten auch noch zu hoch, er legte Berufung ein, die gestern zur Verhandlung kam. Der Berufungsgerichtshof erachtete die vom Schöffengericht erkannte Strafe als eher zu niedrig, als zu hoch. Das erste Urteil wurde deshalb bestätigt und die Berufung des Angeklagten auf dessen Kosten verworfen.

Das verurteilende Trinken der Bierfahrer. Ein bedauerlicher Unfall, bei welchem der Baunternehmer Gräfel aus Köpenick eine Gefährlichkeit mit dem Tode büßen mußte, bildete gestern den Gegenstand einer Verhandlung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts II. Wegen fahrlässiger Tötung war der 26jährige Kutcher Fritz Thiemke angeklagt. Der völlig unbesohlene T. war als Bierfahrer bei der Pagenhofer Brauerei angestellt. Am 27. Juni vorigen Jahres hatte er mit seinem Flaschenbierwagen eine Geschäftstour in der Gegend von Köpenick und Nieder-Schöneweide zu erledigen und mußte, wie es allgemein üblich ist, bei den verschiedenen Gastwirts, die ihm Bestellungen ausgeben sollten, eine größere Rache machen. Die Folge war, daß er in seiner Angelegenheit den Weg nach Köpenick verfehlte. Vor einem Lokal in der Sedanstraße zu Reptunsdorf traf T. zwei Radfahrer, die in Köpenick wohnhaften, Baunternehmer Gräfel und Kimpel. Er erzählte diesen sein Mißgeschick, Gräfel bot sich an, den Angeklagten wieder auf den rechten Weg zu geleiten, er solle nur immer hinter ihnen herfahren. Anfangs ging dies ganz gut, der etwas angetrunkene Angeklagte ließ seine Pferde allerdings abwechselnd Walopp und Trab laufen, trotzdem gelangte man ohne Unfall bis an die direkt nach Köpenick führende Berliner Chaussee. Gräfel rief dem Angeklagten zu, er solle rechts hineinbiegen. Wie die Anklage behauptet, soll Thiemke so ungeschickt hierbei gelenkt haben, daß er den Gräfel anfuhr. Dieser wurde mit seinem Kade zu Boden geschleudert. Ehe der Angeklagte die Pferde zum Stehen bringen konnte, war der schwere Bierwagen über den Unglücklichen hinweggefahren. Nach Anlegung eines Notverbandes sollte G. sofort in ein Krankenhaus geschafft werden. Auf dem Transport dorthin verstarb er jedoch ganz kurze Zeit nach dem Unfall. Rechtsanwalt Dr. Eiten-Schöneberg bestundete vor Gericht, daß der Tod des G. durch eine Gewebzerreißung der unteren Rückenpartien verursacht wurde. Der Verteidiger des Angeklagten, Justizrat Cassel, führte den Nachweis, daß die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen sei, daß der Radfahrer plötzlich etwas zu weit nach rechts gebogen sein könne und so mit dem Gefährt des Angeklagten in Verbindung gekommen sei. Der Gerichtshof erlangte aus der Weisaufnahme ebenfalls nicht die Ueberzeugung, daß der Angeklagte ausschließlich die Schuld an dem überaus bedauerlichen Unfall trage. Dem Antrage des Verteidigers gemäß wurde T. deshalb auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Wegen intellektueller Urkundenfälschung bezw. falscher eidesstattlicher Versicherung wurde gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II ein Mann zur Verantwortung gezogen, mit dem sich die Presse vor einiger Zeit vorübergehend beschäftigt hat. Dies geschah aus Anlaß der Verlesung von Statuten und des Artikulars einer freiwilligen Gesellschaft zur Bekämpfung des Kruppenscherens und zur Hebung der Volksgesundheit, Berlin-Charlottenburg, Schlößchen 27, als dessen Vorsitzender und wissenschaftlicher Leiter Dr. med. Harold Norré bezeichnet wurde. — Dieser Dr. Norré war es, der sich gestern unter seinem richtigen Namen Richard Rosenthal verantworten sollte. Wie der Vorsitzende feststellte, ist der Angeklagte im Jahre 1884 in Paderborn als Sohn des Eisenbahn-Unternehmers Koppel Rosenthal geboren. Seine Mutter lebt noch in Hannover. Er hat in Paderborn und Seelen die Schule besucht und die Berechtigung zum einjährigen Dienst erlangt. Er ist dann nach Amerika gegangen und hat dort den Namen Harold Norré angenommen; er behauptet, daß er in Chicago studiert und im Jahre 1889 rits den Dokortitel erlangt habe. Er ist vor einigen Jahren nach Berlin zurückgekehrt und hat sich hier weiter Harold Norré genannt. Seitdem ist er zweimal zur Ehe geschritten und es wird ihm nun vorgeworfen, daß er bei den Aufgebots und standesamtlichen Akten sich zu unrecht Gustav Harold Norré genannt, einen falschen Geburtsort und Geburtsort angegeben und die Personalien seiner Eltern falsch bezeichnet habe. Der Angeklagte bestritt, sich wirklich der ihm zur

Last gelegten Vergehen schuldig gemacht zu haben. Er behauptete, daß er in Amerika 20 Jahre lang unter dem Namen Harold Norré gefährt worden sei und bestritt namentlich, das Bewußtsein gehabt zu haben, daß er eine eidesstattliche Versicherung abgab. Rechtsanwält Wahn hielt diesen Punkt für so wesentlich, daß er eine Weisaufnahme nach dieser Richtung hin für notwendig erachtete. Der Gerichtshof beschloß, die Sache zu verlagern und zum nächsten Termin die betr. Standsbeamten vorzuladen.

Vom Reichsgericht. Die Revisionen gegen die Urteile in Strafsachen aus den Bezirken der Oberlandesgerichte Berlin, Königsberg und Marienwerder, sowie die bisher dem vierten Strafsenate zugewiesenen Bezirke der Oberlandesgerichte Kassel und Kottbus sind für das Jahr 1905 dem zweiten Strafsenate des Reichsgerichts zugewiesen.

Eine harte Strafe erzielte gestern vor dem Schöffengericht einen Messerstecher, der in der leider üblich gewordenen Art aus ganz geringfügigem Anlaß zum Messer gegriffen und damit ein Menschenleben in Gefahr gebracht hatte. Der Schlossergeselle Wilh. Dämcke, ein bis dahin unbestrafter Mensch, geriet eines Tages in d. m. Hause, wo er wohnte, mit einer Metzspartei in Streit und verurteilte ohne Not einen gewaltigen Lärm. Ein anderer Hausbewohner wollte ihn beruhigen, trat an ihn heran und sprach begütigend auf ihn ein. Er mußte seinen Vermittlungsversuch schwer büßen. Der Angeklagte wandte nun seinen ganzen Groll an dessen Adresse, zog ein Messer aus der Tasche und stach es ihm direkt in den Kopf, so daß jener eine klaffende, quer über den Schädel laufende Wunde davontrug, die mit sechs Nadeln zugewickelt werden mußte und den Verwundeten vorübergehend in Lebensgefahr brachte. Der Gerichtshof hielt das Vorgehen des Angeklagten für so roh, daß er glaubte, eine exemplarische Strafe, die überhaupt bei allen Messerstechern am Plage sei, aussprechen zu müssen. Es verurteilte den Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis und verlegte dessen sofortige Verhaftung.

Wer einem Schuldner eine Mahnung auf offener Postkarte zustellt, macht sich der Beleidigung schuldig. Von diesem Grundsatz ausgehend hatte das Charlottenburger Schöffengericht den Kaufmann J. zu drei Mark Geldstrafe verurteilt. Der Genannte ist Vertreter einer englischen Firma und hatte an den Schneidermeister L. Waren geliefert. Im Auftrage seiner Firma richtete er an L. einen Mahnbrief, den dieser mit einem beleidigenden Brief beantwortete. Daraufhin schrieb J. an den Schneidermeister eine Postkarte, in welcher er auf das Schuldverhältnis Bezug nahm und bemerkte, daß „der Posten schon drei Wochen fällig sei.“ In diesen Worten fand das Schöffengericht eine Beleidigung und verurteilte den J. Der Schneidermeister aber, der seinem ersten beleidigenden Brief noch einen zweiten hatte folgen lassen, wurde im Wege der Widerklage wegen Beleidigung in zwei Fällen zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Beide Parteien hatten Berufung eingelegt, die aber gestern von der fünften Strafkammer des Landgerichts II verworfen wurde.

Kulturbilder aus dem deutschen Osten.

Tilsit, 3. Januar. Vor kaum Jahresfrist war die Stadt Tilsit der Schauplatz eines großen Sensationsprozesses, in welchem der früher in Berlin anfassige „Magnetopath“ Max Schröder die Hauptrolle spielte. Mit einer geradezu phänomenalen Geschicklichkeit hatte er es verstanden, die abergläubische litauische Bevölkerung der dortigen Gegend sich tributpflichtig zu machen, indem er ihr die Heilung aller möglichen Krankheiten nach einem ganz neuen naturgemäßen Heilverfahren vorpiegelte. Schon damals ergab sich, daß Schröder nicht allein das lukrative Gewerbe eines Heilwunders in Tilsit und Umgegend getrieben hatte. Erst in diesen Tagen wurde vor dem hiesigen Schöffengericht gegen eine Arbeiterfrau Dorothea Döring verhandelt, die sich des Betruges gegen zwei Gutbesitzer aus der Umgegend schuldig gemacht hatte. Auch diese Frau kurierte Menschen und Vieh in ähnlicher Weise wie Schröder und hatte den beiden gegen sie als Zeugen auftretenden Bauern, die sich bei ihr wegen einiger kranker Kühe Rat geholt hatten, einen aus Pulver, Mehl und Öl zusammengerührten Teig mitgegeben, der den kranken Kühen dreimal täglich eingegeben werden sollte. Dazu mußte folgender Zaubervers laut gesprochen werden: „Du Zaubergeist hast den R. R. angegriffen. So soll es werden von ihm ab in dein Mark und in dein Bein. Ich bestreue dich bei den fünf Wunden Zeit in dieser Stunde, laß den R. R. wieder gesund.“ Nach diesem Zauberwort gab die Bäuerin noch ein Räucherkraut für den Stall und bemerkte, der Wunderteig könne ebenso bei kranken Pferden und Schweinen mit großem Erfolge angewendet werden. Nachdem sie ihr Honorar von 10 M. — bis dahin hatte sie handeln lassen — eingestrichen, verlangte sie noch zur Nahrung Kartoffeln, Eier, Brot usw. und als die Wirtsleute hiermit zögerten, drohte sie, sie werde machen, „daß alles in die Luft geht.“ Aus Angst vor der Zauberin erhielt sie auch die verlangten Naturalien. Den gleichen Schwund hat sie auch bei den Dejodischen Eheleuten mit noch mehr Wirksamkeit ausgeführt. Auch hier wurde der Teufel mit der Zauberformel hinterlassen und Geld und Naturalien in Empfang genommen. Mit 20 M. in der Tasche und reich beladen mit sonstigen materiellen Schätzen kehrte die „Seherin“ von ihrer Kunstreise zurück. Nach einigen Tagen kehrte den beiden Besitzern und ihren Frauen die Besinnung wieder; der Zauber war getödet und nun erst merkten sie, daß sie einer geriebenen Schwämmlein in die Hände gefallen waren, die ihre Leichtgläubigkeit ausgenutzt hatte. Briefe an die R., worin sie um Zurückgabe des Geldes oder wenigstens eines Teiles baten, blieben erfolglos, so daß die beiden Besitzer der „Zaubertrickel“ Anzeige erstatteten. Die Angeklagte gab vor Gericht ziemlich unüberblümt zu verstehen, daß sie doch nichts dafür könne, wenn die Leute so einfältig seien. Das hiesige Schöffengericht verurteilte die R. zu 5 Monaten Gefängnis. — Auch die Angeklagte, die sich morgen unter der Anklage der Körperverletzung vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten hat, die Naturärztin Klara Liebig, steht bei der Staatsanwaltschaft im Verdacht, daß sie die Heilkunst ausgeübt hat, ohne die nötigen Vorkenntnisse zu besitzen. Die Angeklagte ist Vertreterin der Naturheilmethode und praktiziert in Tilsit seit zwei Jahren. Sie fungiert auch als Mitbegründerin des hiesigen Naturheilvereins, und nahm regen Anteil an der Errichtung des Tilsiter Sonnen- und Luftbades, das durch die Anhänger ihrer Lehre unterhalten wurde. In diesem Naturheilverein spielte übrigens seinerzeit auch der Magnetopath Schröder eine Rolle. Die Anklage gegen Klara Liebig, die eine nahezu zweijährige Voruntersuchung nötig machte, betrifft die Wasserbehandlung von Kindern, bei der sie zu energisch vorgegangen sein soll, die in einem Falle sogar den Tod eines Kindes zur Folge gehabt haben soll. In dem Prozesse sind fünf ärztliche Sachverständige und zehn Zeugen geladen. Die Verteidigung der Angeklagten hat Rechtsanwält Fuchs-Tilsit übernommen. Wir werden über die Verhandlungen berichten.

Vermischtes.

Die Kälte. In der ganzen Schweiz herrscht bei Nordwind außerordentliche Kälte. In einzelnen Jurastationen beträgt sie 30 und mehr Grade; in Davos 26, in Vern und Jülich 18, in Lausanne 15, in Genf 10, in Basel 17, in Lugano 9 und in Montreux 8 Grad. Der Kaukasus zeigt die ähnerst seltene Erscheinung des Eisganges, so daß die Elektrizitätswerke von Wynau den Betrieb einstellen mußten. In Chaug-de-Fonds ist ein Mann auf der Diele seines ungeheizten Schlafzimmers erfroren. Der Post- und Bahnverkehr, der gestern gestockt hat, ist wieder normal. **Wien, 3. Januar.** Die abnorme Witterung dauert an. In Wien wurden 14 in Galizien, Böhmen und Ungarn 23 Grad Kälte konstatiert. **Triez, 3. Januar.** Infolge der herrschenden fürchterlichen Vora wurde der Schiffsverkehr eingestellt. Ueber hundert Personen wurden verlegt. **Salonichi, 3. Januar.** Gestern wurde hier ein starker Erdstoß verspürt. Es wütet ein Schneesturm.

Die Sturmverheerungen haben einen erschreckenden Umfang angenommen. Jurdarbar sind die Verwüstungen, die der Orkan in Apennin verurteilt hat. Am Sonnabend morgen bis 9 Uhr stand das Wasser kaum über dem Vollwerk. Um 10 Uhr standen schon einzelne Häuser an der Brücke im Wasser. Von da ab stieg das Wasser ganz rasch. Bis 11 Uhr stand ganz Südwest, um 12 bis 1 Uhr standen die ganzen Häuser am Südwest bis zum Fenster unter Wasser. Die Leute, die schon ihre Sachen in Sicherheit gebracht hatten, waren noch glücklich. Die meisten Anwohner sind so überrascht worden, daß sie an Rettung ihrer Habeligkeiten nicht mehr denken konnten. Ein Jammer war es, mit anzuhören, wenn der eine oder der andere Arbeiter klagte, daß seine ganzen Habeligkeiten in der Stube schwammen. Am schlimmsten hauste das Element in der Duarautane-Anstalt. Hier standen circa 2000 Stück Vieh. Das Wasser stieg so schnell, daß die Leute, die bis zu den Hüften im Wasser arbeiteten, bald auf eine weitere Bergung des Viehes verzichten mußten. So mußte ein großer Teil des Viehes in den hinteren Ställen und einiges in den vorderen preisgegeben werden. Es gelang, das herausgebrachte Vieh teilweise nach anderen Ställen zu bringen, die des Wassers wegen aber ebenfalls wieder geräumt werden mußten. Viele Tiere liefen im Gehölz umher und wurden später zusammengetrieben. Auf dem Gleise bei den Quarantänenställen standen vier beladene Eisenbahnwagen, an die des Wassers wegen die Lokomotive nicht mehr herankommen konnte. Am Kochmittage wurde von den Booten noch viel umhergeschwimmendes Vieh in fast leblosem Zustande ans Land gezogen. Circa 600 Stück Vieh sind in den Ställen und auf den Wagen ungelommen. Der Schaden der Pächter übersteigt 200 000 M. Einiges Vieh in den Eisenbahnwagen war am Neujahrsmorgen trotz des langen Käufens im Wasser noch am Leben; es gelang, etwa 20 Stück zu retten. Ein Tier, das die ganze Nacht auf dem Stall der Quarantäne gestanden hatte, wurde gleichfalls gerettet.

Auch in anderen Küstenorten ist viel Vieh ertrunken; manche Bewohner sind um ihre ganze Habe gekommen. Die Küste von Rügen bietet einen trübsamen Anblick. Hier treiben Raub, dort bedecken losgerissene Brücken, Reste von Badehäusern die See. Die Schifffahrt hat ebenfalls durch den Sturm und das undurchdringliche Schneegestöber großen Schaden erlitten. In der Elbemündung bei der Insel Neuwerk geriet der englische Dampfer „Cito“ auf Grund und drohte bei der starken Brandung aufzubrechen. Die Besatzung wurde vom dritten Eisbootschiff aufgenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.
Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. (Wochener: 7 Uhr.)
Schwergeprüfte Mutter. I. u. 3. Mahnung ist in erster Linie der Wortlaut des Testaments. Rührt dieser beide Abteilungen zu, so ist durch das Gericht (Bormundschaftsgericht) zu entscheiden, falls eine Einigung zwischen Mutter und Vormund nicht zu Standekommt. 2. Hierzu ist der Vormund nicht berechtigt. Nach hier wäre eventuell der zu 1 angegebene Weg zu beschreiten. — **G. 100.** 1. Elternpflicht liegt vor, wenn das Gesamtvermögen die Feuerpflichtige Höhe erreicht. Invalidentrente zählt zum Einkommen. 2. In die Erbschaftenanteile kann man nicht freiwillig eintreten. Man ist Mitglied infolge der Beschäftigung kraft Gesetzes, man bleibt Mitglied, wenn man die vollen Beiträge sofort weiter zahlt. — **G. 95.** Gütergemeinschaft besteht für die Ehe, wohl aber der Vermögens und Nutzung des Vermögens der Ehefrau durch den Mann. Die Ehefrau kann auf ihren Namen, das ist seit der Geburt der Name ihres Mannes, mit ihrem Vorbestandhalten schalten wie sie will, rückfälligkeit des eingetragenen Wudes bedarf sie der ehemännlichen Zustimmung. Sie haben eine ausführlichere Darlegung hierüber und über die ehelichen Fragen als in Briefkasten möglich ist, auf S. 67 bis 70 und 82 bis 84 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Heftes. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **Otto 33.** Nach Ablauf der Zeit. — **N. 100.** Charl. — **S. 10.** Solche Einbehaltung ist unzulässig. — **Janke 100.** Charl. — **M. u. 2. 3. u. 2.** Rein. — **Daherda.** I. u. 2. Rein. — **C. 23.** Eine Festbestimmung ist im Gesetz nicht vorhanden. Sie können sich mit einer Beschwerde an das Reichs-Verwaltungsamt wenden. — **N. 28.** Klagen Sie beim Amtsgericht, falls nicht etwa der nicht mitgeteilte Vertrag Ihrem Verlangen entgegensteht. Oder fordern Sie unter Fristsetzung die Herstellung, drehen, daß Sie nach Ablauf der Frist die Reparatur auf Kosten des Wirts ausführen werden und lähren Sie Ihre Drohung aus. — **W. 2. 6.** Es wird wohl der verhärmte große Umfang juristisch konstatiert werden sollen. — **W. 1000.** Das ist ganz unumgänglich. — **S. 2. 58.** Sie werden im Debitorenkonto verzeichnet, weil des Konto die Schuldner, das Kreditkonto die Gläubiger ausweist. — **Th. 26. 16.** Ruchts Bestätigung des Ehestandes des Ehestandes können Sie an das Landgericht, das Ihre Ehe geschlossen hat, einen Antrag richten. Dieser Antrag geht unter Begutachtung dann an das Justizministerium, hat aber wenig Aussicht auf Erfolg. — **G. 2. 30.** Sie haben einen Tag zu spät gekündigt. — **N. 2. 36a.** Ohne Kenntnis der Statuten nicht zu beantworten. — **S. 2. 100.** Die Zeit von 9-6 wird für angemessen erachtet. — **G. 45. 13. 13.** Rein. — **N. 2. 6.** Steht der Wortlaut Ihres Vertrags dem nicht entgegen, so bedürfen Sie keiner Ermächtigung des Hauswirts. — **G. 2. 0917.** Sie können sich melden wo Sie wollen, auch auf dem Bezirkskommando. — **N. 3. 75.** Erklären Sie nicht, so werden Sie kostenpflichtig zur Zahlung verurteilt. — **G. Rein.** — **N. 2. 200.** I. Ja. 2. In 30 Jahren. 3. In der Regel in vier Jahren. — **G. 2. 13.** Die dem Ehemann gegenüber ausgesprochene Kündigung genügt, wennoh einige Urteile einer anderen Ansicht Ausdruck geben haben. — **100 Köpenick.** Sie haben verpfeilt mitzuteilen, in welcher Angelegenheit Sie Beschwerde erheben wollen. Deshalb ist es unumgänglich, Ihnen die Beschwerde-Anfragen mitzuteilen. — **K. M., Zbarbau.** I. Falls nicht mündliche oder schriftliche von Gesetz abweichende Vereinbarungen getroffen sind; nein. 2. Die Herrschaft hat sechs Wochen lang für das erkrankte Geschwede zu sorgen. — **Max Rigbold.** Ihre Schwiegermutter kann und soll weiterleben, muß aber innerhalb zwei Jahren wenigstens vierzig Mark im Monat haben. Ferner kann Ihre Schwiegermutter den Antrag an Invalidentente stellen, falls sie invalide ist. — **P. 6. 17a.** 1. Die Rechte der Mutter richten sich nach dem Wortlaut des mitgeteilten Vertrages. Hat die Mutter das Geld dem Manne gegeben, so haben auch die Erben kein Anrecht mehr auf dasselbe. Sonst gebührt die Forderung auf Rückzahlung zur Rückzahlung. 2. Kinder können nur in bestimmten Fällen (§. 35 des dem Arbeiterrecht beigelegten Heftes) enteignet werden. 3. Erforderlich ist, daß mindestens 200 Marken geliebt sind und Erwerbsunfähigkeit vorliegt, um Invalidentente zu erhalten. — **Neujahrsmorgens.** I. Rein. 2. In den Nachlass des Vaters erben Sie. Nach Ihrer Schenkung liegt ein Nachlass der Mutter nicht vor. Das „gemeinam Erworben“ ist in Ihrem Fall Eigentum des Vaters geworden. — **G. R., Charlottenburg.** Das Mädchen soll Strafantrag stellen und ihren Mann beim Amtsgericht einlassen. — **N. 2. 1** und 2. Leider ja. — **N. R. 90.** Wenden Sie sich schleunigst an das Reichs-Arbeitersekretariat, Engel-Ufer 15. — **GG.** Sie müssen beim Gericht Auseinandersetzung mit Ihren Kindern erster Ehe beantragen.

Marktpreise von Berlin am 2. Januar. Nach Ermittlungen des Igl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**, gute Sorte 17,65—17,64 M., mittel 17,65—17,62 M., geringe 17,61—17,60 M. Roggen**, gute Sorte 13,95—13,94 M., mittel 13,95—13,92 M., geringe 13,91—13,90 M. Futtergerste**, gute Sorte 15,90—14,80 M., mittel 14,70 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,40 M. Dinkel**, gute Sorte 16,50—15,60 M., mittel 15,50—14,60 M., geringe 14,50—13,70 M. Gerste, gute, zum Roden 40,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Linen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 9,00—7,00 M. Rühöl 0,00—0,00 M. Oel 0,00—0,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,20 M. Eier per Schod 4,80—3,20 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Witterungsbericht vom 3. Januar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.
Swinemünde	770	SB	6	bedeckt	-6	21	Daprun	794	SEB	2	bedeckt	-3	25
Camburg	771	SB	6	bedeckt	-5	23	Betersburg	747	SB	3	bedeckt	-3	25
Berlin	774	SB	3	bedeckt	-9	16	Scilly	776	SB	2	wolkig	7	45
Kranke a. M.	777	D	3	bedeckt	-13	9	Arbeeren	763	SB	3	wolkig	9	48
München	779	SD	2	wolkig	-21	-6	Paris	776	SD	1	bedeckt	-9	16
Wien	777	SB	1	bedeckt	-15	5							

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 4. Januar 1905.
Vorwiegend trübes Tauwetter mit Niederschlägen und ziemlich starken westlichen Winden. Berliner 11. 1905.

H. Esders & Dyckhoff

Leipzigerstr. 50a

am Dönhofsplatz

Oranienstr. 48

Ecke Luckauerstrasse

Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Mass.

25%

Inventur-Ausverkauf

Ermässigung auf Restbestände sämtlicher Abteilungen vom 5. bis 15. Januar. ❀❀❀

Fertige Herren- und Knaben-Garderobe.

DAMEN-KONFEKTION.

Unterzeuge, Handschuhe, Strickwesten, Socken usw., Schuhe, Hüte, Pelzsachen für Herren und Damen usw.

Jedes Wort 5 Pfennig. Das erste festgedruckt. Wort 10 Pfg. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 8 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Räumungsverkauf verfallener Pländer, Garderoben, andere Waren zu Spottpreisen. Pfandleihanstalt Weidenweg 19.

Winterpaletots, Taschenuhren, Wanduhren, Aussteuerwäse, Anlette, Betten, Steppdecken, großer Posten Gardinen zu halben Preisen. Pfandleihanstalt Weidenweg 19.

Betten, Teppiche, Winterpaletots, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Tischdecken, Remontotrüben, Uhrketten, Regulatoren, Operngläser, Spiegel, Bilder, Möbel (Spottpreise). Leihhaus Grünerweg 113 und Weidenweg 19. Teilzahlungen gestattet. 62/7*

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Hochvernehme Herren-Käuzge, Winterpaletots, vorzüglich, aus feinsten Rohstoffen, 18,00-38,00. Deutsches Verlandhaus, Nägerstr. 63 L.

Teppiche! (sehr schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Paderstr. Markt 4, Bahnhofs Böse. 142/12*

Gute Federbetten, großer Stand, rot-rosa gestreift, 25 Mark, 5 Zimmer Möbel Kaufgabe halber billig Dresdenstr. Straße 38, vorn II links. 62/20*

Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Waldstraße 80-81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgegriffene und verleihe gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderständer, Bettlatten 27,00, Ausziehtisch 10, Tischbeistelle mit Federmatratzen und Kleintisch 36, Taschenloja 50, Bancel-loja 70, Waschtisch 20, Kabe-latt 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 62/20*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 33 b. 2019*

Teppiche mit Farbenlechern Fabrik-miederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, Gebrauchte 12,00. Sofortige Lieferung. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof und Alt-Bochlagen 4, Ecke Neue Bohlenstraße. 4140*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnell-näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte gemäß Köpferstraße 60/61. Große Frank-furterstr. 48, Beenzauerstr. 59/60.

Nähmaschinen ohne Anzahlung, bis 10,00 Vergütung, Postkarte. Brei-chenstr. 48, Beenzauerstr. 59/60.

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergütet noch bis 10,00, wer Teil-zahlung Nähmaschine kauft oder nach-weist Woche 1,00, alle Systeme. Bitte Postkarte. Borchert, Hornortstr. 50.

Bronzegestirne, 6,00, Ähren 1,50, Wanduhr 0,95, Gastuhr 0,75, Spieluhr 3,00, Präsiden, Gasplätt-chen 2,25. Schröder, Hochstr. 43.

Wäscheläden! 6,00, Saalgascheln! Petroleumlampen (Spottpreise). Ballner-theaterstr. 32 (Gasthofershaus).

Kuberts, Papier, 100 Wappen 3,00, Postkarten, Kalender, Neuheiten. Grenaderstr. 22, Neuenroslagerstr.

Steppdecken billig! Febril Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Restaurations, billige Meise, voller Schank, großer Umfah, preiswert zu verkaufen. Näheres Stargarder-str. 21, Restaurant. 11068*

Gummischläuche für Fülligkeiten oder Gaslieferung, alle Stärken, müssen schleunigst verkauft werden. Meter 30 Pfennige an. Gahn, Rohrenstr. 26. 11075

Wegelentwürfe: Paletots, An-züge, Hosen, Koffer, Revolver, Leihdinge, Uhren, Goldschmuck, Kessel, Spottpreise. Lude, Oranienstr. 131.

Reifgläser, Operngläser, Reih-zenge, Regulatoren, Pfeilwinger, Harmonikas, Weigen, Zithern, Betten, Teppiche, Spottpreise. Lude, Oranien-str. 131. 11068*

Tambourier - Maschinen. Hode-meyer*, alleiniger Fabrikant & Ver-mann, Gollnowstr. 26, nahe der Landsbergerstraße. 2238*

Werkzeuge, Musikwerke, Teil-zahlung, Postkarte. Lox*, post-lagernd Postamt Steinmühlstraße.

Musikwerke, Teilzahlungen. Berg-str. 25, Frankfurterstr. 56, Sta-derstr. 40. 2238*

Krankeithalber verkaufe Klemp-nerlei Billig. Efferten M. F. 60, Post-amt NW., 5. 11045

Kanarienvogel, Vorkäufer 6 bis 30,00, Schloßplatz 2. 63/6

Schnellnäher, billig, Koch, Bremer-str. 56. 433

Vermietungen.

Wohnungen.

Wohnungen ein- und zwei-zimmerig, voll und Hof, billig, so-fort und April. Jellertstr. 15. 62/15*

Wohnungen ein-, zwei- und drei-zimmerig, sofort und April, billig, Hübnerstr. 6. 62/14*

Wohnungen ein- und zwei-zimmerig, sofort und April, billig, Hübnerstr. 5. 62/16*

Wohnung in der Nähe des Hermannstr., Rixdorf, Vorderhaus, Wohnung, Stube, Küche, Korridor April 1905 vermierbar. 473*

Kleinwohnungen, hell, gesunde, billige, sofort, April: Berlin, Klop-fodstr. 6 (Tiergarten), Lina-str. 11 (Wedding); Rixdorf: Kopf-str. 15, Wangstr. 12 (Hermann-platz). 62/3*

Verkauf.

Einem tüchtigen Zimmerpolier, der in Verbands-, Treppen- und Innen-arbeit gut bewandert ist, suchen Kay & Mey. Zu melden Sonntags vormittags von 9 Uhr ab Rixdorf, Thüringerstr. 8. 4131

Frauen finden durch Teilungs-anfragen dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9-12 Uhr Behrenstr. 41 im Keller.

Frauen finden durch Teilungs-anfragen dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9-12 Uhr Ritterwälderstr. 6 im Laden. 68/4

Kräftiges Kaufmännisch-Mädchen vor-mittags verlangt. Beilge, Stephan-str. 9. 483

Belegerrinnen, Goldleistenfabrik Deutsch u. Lehmann, Pfäfersstr. 18.

Redakteur gesucht!

Ein selbständiger, tüchtiger zweiter Redakteur wird für das Offenbacher Vorzeitschrift gesucht.

Bewerbungen sind unter Angabe der Gehaltsansprüche bis 30. Januar dieses Jahres an Leonh. Elsbner, Große Marktstr. 10, zu richten. Der Eintritt soll am 1. jedoch spätestens 15. März erfolgen. 17182*

Verschiedenes.

Tanzunterricht Leopold, Rosen-thalerhof*, Rosenbalerstr. 11/12. Hochentgelt, Sonntagstunde be-ginnen! Damen 2,00, Herren 5,00. Anmeldungen erbeten. Brunn-str. 160 (Privatwohnung). 10916

Unfallfächer, Rechtsbureau Dwyer, Steglitzerstr. 10 (Anfänger).

Rechtsbureau, Strafsachen, Unfall-sachen, Eingabengesuche, Kater-teilungen. Felsch, Brunnstr. 97.

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kunststr. 10/11. Erfahrener Prozeßbeistand! Erfolgreichste Ein-gabengesuche! Sichere Rechtshilfe!

Rechtsbureau (Andreasplatz) Schönerweg vierundzwanzig. Lang-jähriges! Erfolgreichstes! 129/11*

Kaufheraus! Soja 5,00, Matratze 4,00, auch auf dem Hause. Bahmann, Blumenstr. 35 b. 2028*

Wandteiche, Brunnstr. 63, täglich 8-8, Sonntag bis 2. 10916

Platinabfall, Goldschmuck, Kauf-Juweller Lindenstr. 103. 10658*

Nähmaschinen kauft Neu, Gu-benerstr. 8. 437

Patentanwalt Dammann, Oranienstr. 57, Korythplatz. Rat in Patent-sachen. 11068*

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle sucht Jacoby, Kolberger-str. 26.

Möblierte Schlafstelle, Herrn, separat, logisch. Ritterstr. 124, Hof IV, Stöcker. 473

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

St Holz, Komiker, Crophus-str. 7. 10629

Schmelzer*, Gesangschorist, Stettinerstr. 57. 4103*

Verkostomiter, brillantes Re-vertolre, frei. Pflanzl, Hohenheide 94.

Garderobiere für Gesellschaften, Bälle empfiehlt sich Hr. Fischer, Friedrichsberg, Wartenbergstr. 70 II.

Stellenangebote.

4 Nordmänner auf Mattarbeit finden dauernde Beschäftigung bei Rob. Wolf, Knautsdorf. 11008

Junge Leute können viel Geld verdienen durch äußerst zugkräftige Artikel. Dietrich, Rixdorf, Ringbahn-str. 16. 4131

Tüchtiger Barockgoldarbeiter, der auch Bronze poliert, sucht B. Müller, Leistensabrik, Brühlstr. 63. 68/3

Bergarbeiter für Glas und Del-verlangt P. Schmiedel, Köpferstr. 28.

Achtung, Holzarbeiter!

Der Junge nach der Firma J. C. Pfaff, Zeughostr. 3, ist streng fernzuhalten; desgl. nach der Bau-schleiererei Traxel, Chausseestr. 23, und die Dauten: Charlottenburg, Suarez-str. 19, Ringenbergr. Berlin, Alexan-derstr. 106; Bau Schöneberg, Feuer-str. 63, Kurfürstendamm 68, Ludwigsplatz (Muffelstr.), Ber-linerstr. 19, Charlottenburg, Statistis-ches Amt, Lützowstr.

Bauschleiererei Ruchfall: Kastanien-Allee 10 u. Bau Döppowstr. 10/11; die

Redakteur gesucht!

Ein selbständiger, tüchtiger zweiter Redakteur wird für das Offenbacher Vorzeitschrift gesucht.

Bewerbungen sind unter Angabe der Gehaltsansprüche bis 30. Januar dieses Jahres an Leonh. Elsbner, Große Marktstr. 10, zu richten. Der Eintritt soll am 1. jedoch spätestens 15. März erfolgen. 17182*

Weissensee!

Achtung! Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Birk-arten-Gabriten: 77A

Gebäude Weis, Gäßlerstr. 52

Emil Heine, König-Chaussee 75

Max Fröhlich, Fischerstr. 11

Junag ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Zabitelle Weihensee.